

Landtag Rheinland-Pfalz
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/15

15. Sitzung

Freitag, den 14. Dezember 2001

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 14/538 –870

Die Mündliche Anfrage Nummer 6 wird gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags als Kleine Anfrage behandelt.

Auf Antrag der Fraktion der SPD findet zu der Mündlichen Anfrage Nummer 1 gemäß § 99 der Geschäftsordnung des Landtags eine Aussprache statt.884

AKTUELLE STUNDE

"Vorrang für die Sicherheit der Bevölkerung – AKWs Biblis und Philippsburg abschalten"
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/507 –891

"Entwicklung der Gewerbesteuer und ihre Auswirkungen auf die rheinland-pfälzischen Kommunen"
auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 14/ 524 –900

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Landesgesetz zur Neuorganisation der Straßen- und Verkehrsverwaltung Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/357 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

– Drucksache 14/510 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 14/541 –909

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 14/541 – wird mit Mehrheit abgelehnt. 925

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/357 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen. 926

Nummer 2 der Beschlussempfehlung – Drucksache 14/510 – wird einstimmig angenommen. 926

Schienengüterverkehr in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/520 –..... 926

Der Antrag – Drucksache 14/520 – wird einstimmig angenommen. 926

*Die **Punkte 12 bis 17** der Tagesordnung werden nicht behandelt.....* 926

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Florian Gerster, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Ute Granold, Gerd Itzek und Anne Spurzem.

Rednerverzeichnis:

Abg. Anheuser, CDU:	881
Abg. Bischel, CDU:	878
Abg. Bracht, CDU:	904, 921, 924
Abg. Creutzmann, FDP:	897, 903, 905, 917, 921
Abg. Dr. Altherr, CDU:	874, 875
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	891, 895
Abg. Dr. Gölter, CDU:	893, 896, 908
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	872, 873
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	875
Abg. Frau Baumann, SPD:	880
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:	870, 884, 889
Abg. Frau Ebli, SPD:	895
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	914, 925
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	871
Abg. Frau Morsblech, FDP:	886, 890
Abg. Frau Schmidt, CDU:	876
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	877, 920
Abg. Hartloff, SPD:	884
Abg. Hohn, FDP:	894
Abg. Hörter, CDU:	900
Abg. Keller, CDU:	883, 884, 889
Abg. Lelle, CDU:	885
Abg. Licht, CDU:	881
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	874, 876, 877, 902, 907
Abg. Mertes, SPD:	911
Abg. Ramsauer, SPD:	901, 905
Abg. Schmitt, CDU:	878, 880, 881
Abg. Stretz, SPD:	892
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	882, 883, 887, 891
Abg. Wirz, CDU:	909, 924
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	879, 880, 881, 922, 925
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:	870, 871, 882, 883, 884, 888
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:	897
Gerster, Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	872, 873, 874, 875, 876
Mittler, Minister der Finanzen:	906
Präsident Grimm:	870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895 896, 897
Vizepräsidentin Frau Grützmacher:	922, 924, 925
Vizepräsidentin Frau Hammer:	900, 901, 902, 903, 904, 905, 907, 908, 909, 911, 914, 917, 920 921
Zuber, Minister des Innern und für Sport:	876, 877, 878

15. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 14. Dezember 2001

Die Sitzung wird um 9.30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Christine Schneider und Manfred Nink. Letzterer führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Gerd Itzek, Anne Spurzem und Ute Granold.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 14/538 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ulla Brede-Hoffmann (SPD), Auswertung und Konsequenzen der PISA-Ergebnisse** – Nummer 1 der Drucksache 14/538 – betreffend, auf.

Frau Brede-Hoffmann, bitte schön.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der PISA-Studie?
2. Welche Konsequenzen sind aus der Sicht der Landesregierung aus diesen Ergebnissen abzuleiten?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Unterrichtsqualität weiterhin zu verbessern?

Präsident Grimm:

Es antwortet Staatsministerin Frau Ahnen.

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu Frage 1: Auf Beschluss der Kultusministerkonferenz hat sich Deutschland an der bisher umfassendsten und differenziertesten internationalen Vergleichsuntersuchung PISA beteiligt. Die Landesregierung hält solche Studien für notwendig und hilfreich. Sie hat sich daher stets für eine Beteiligung eingesetzt und mit MARKUS auch eine eigene, umfassende Untersuchung durchgeführt.

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse der Studie PISA2000, wonach 15-jährige Schülerinnen und Schüler aus Deutschland in allen drei untersuchten Kompetenzbereichen, nämlich im Leseverständnis, in der mathematischen und in der naturwissenschaftlichen Grundbildung, unterdurchschnittlich abgeschnitten haben, geben Anlass zur Besorgnis.

Die Landesregierung nimmt diese Ergebnisse sehr ernst. Dabei sind folgende Ergebnisse besonders zu beachten: In Deutschland ist der Abstand zwischen dem unteren und dem höheren Leistungsniveau größer als in den meisten OECD-Staaten.

Im Bereich der Lesekompetenz ist in Deutschland die größte Streuung der Ergebnisse überhaupt zu verzeichnen. Der Anteil der 15-Jährigen, die nur das unterste elementare Kompetenzniveau erreichen oder noch darunter bleiben, ist in Deutschland größer als in vielen anderen OECD-Staaten. Dies betrifft in besonderem Maß wieder die Lesekompetenz.

Im oberen Leistungsbereich entsprechen die durchschnittlichen Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler zwar weitgehend denen der anderen Staaten, allerdings sind keine herausragenden Erfolge in der Förderung von Spitzenleistungen nachweisbar.

Die Studie weist für Deutschland im Vergleich zu den anderen Teilnehmerstaaten einen sehr engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb in allen drei untersuchten Bereichen nach. Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund – insbesondere Familien, die als tägliche Umgangssprache eine andere Sprache als Deutsch verwenden – bleiben im Durchschnitt deutlich unter den Kompetenzniveaus, die 15-Jährige erreichen, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden.

Das gilt nicht nur für die Lesekompetenz, sondern teilweise verstärkt auch für Mathematik und Naturwissenschaften. Diese Ergebnisse fordern, auch vor dem Hintergrund des Chancengleichheitsgebots, zum nachhaltigen Handeln auf.

Zu Frage 2: Es kann jetzt nicht darum gehen, Schuldzuweisungen vorzunehmen. Gefragt ist vielmehr zielgerichtetes Handeln, um die Schwachstellen zu beheben. Unabhängig von der Tatsache, dass die jetzt vorliegenden Ergebnisse ebenso wie die in den folgenden zwei Jahren erscheinenden Detailberichte noch sorgfältig zu analysieren sind, lassen sich schon jetzt erste Handlungsfelder ausmachen:

1. Die Förderung muss besonders früh einsetzen, damit bessere Grundlagen gelegt und bestehende Defizite behoben werden können.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD)

Dies bedeutet gerade im Hinblick auf das Leseverständnis, einen Schwerpunkt in den Grundschulen zu legen. Mit der flächendeckenden Einführung der Vollen Halbtagschule ist bereits ein wesentlicher Reformschritt eingeleitet worden.

2. Mit Blick auf eine frühe Förderung muss aber auch der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätten neu diskutiert und weiterentwickelt werden. Der vorgesehene Ausbau an Ganztagsangeboten im vorschulischen Bereich kann dazu einen Beitrag leisten.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD)

3. Eine wesentliche Weichenstellung für ein intensiveres Lernen und Lehren in der Schule zur gezielten Förderung sowohl bildungsbenachteiligter und lernschwacher Kinder als auch besonders begabter Schülerinnen und Schüler ist in Rheinland-Pfalz durch den bereits eingeleiteten Ausbau der Ganztagschulen vorgenommen worden, mit dem auf die in den PISA-Ergebnissen deutlich gewordenen Probleme eine Antwort gegeben werden kann.

Auch das geplante System zur Hochbegabtenförderung in Kombination mit internationalen Schulen bietet aus meiner Sicht Ansatzpunkte.

Die hier erwähnten Punkte haben übrigens auch Eingang in den Beschluss der Kultusministerkonferenz von letzter Woche gefunden.

Zu Frage 3: Die sichtbar notwendige Verbesserung der Unterrichtsqualität macht aus meiner Sicht eine größere Verbindlichkeit für Maßnahmen der Qualitätsentwicklung in den einzelnen Schulen erforderlich. Die Fortschreibung des Konzepts für das Qualitätsmanagement in den Schulen von Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 1999 ist in Arbeit und wird in Kürze vorgestellt.

Die größere Verantwortung der einzelnen Schule muss verstärkt für die Umsetzung von vereinbarten Zielen und deren Evaluation sowie eine zielgerichtete Fortbildungsplanung genutzt werden.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD)

Die Schulaufsicht und alle pädagogischen Serviceeinrichtungen des Landes stellen vielfältige Unterstützungsangebote für das schulische Qualitätsmanagement bereit. Dazu gehören vor allem die Konzeptentwicklung und die Ausbildung von Moderatorinnen und Moderatoren sowie eine Vielzahl von fachbezogenen Weiterbildungsveranstaltungen. Auch in diesem Bereich werden die Ergebnisse von PISA unmittelbar Auswirkungen haben.

Schließlich muss und wird die beabsichtigte Reform der Lehrerbildung einen deutlichen Beitrag zur Verbesserung der Schulqualität leisten.

So weit die Antwort der Landesregierung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? - Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Frau Staatsministerin, hat Sie eigentlich das Ergebnis, das die Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, wie Sie das, finde ich, sehr gut formuliert haben, erzielt haben, überrascht, oder sind Sie nicht auch nach anderen Studien oder Zahlen, die uns bekannt sind, davon ausgegangen, dass wir in diesem Bereich ein starkes Problem haben?

Ich will auf das Institut für Deutsche Wirtschaft Bezug nehmen, das seit Jahren diese Statistik führt, wie viele Kinder aus solchen Familien ohne Schulabschluss aus den Schulen – bei uns in Westdeutschland vor allem – kommen. Deswegen ist es kein Phänomen, das uns hat überraschen können.

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Viele Ergebnisse dieser Studie sind nicht so, dass sie von heute auf morgen plötzlich überraschend kommen, und trotzdem ist es so: Wenn eine Studie dieser Quantität und dieser Qualität vorliegt, die das auch noch einmal in Zahlen belegt, dann sage ich, das Ausmaß manchen Befundes – das betrifft sowohl die Kinder mit Migrationshintergrund als auch zum Beispiel den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung – hat mich doch überrascht.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Es gibt in den Bereichen politische Bildung oder politische Partizipation von Jugendlichen in diesem Alter entsprechende wissenschaftliche Studien. Können Sie mir Recht geben, dass sich natürlich diese Schwächen, die wir in diesem System haben, was zum Beispiel das Verständnis von Texten anbelangt, nachher auch auf die politische Bildung im weitesten Sinn auswirken und auch die politische Partizipation und das Wahlverhalten von Jugendlichen mit beeinflussen?

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Die Studie macht deutlich, dass die Lesekompetenz tatsächlich eine Schlüsselkompetenz für viele andere Bereiche ist, was auch an dem Beispiel Mathematik und Naturwissenschaften deutlich wird. Das sind allerdings nicht die einzigen Bereiche.

Sie haben völlig Recht, ein mangelndes Leseverständnis hat Auswirkungen auf vielfältige Bereiche, weshalb man einer solchen Frage auch im Hinblick auf die politische Beteiligung und die politische Informiertheit von Jugendlichen intensiv nachgehen muss.

Präsident Grimm:

Es liegen keine weiteren Fragen mehr vor. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Josef Rosenbauer (CDU), Beitragserhöhung gesetzlicher Krankenkassen** – Nummer 2 der Drucksache 14/538 – betreffend, auf.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Worin sind nach den Erkenntnissen der Landesregierung die aktuell angekündigten Beitragssatzerhöhungen gesetzlicher Krankenkassen, darunter auch der AOK Rheinland-Pfalz, hinsichtlich Umfang und Zeitpunkt begründet?
2. Worin sieht die Landesregierung die Ursachen für die Entwicklung, die zu dem aktuell bevorstehenden Anstieg der Beitragssätze gesetzlicher Krankenkassen geführt haben?
3. Welche Auswirkungen sieht die Landesregierung durch die bevorstehenden Beitragssatzerhöhungen?
4. Welches Gesundheitsreformkonzept vertritt die Landesregierung, um über eine Konsolidierung der Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung zu hohen Lohnnebenkosten entgegenzuwirken?

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung antwortet Staatsminister Gerster.

**Gerster, Minister
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Rosenbauer beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Besorgnis erregende Entwicklung der Arzneimittelausgaben in diesem Jahr, aber auch das abgeschwächte Wirtschaftswachstum haben in besonderer Weise zur Kostensteigerung in der gesetzlichen Krankenversicherung beigetragen. Es besteht also einerseits ein besonderes Ausgabenproblem, insbesondere im Arzneimittelsektor, andererseits ein besonderes Einnahmenproblem durch höhere Arbeitslosigkeit und damit einhergehend sinkende Beitragseinnahmen.

Die Rechnungsergebnisse für die ersten drei Quartale 2001 verzeichnen für die gesetzliche Krankenversicherung ein Defizit von über 6 Milliarden DM. Im letzten Quartal, in dem wir uns derzeit befinden, können zusätz-

liche Einnahmen aus Einmalzahlungen, vor allen Dingen Weihnachtsgeld, erwartet werden, sodass für das gesamte Jahr 2001 mit einem Defizit von etwa 4 Milliarden DM gerechnet werden muss.

Ganz besonders fällt in diesem Zusammenhang das Wachstum der Arzneimittelausgaben von über 10 % ins Gewicht. Demgegenüber sind die Ausgaben für ärztliche Behandlungen und für Krankenhausbehandlungen sehr unauffällig gestiegen. 2,5 Milliarden DM des geschätzten Defizits von 4 Milliarden DM gehen also zulasten des Arzneimittelsektors.

Dieser Ausgabenentwicklung konnte sich auch die AOK Rheinland-Pfalz nicht entziehen. Nach den Berechnungen der AOK wird sie das Geschäftsjahr 2001 voraussichtlich mit einem Defizit von rund 88 Millionen DM abschließen. Dabei werden die Ausgaben für Arzneimittel gegenüber dem Haushaltsansatz mit etwa 82 Milliarden DM deutlich über dem Vorjahresergebnis liegen.

Die AOK Rheinland-Pfalz wird das Haushaltsjahr 2001 insgesamt mit einem Betriebsmitteldefizit von rund 122 Millionen DM abschließen. Um dieses Defizit aufzufangen und die zu erwartenden Leistungsausgaben im kommenden Jahr finanzieren zu können, hat der Verwaltungsrat der AOK Rheinland-Pfalz am 26. November den vom Vorstand für das Jahr 2002 aufgestellten Haushaltsplan mit einem allgemeinen Beitragssatz von 14,6 % festgestellt und beschlossen. Dies sind 0,5 % mehr, als der Beitragssatz derzeit beträgt. Über die Genehmigung der Beitragserhöhung wird das Ministerium als Aufsichtsbehörde in Kürze entscheiden müssen.

Zu Frage 3: Die bevorstehenden Beitragssatzerhöhungen sind in erster Linie eine Belastung für die Lohnnebenkosten. Sie tragen auf der Arbeitgeberseite zu einer Verteuerung des Faktors Arbeit und damit auch direkt und indirekt zu einer Erschwerung des Beschäftigungsaufbaus oder zu einer Verstärkung des Beschäftigungsabbaus in einer Zeit leicht steigender Arbeitslosigkeit bei. Sie führen aber auch dazu, dass auf der Seite der Beitragszahler, also der Haushalte, der Familien, weniger Geld im Budget ist und damit auch weniger Lebensqualität bezogen auf die Kaufkraft im volkswirtschaftlichen Sinn einhergeht.

Zu Frage 4: Die Politik der Landesregierung insgesamt ist darauf ausgerichtet, die Belastung der Versicherten und damit auch die Lohnnebenkosten zu begrenzen, also auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite dazu beizutragen, dass die Belastung des Faktors Arbeit reduziert und auf längere Sicht deutlich zurückgeführt wird. Die Landesregierung hat deswegen die Rentenreform unterstützt, die dazu beiträgt, dass der Rentenbeitrag stabil auf einem deutlich niedrigeren Niveau bleibt, als er noch vor wenigen Jahren gelegen hat. Sie erinnern sich, er lag einmal bei 21 %, und heute liegt er bei 19 %.

Die Landesregierung ist sich auch darüber einig – dies hat sie in der Koalitionsvereinbarung formuliert –, dass eine Gesundheitsreform über das bereits Angelegte hinaus notwendig ist. Sie stimmt darin überein, dass der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung

überprüft werden muss, aber das, was für notwendig gehalten wird, in einem überprüften Leistungskatalog auch weiterhin durch die gesetzliche Krankenversicherung gewährleistet bleiben muss.

Darüber hinaus besteht Einigkeit darüber, dass im Gesundheitswesen mehr Wettbewerb notwendig ist. Dazu gehört die Vertragsfreiheit. Dazu müssen bestimmte Systementscheidungen getroffen werden, die mit Sicherheit zeitlich nicht mehr in dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages möglich sind und deswegen für die Zeit unmittelbar nach der Neuwahl des Deutschen Bundestages und der Neubildung der Bundesregierung vorbereitet werden müssen.

Herr Dr. Rosenbauer, meine Damen und Herren, ich bitte aber auch zu berücksichtigen, was bereits derzeit auf dem Weg ist. Ich erwähne in diesem Zusammenhang insbesondere die Entgeltreform im Krankenhauswesen, die schrittweise dazu führen wird, dass durch mehr Wettbewerb in den Krankenhäusern der teuerste Ausgabenblock der gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert wird. Man darf diesen Wettbewerb aber auch nicht verhindern.

Ich erwähne darüber hinaus die Reform des Risikostrukturausgleichs, die dazu führen wird, dass wir in den nächsten Jahren einen besseren Wettbewerb um eine besonders gute Versorgung kranker Menschen bekommen und kein Wettbewerb um gesunde, junge und gute Beitragszahler entsteht, wie dies im Augenblick der Fall ist. Dies ist eine Entartung des Wettbewerbs, die nicht hingenommen werden kann.

Dies sind Reformen, die angelegt sind. Ich verweise auch auf die Arzneimittelgesetzgebung, die durch die so genannte Aut-Idem-Regelung dazu führen soll, dass es bei den Arzneimitteln mehr Preiswettbewerb geben wird. Dies ist noch im Entstehen, aber ich bin zuversichtlich, dass durch solche Entscheidungen, die in den nächsten Monaten getroffen werden, noch in dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages vieles auf den Weg gebracht werden kann, was sich mittelfristig kostendämpfend auswirken wird.

Was die Ausgestaltung der Gesundheitsreform 2003 anbelangt, so wissen Sie vermutlich, dass ich mich so wie auch andere innerhalb und außerhalb des Landes an der Debatte beteiligt habe. Es gibt weitgehende Übereinstimmung, aber sicherlich auch noch abzustimmende Elemente, sodass sich die Landesregierung wie üblich im Bundesrat eine Meinung bilden wird, die, wie ich hoffe, eine große Schnittmenge aufweisen wird.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? – Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben Ausführungen darüber gemacht, weshalb die Verluste in den Kassen entstanden sind. Sie haben dabei aber nicht erwähnt,

dass die Bundesregierung erhebliche Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe in zweistelliger Millionenhöhe vorgenommen hat. Sehen Sie dies nicht als Grund für das große Problem der Krankenkassen an?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Kollege Dr. Rosenbauer, wenn man die gesetzliche Krankenversicherung sektoral betrachtet, dann haben diese von Ihnen genannten Verschiebungen zwischen den verschiedenen Arten der Sozialversicherung natürlich eine unmittelbare Auswirkung auf die Einnahmenseite der GKV. Das ist richtig. Ich sage Ihnen aber ganz offen, ich bin an dieser Stelle nicht so leidenschaftlich wie andere, weil wir mit 90 % einen sehr hohen Anteil der gesetzlich Versicherten in der Bevölkerung haben, sodass es im Grunde nicht so entscheidend ist, ob Sozialabgaben nun in die eine oder in die andere Kasse fließen.

Ich weiß, dass das aus Sicht einer gesetzlichen Krankenkasse etwas anders aussieht, aber für die Gesamtbelastung der Volkswirtschaft und der Haushalte ist es nicht entscheidend, ob es über die Steuerseite oder über die Beitragsseite erhoben wird. Das möchte ich zum Beispiel zum Thema Mehrwertsteuer bei den Arzneimitteln sagen.

Entscheidender ist, dass wir die Belastung insgesamt senken und Systementscheidungen herbeiführen, die an der Ursache anpacken. Nicht so entscheidend ist, dass wir zwischen den verschiedenen sozialen Kassen hin- und herschieben.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Minister, am 3. Dezember 2001 haben Sie in der „FAZ“ ausgeführt, dass die Schnittmenge sozialliberaler Arbeitsmarktpolitik sehr gering geworden sei. Trifft dies auch für die Gesundheitspolitik zu?

(Mertes, SPD: Natürlich nicht!)

Begründet dies, dass Sie bis jetzt im Bundesrat noch nicht aktiv geworden sind und sich immer erst dann entscheiden, wenn die Entscheidungen im Bundesrat anstehen, ohne vorher Einfluss zu nehmen?

(Mertes, SPD: Solche Vorlagen wünsche ich mir auch!)

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Kollege Dr. Rosenbauer, ich bin in der „FAZ“ nach einem Gespräch zitiert worden, in dem es um die Koali-

tionsfrage ging. Mir wurde die Frage gestellt, ob das Mainzer Koalitionsmodell nicht so strahlend sei, dass es gewissermaßen alles überstrahle und der Königsweg in allen Ländern und bundesweit sein müsste.

(Mertes, SPD: So haben wir das noch nie gehört! –
Schmitt, CDU: Das haben Sie aber verneint!)

Auf diese Frage habe ich gesagt, dass ich für Realismus bin. Dies bedeutet, es gibt Schnittmengen mit den Sozialliberalen, die nicht gering sind. Diese liegen aber nicht schwerpunktmäßig auf dem Feld der Sozialpolitik. Es gibt Schnittmengen mit der rotgrünen Koalition, die vielleicht in dem einen oder anderen Punkt mehr auf dem Feld der Sozialpolitik liegen. Man muss einfach abwägen. In diesem Fall bin ich für das komplizierte Wort der Äquidistanz, also des gleichen Abstandes zu möglichen Koalitionspartnern.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, Sie haben ausgeführt, wo nach Ihrer Auffassung die Gründe für die schlechte Situation der Krankenkassen liegen. Nachvollziehbar ist es, dass durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Einnahmensituation vieler Kassen so ist, wie sie sich derzeit darstellt. Wie erklären Sie sich die Entwicklung bei den Arzneimittelnkosten?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Sie spielen auf die Entscheidung zu Beginn des Jahres an, das Arzneimittelbudget aufzuheben. Diese Entscheidung ist umstritten, aber sie ist gleichwohl eine Entscheidung, die verständlich ist; denn der Kollektivregress, der sozusagen theoretisch gedroht hat, dass also dann, wenn die Arzneimittelbudgets überschritten worden wären, bei den Ärzten kollektiv gekürzt worden wäre, wäre de facto nie angewandt worden. Das wissen alle Beteiligten.

Es ist trotzdem umstritten, ob man dieses Instrument aus der Hand geben soll, bevor man ein neues Instrument hat. Das ist ohne jeden Zweifel umstritten. Aber an diesem Beispiel zeigt sich, wie labil das Geschehen ist, wie labil auch das Verhalten der Beteiligten ist. In dem Augenblick, in dem ein so theoretisches Strafinstrument weggenommen wird, brechen alle Dämme. Das zeigt, dass wir neue Elemente der Steuerung im Gesundheitswesen brauchen, weil die derzeitigen nicht mehr greifen. Das ist auch der Grund dafür, dass ich mich an dieser Debatte im Hinblick auf das Jahr 2002 bzw. 2003 intensiv beteilige.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Altherr.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Staatsminister, wie ist die Haltung der Landesregierung zu der entscheidenden Frage der Wahlleistung oder der Regelleistung? Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Meinung des Herrn Wirtschaftsministers ganz anders als Ihre ist, die bekannt ist. Der Wirtschaftsminister ist, wie die FDP bundesweit generell, für die Einführung von Wahl- und Regelleistungen im Bereich des Gesundheitswesens. Wie ist die Meinung der Landesregierung insgesamt hierzu?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Kollege Dr. Altherr, der Blick in die Koalitionsvereinbarung zeigt, dass sich die Koalitionspartner einig sind, dass der Leistungskatalog überprüft werden muss und dieser überprüfte Leistungskatalog, also das, was notwendig ist, dann auf dem bisherigen Weg der gesetzlichen Krankenversicherung allen zugute kommen muss. Das ist ein klarer Standpunkt.

Wenn es darüber hinaus Leistungen gibt, die dem Markt überlassen bleiben, dann bin ich auch für alles Mögliche. Das darf aber nicht für die medizinisch notwendigen Maßnahmen gelten. Diese müssen weiterhin in der gesetzlichen Krankenversicherung garantiert bleiben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Altherr.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Minister, ich möchte das Problem nicht weiter diskutieren. Ich weiß genau, wo die Problematik liegt, nämlich im Festlegen des Regelkatalogs.

Meine andere Frage zielt auf etwas anderes ab. Es war mit ein wahlentscheidendes Versprechen der jetzigen Regierungskoalition auf Bundesebene, dass man im Wahlkampf gesagt hat, man werde die Zuzahlung abschaffen. Nun höre ich verwundert in der Vorweihnachtszeit, dass die Frau Gesundheitsministerin vor dem Problem der Nichtmehrfinanzierbarkeit der GKV nun auch wieder höhere Zuzahlungen ins Auge fasst. Wie beurteilen Sie das? Wie ist Ihre Meinung hierzu?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Kollege Dr. Altherr, es wäre sehr ergiebig, wenn sich die Union einmal intern zwischen CDU und CSU einig würde, ob sie Zuzahlungen oder Grund- und Wahlleistungen möchte. Das geht wild durcheinander. Ich kann Ihnen das belegen.

(Zurufe von der CDU)

Im Übrigen sind durch Zuzahlungen in der Zeit von Minister Seehofer die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen so gestiegen wie noch nie, allerdings nicht ausschließlich bei den gesetzlichen Kassen.

Die Zuzahlungen machen dort Sinn, wo eine Verhaltensbeeinflussung geboten ist, deswegen zum Beispiel bei Arzneimitteln, bei denen es durchaus richtig ist, dass auch der Verbraucher, der Patient, der Versicherte ein Interesse daran hat, dass er nicht teure Scheininnovationen bekommt, obwohl gute und gängige Arzneimittel auch helfen würden. Deswegen soll hier eine Änderung erfolgen. Es soll also nicht mehr die Packungsgröße entscheidend sein, sondern letzten Endes der Preis. Das wird sich entsprechend verändern.

Im Übrigen hat die Bundesregierung das, was sie in dem Wahlprogramm der SPD angekündigt hat, was sie zurücknehmen wollte, auch zurückgenommen. Ob das im Einzelfall immer richtig und zwingend war, darüber können wir reden. Die Bundesregierung hat es aber zurückgenommen. Insofern ist die Wahlaussage auch in die Tat umgesetzt worden.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Altherr.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Staatsminister, ich möchte daran erinnern, die SPD hat damals der Lahnsteiner Vereinbarung zugestimmt. Dann macht sie ein Wahlversprechen, in dem sie sagt, wir nehmen die Zuzahlung insgesamt zurück, wir schaffen sie ab. Das war die Wahlaussage. Dann haben sie nach gewonnener Wahl – – –

(Lewentz, SPD: Wir sind nicht im Deutschen Bundestag!)

Präsident Grimm:

Herr Kollege Dr. Altherr, bitte geben Sie keine Stellungnahme ab, sondern stellen Sie eine Frage.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Präsident, wir kennen das leidige Thema. Dann bitte ich Sie, den Herrn Minister auch darauf hinzuweisen, bei dem Thema nicht so weitschweifend auszuholen.

Präsident Grimm:

Ich bedaure auch, dass es leidig ist. Sie sollten sich auch an die Regeln halten.

Bitte schön, Herr Dr. Altherr. Stellen Sie eine Frage.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Präsident, das gilt auch für das Kabinett.

Präsident Grimm:

Wollen Sie nun eine Frage stellen oder nicht? Ich habe keine Lust, mit Ihnen darüber zu debattieren. Stellen Sie jetzt eine Frage oder nicht, sonst gebe ich dem nächsten Kollegen das Wort?

Bitte schön.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Ich werde meine Frage stellen. Das Recht nehme ich mir noch heraus.

Herr Minister, ich komme noch einmal zu den Zuzahlungen. Wir wissen, Zuzahlungen haben nur dann eine steuernde Wirkung, wenn sie unsozial hoch sind. Das ist allgemeiner Konsens. Nun meine Frage an Sie: Wären Sie auch bereit, die Zuzahlungen in modifizierter Form derart zu erhöhen, dass sie eine steuernde Wirkung in der GKV ausüben?

**Gerster, Minister
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Herr Dr. Altherr, Sie haben Ihre Frage mit dem Einleitungssatz begonnen, dass Zuzahlungen nur wirken, wenn sie unsozial hoch sind. Darin liegt meine Antwort. Alles, was sinnvoll ist, muss weiterhin in der gesetzlichen Krankenversicherung im Wesentlichen ohne Zuzahlung gewährt werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Staatsminister, Sie haben noch einmal darauf hingewiesen, wie wichtig als übergeordnetes Thema die Senkung der Lohnnebenkosten ist und damit auch die Senkung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkosten im Bereich der Krankenversicherungen. Teilen Sie die Meinung der Bundesgesundheitsministerin, dass die für das Jahr 2002 ins Auge gefassten und verabschiedeten Reformen dazu führen werden, dass in diesem Jahr keine neuen Beitragserhöhungen zustande kommen, oder teilen Sie die Meinung der Kritiker, dass es trotz dieser Maßnahmen, die jetzt ins Auge gefasst und verabschiedet worden sind, auch im Jahr 2003 zwangsläufig zu neuen Beitragserhöhungen kommen muss?

**Gerster, Minister
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Sie sprechen von 2003, nicht von 2002?

(Dr. Schmitz, FDP: 2002!)

– 2002.

Herr Kollege Dr. Schmitz, eine Vielzahl von gesetzlichen Krankenkassen haben Beitragserhöhungen für das nächste Jahr angekündigt, darunter die großen Ersatzkassen und die großen regionalen Ortskrankenkassen. Wenn man das alles zusammennimmt, wird der durchschnittliche Beitrag über 14 % steigen, bei einigen großen regionalen Kassen sogar in die Nähe von 15 %, aber er wird unter 15 % bleiben. Das ist nicht zu verhindern. Ich bin zuversichtlich, dass die kostenwirksamen Maßnahmen, die derzeit gesetzgeberisch vorgenommen werden oder bereits im Gesetzblatt stehen, verhindern werden, dass darüber hinaus unmittelbar im darauf folgenden Jahr weitere Beitragssatzerhöhungen die Folge sein werden. Das ist ein geringer Trost. Beiträge über 14 % sind zu hoch. Aus diesem Grund müssen sie so bald wie möglich gesenkt werden.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidt.

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Frage zur aktuellen Lösung des Belegarztproblems?

Präsident Grimm:

Ich stelle es anheim, das ist Ihre Entscheidung.

**Gerster, Minister
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Ist das die Frage?

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Nein, es ist eine ganz kurze Frage, weil ich mir sicherlich eine Lösung erhoffe.

Welche konkreten Ergebnisse wurden zur Stabilisierung der Belegarztvergütung erreicht? Anlässlich des Artikels, der heute in der „Westerwälder Zeitung“ erschienen ist, wird davon gesprochen? Ich bitte, das zu konkretisieren.

**Gerster, Minister
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Ich kann Ihnen berichten, dass die an den Verhandlungen Beteiligten unter der Moderation des Ministeriums, das nur indirekt handlungsverpflichtet ist, sich darauf

verständigt haben, dass durch weitere stabilisierende Elemente bei den Einnahmen der Belegärzte auf Kampfmaßnahmen, auf drohende Schließungen von Belegabteilungen verzichtet wird. Dies hat Dr. Oswald, der Sprecher der streitbaren Belegärzte im Bezirk Koblenz, der Kassenärztlichen Vereinigung ausdrücklich bestätigt. Das ist aus Sicht der Belegärzte noch nicht die Lösung, die völlig im grünen Bereich liegt. Ich kann auf jeden Fall mitteilen, dass wir nicht befürchten müssen, dass es zu Beginn des neuen Jahres zu irgendwelchen Maßnahmen kommen wird, die die Bevölkerung treffen. Ich bin darüber froh, dass dieses Ergebnis unter maßgeblicher Beteiligung des Ministeriums erreicht werden konnte.

Präsident Grimm:

Es liegen keine weiteren Fragen vor. Ich bitte um Verständnis, dass wir weitermachen müssen, sonst können wir die anderen Fragen nicht mehr aufrufen.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Reiner Marz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Haltung der Landesregierung zum Abbau von Standards auf kommunaler Ebene** – Nummer 3 der Drucksache 14/538 – betreffend, auf.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Standards auf kommunaler Ebene sollen in Zukunft disponibel sein, und welche Maßnahmen will die Landesregierung dazu ergreifen?
2. Welche Einsparungen können Kommunen im Einzelnen erreichen?
3. Welches Einsparvolumen über alle Kommunen hinweg würden nach Auffassung der Landesregierung pro Jahr realisiert werden können?

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Innenminister Zuber das Wort.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf die Mündliche Anfrage wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 bis 3: Im Hinblick auf die angespannte Finanzlage der kommunalen Haushalte verfolgt die Landesregierung das Ziel, dass den Kommunen möglichst bald auf der Grundlage einer zeitlich befristeten gesetzlichen Regelung ein Abweichen von landesrechtlichen Standards ermöglicht wird. Damit ein solches Gesetz parlamentarisch bald möglichst beraten werden kann, wird aller Voraussicht nach nicht die Landesregie-

zung den Gesetzentwurf einbringen. Vielmehr ist beabsichtigt, dass es sich dabei um eine Gesetzesinitiative aus der Mitte des Landtags handeln wird, also seitens der Regierungsfractionen.

Unabhängig davon ist es aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlich, die Aufgaben und Regelungsbereiche, für die den Kommunen im Einzelfall auf Antrag eine Befreiung von landesrechtlichen Standards ermöglicht werden soll, möglichst genau zu beschreiben. Dies ergibt sich insbesondere aus der zum Gesetzesvorbehalt vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätzen. Auf dieser Grundlage sind auch schon die bestehenden Standardöffnungsgesetze in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut. Aufgrund des aufgezeigten Verfahrens wird es nicht die Aufgabe der Landesregierung, sondern der den Gesetzentwurf einbringenden Fraktionen sein, für unser Bundesland einen entsprechenden Katalog zur Standardöffnung auszuarbeiten und politisch abzustimmen. Da ein solcher Katalog noch nicht vorliegt, kann die Landesregierung deshalb dazu heute keine Aussage treffen, welche potenziellen Einsparungsmöglichkeiten sich für die Kommunen daraus ergeben.

So weit die Antwort.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wenn der Unterschied zwischen Regierung und Regierungsfractionen so groß ist, dass Sie die Anfrage nicht beantworten können, dann können Sie vielleicht folgende Frage beantworten: Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Äußerungen aus dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz? Halten Sie die dort angegebene Richtung für hilfreich, für zielführend bzw. wie bewerten Sie das?

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Ich gehe davon aus, dass Sie gern die Antwort der Landesregierung haben möchten. Ich habe meine persönliche Auffassung dazu. Es wird notwendig sein, die seitens des Gemeinde- und Städtebunds gemachten Vorschläge natürlich innerhalb der Landesregierung zu beraten. Ich gehe davon aus, dass die beiden Regierungsfractionen, die den Gesetzentwurf erarbeiten werden, die Vorschläge des Gemeinde- und Städtebunds dabei bedenken werden und sich entsprechend verhalten.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wenn auch eine Beantwortung in Bezug auf den Gemeinde- und Städtebund offenbar nicht möglich ist, dann frage ich Folgendes: Hat die Landesregierung eine Haltung zu den Vorschlägen, die aus der Reihe der sozialdemokratischen kommunalen Vertretung gekommen sind?

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Ich gehe davon aus, dass dieser Gesetzentwurf der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Gesetzentwurfs durch die Regierungsfractionen auch eine Rolle spielen bzw. beachtet werden wird. Die dortigen Überlegungen sind noch nicht abschließend bekannt. Zu gegebener Zeit wird alles, was in diesem Zusammenhang eingebracht wird, seitens der Landesregierung zu bedenken und zu bewerten sein.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, welchen Sinn macht es Ihrer Meinung nach, ein solches Standardöffnungsgesetz zeitlich zu befristen? Sie hatten ausgeführt, es werde wahrscheinlich vorgesehen, es für einen bestimmten Zeitraum zu machen. Heißt das, es soll seine Funktion nur in einem Zeitraum entfalten, in dem die Kommunen besonders klamm sind, oder soll das quasi ein Erprobungszeitraum sein?

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Ich gehe davon aus, dass die bestehenden Gesetze sinnvoll sind. Das beantwortet auch einen Teil der gestellten Frage im Bezug auf die Vorschläge des Gemeinde- und Städtebunds. Von daher ist es sicherlich geboten, vor dem Hintergrund der bestimmt noch eine Zeit lang anhaltenden Finanzlage die Möglichkeit der Befreiung davon zu befristen. Wir kennen das auch bei den bestehenden beiden Gesetzen aus Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Auch dort unter dem Entwurf, den die SGK vorgelegt hat, ist eine Befristung auf fünf Jahre vorgesehen. Generell wird nach einem noch zu besprechenden Zeitrahmen darüber nachzudenken sein, ob das Gesetz weiterhin Bestand haben soll oder nicht.

Im Übrigen will ich noch darauf hinweisen, dass die Landesregierung und das zunächst einmal zuständige Innenministerium sich darum bemühen, mit den Kommunen entsprechende Vorschläge zu besprechen und zu diskutieren. Ich habe in einem Schreiben an die drei kommunalen Spitzenverbände darum gebeten, mir Vorschläge nicht nur in Bezug auf das Gesetz, sondern auch über untergesetzliche Regelungen zu machen. Die

Vorschläge sollen sie mir bis 31. Januar zur Verfügung stellen.

Ich habe bereits zu einem Besprechungstermin Mitte Februar eingeladen, an dem wir dann gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden seitens des Innenministeriums die dann vorliegenden Vorschläge miteinander diskutieren und besprechen werden.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bischel.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Staatsminister, ich will gleich zwei Fragen stellen.

Sie haben eben auch davon gesprochen, dass es um landesgesetzliche und auch untergesetzliche Vorschriften geht. Vor dem Hintergrund dessen, dass die CDU-Landtagsfraktion schon vor Jahren den Abbau von untergesetzlichen Vorschriften, etwa Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften usw., gefordert hatte, frage ich Sie: Können Sie uns jedenfalls andeutungsweise sagen, um welche landesgesetzlichen Vorschriften es sich in diesem Zusammenhang handelt?

Sie sprachen vorhin von dem Katalog von Vorschriften. Können Sie uns auch hier andeutungsweise sagen, welcher Katalog von Standards gegebenenfalls infrage kommt?

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abgeordneter Bischel, zunächst will ich darauf hinweisen, dass bereits in den letzten Jahren Standards abgebaut, Richtlinien verändert worden und auch entfallen sind, und zwar in einer sehr erklecklichen Zahl. Wir haben das in verschiedenen Anfragen auch unsererseits dargestellt.

Ich möchte nicht im Detail den wahrscheinlich untauglichen Versuch unternehmen, auf bestimmte Einzelpunkte einzugehen, weil ich die Notwendigkeit sehe. Das versteht sich von selbst; denn es handelt sich um Gesetze, die in der Federführung verschiedener Ressorts liegen. Ich erinnere nur an den 10-Punkte-Katalog, den der Gemeinde- und Städtebund vorgelegt hat, wovon verschiedene Ressorts betroffen sein werden. Ich will damit sagen, dass es notwendig sein wird, die Vorschläge, die dann auf den Tisch kommen, miteinander auch innerhalb der Landesregierung zu besprechen und zu bedenken, bevor man zu einem Vorschlag oder einer Entscheidung der Landesregierung kommt.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Minister, unabhängig von dem noch zu erstellenden Katalog: Wie stellt sich der konkrete Ablauf dar, wenn eine betroffene Kommune diese und jene Standards ändern will? Welche Abläufe sind erforderlich, mit wem muss vorher gesprochen, und wo muss es genehmigt werden bzw. durch wen erfolgt die Zustimmung? Nur durch das Ministerium oder durch eine andere Stelle, ADD oder SGD Nord oder Ähnliches? Wer ist für die Akzeptanz meiner Forderung zuständig?

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Nach den bisher vorliegenden Gesetzen in den beiden Ländern, und was beispielsweise auch den Vorschlag der SGK beinhaltet – wir haben noch keinen Gesetzentwurf –, ist es so, dass die Entscheidung über einen Antrag, bestimmte Standards auszusetzen bzw. bestimmte landesgesetzliche Bestimmungen auszusetzen, auf der Ministeriumsebene getroffen wird. Diese Entscheidung trifft letztlich das Ministerium.

Abg. Schmitt, CDU:

Direkt? Die Kommune wendet sich direkt, ohne Zwischenstation an das Ministerium oder an wen?

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Das ist – wie gesagt – noch nicht klar. Ich kann mir auch vorstellen, dass man sich mit der ADD in Verbindung zu setzen hat und die ADD dann den Vorschlag befürwortend oder ablehnend an das Ministerium heranträgt. Aber das Ministerium wird letztentscheidend sein.

Präsident Grimm:

Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

Ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Mitarbeiterinnen der Behinderteneinrichtung der Maria Grünwald sowie Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 a, b, c und 10 der Hauptschule Kurfürst Balduin Morbach. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dieter Schmitt (CDU), Neue Weinbauinitiativen und Vorschläge zur Änderung des Weingesetzes** – Nummer 4 der Drucksache 14/538 – betreffend, auf.

Herr Schmitt, bitte schön.

Abg. Schmitt, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Weinbau- und Weinmarktsituation in den einzelnen rheinland-pfälzischen Anbaugebieten?
2. Welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Weinbausituation plant die Landesregierung, und welche Änderungen wird sie nach den bisherigen Ankündigungen und Veröffentlichungen für das Deutsche Weingesetz einbringen?

Präsident Grimm:

Es antwortet Herr Weinbauminister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anlässlich der Verleihung des Staatsehrenpreises am 26. November diesen Jahres in Mainz habe ich angekündigt, in Kürze einen Entwurf – ich lege Wert darauf, „Entwurf“ zu sagen – zur Änderung landesrechtlicher Bestimmungen auf dem Gebiet des Weinrechts vorzulegen, den ich mit den entsprechenden Verbänden erörtern will.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In seiner Weinschätzung vom 6. Dezember geht das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz für das Jahr 2001 von einer Weinmosternte von 6,4 Millionen Hektoliter aus. Damit liegt die Ernte um 6 % unter dem Vorjahresergebnis.

Nach einer Schätzung des Deutschen Weinbauverbands, die sich auf eine kleinere Anzahl von Expertenschätzungen in den Anbaugebieten stützt, liegt die Ernte 2001 um 5,98 Millionen Hektoliter – um 15 % – unter einem längeren Jahresdurchschnitt.

In den Anbaugebieten Ahr und Nahe bewegen sich die Endergebnisse im langjährigen Durchschnitt.

In den anderen Anbaugebieten werden, gemessen an einer normalen Ernte, folgende Ergebnisse eingefahren:

- Rheinhessen 93 %,
- Mittelrhein 88 %,
- Pfalz 84 %,
- Mosel-Saar-Ruwer 73 %.

Aus allen Gebieten wird von überdurchschnittlichen Qualitäten berichtet. Mit diesen Qualitäten und den unterdurchschnittlichen Mengenergebnissen sind die Voraussetzungen für eine Konsolidierung der Fassweinpreise eigentlich gegeben.

Das Herbstgeschäft hat sich 2001 wie folgt dargestellt: 14 % Verarbeitungswein, 14 % Landwein, 60 % Qualitätswein und etwa 12 % Prädikatswein.

Für die Direktvermarkter ist der Jahrgang 2001, wenn man so will, ein guter Jahrgang.

Für die Fassweinvermarkter ist die Preissituation nach wie vor auf einem Niveau, das zur Kostendeckung nicht ausreicht und damit weiterhin als unbefriedigend zu bezeichnen ist.

Zu Frage 2: Die Landesregierung wird in Kürze den Weinwirtschaftsräten und den Verbänden der Weinwirtschaft den Entwurf einer Landesverordnung zur Änderung weinrechtlicher Bestimmungen zur Diskussion vorlegen. Darin wird im Entwurf vorgeschlagen, die Mindestmostgewichte auch für Qualitätsweine und Kabinettweine moderat und entsprechend den Verbrauchererwartungen anzuheben. Die Mindestmostgewichte sollen auf einem Niveau festgesetzt werden, dass die Grundqualität gewährleistet bleibt.

Künftig sollen in Rheinland-Pfalz alle Rebsorten, die in den Bundessortenlisten enthalten sind, klassifiziert in einer Liste der zugelassenen Rebsorten für Qualitätsweine aufgenommen werden. Damit gibt das Land die Verantwortung für die Auswahl der Rebsorten richtigerweise an die Erzeugerbetriebe. Direktvermarkter können dann wie immer in eigener Verantwortung Nischen mit besonderen Spezialitäten ausgesuchter Rebsorten besetzen.

Darüber hinaus sollen die Meldungen der önologischen Verfahren, die das Land aufgrund von Vorgaben der Europäischen Union umsetzen muss, auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden.

Weitere Änderungen sind auf Landesebene zunächst nicht geplant.

Hinsichtlich einer Änderung des Weingesetzes möchte ich auf Folgendes hinweisen dürfen:

In der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags wird eine Änderung des Weingesetzes anstehen. Zur Vorbereitung dieser Gesetzesänderungen werden umfangreiche Gespräche und Diskussionen mit Vertretern der Wirtschaft, den anderen Ländern und dem Bund notwendig werden.

In diesem Zusammenhang könnten folgende Punkte geregelt werden:

- Die Zulassung der Konzentrierung von Mostbereitung von Qualitätsweinen b.A.,
- die Zulassung der Beregnung auf Flach- und Hanglagen sowie
- eine Überarbeitung der Hektarertragsregelung.

Darüber hinaus muss aus meiner Sicht geprüft werden, ob eine Straffung des Prädikatweinsystems und eine Rückbesinnung auf die Stärken der Prädikate zur Vertrauensbildung beim Verbraucher beitragen kann.

Um den Umfang in der Weingesetzgebung aus Sicht der Länder zu diskutieren und innerhalb der Länder ein abgestimmtes Verfahren zu erreichen, habe ich die

Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe durch die Agrarministerkonferenz und die Amtschefkonferenz der Agrarminister entsprechend beantragt.

Beide Konferenzen finden Anfang des Jahres 2002 statt.

Ich gehe davon aus, dass die Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt wird. Ergebnisse über den Umfang einer Weingesetzänderung aus Sicht der Länder bleiben dieser Arbeitsgruppe verständlicherweise vorbehalten.

So weit die Beantwortung der Fragen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Minister, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist in dem großen Paket lediglich die Frage der Mindestmostgewichte unmittelbar vorgesehen. Warum haben Sie nicht dem Antrag des Weinbauverbands Mosel-Saar-Ruwer, der bereits eine Mostgewichterhöhung gefordert hat, aus dem vergangenen Jahr entsprochen? Jetzt kommen Sie und behaupten, das sei der große Wurf.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Es ist ein Unterschied, ob man Politik selektiv oder für die gesamte Weinwirtschaft betreibt. Das war bisher immer guter Brauch, und daran halte ich fest und lasse mich von niemandem irritieren.

Wir beraten das gemeinsam und tragen das möglichst gemeinsam. Wir können nicht einen Verband herausnehmen. Wenn die anderen Verbände aufgrund klimatischer und topographischer Gründe und aufgrund der Qualität des Bodens andere Sichtweisen vertreten, müssen diese, wenn weinrechtliche Vorschriften verändert werden, mit berücksichtigt werden.

Es bleibt dabei. Wir werden das wie immer in einem vernünftigen Dialog machen, und zwar mit allen Verbänden. Dann werden wir versuchen, ein Ergebnis zu erzielen. Dieses Ergebnis wird in den weinrechtlichen Vorschriften seinen Niederschlag finden.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Minister, die Landesregierung hat bereits im Jahr 2000 die Förderung der Kellerwirtschaft angekün-

digt. Das ist bis heute aber nicht erfolgt. Wann gedenken Sie das umzusetzen? Das haben Sie in dem Paket nicht mehr benannt.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Das war nicht Gegenstand Ihrer Frage. Wir werden das aber zügig umsetzen müssen.

Das Problem dabei war aber, dass wir zunächst einmal alles aufarbeiten mussten. Das ist alles nicht so einfach. Nach der Aufarbeitung werden wir damit beginnen können.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Baumann.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Herr Minister, Sie sagten, dass die Preissituation bei den Fassweinwinzern unbefriedigend sei. Das wissen wir. Wie beurteilen Sie die Zukunft der Winzerinnen und Winzer, die reine Fassweinvermarkter sind und immer noch mit loser Fassweinware am Markt agieren?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Frau Kollegin Baumann, wir leben in einer Marktwirtschaft. Jeder muss wissen, wie er mit seinen Produkten umgeht. Jeder muss wissen, wie und ob er ein Produkt auf den Markt bringt, ob über losen Fasswein, über Direktvermarktung usw. Das ist die Selbstverwaltung in der Marktwirtschaft und so üblich.

Auf eine solche Frage eine Antwort zu geben, ist insofern schwierig, als das immer differenziert gesehen werden muss. Das mag bei dem einen durchaus ertragreich sein, bei dem anderen aber nicht.

Wir werden alles unternehmen – das ist im Übrigen die Aufgabe der Kellerwirtschaft –, um bei einer Unternehmensentscheidung jedem die Souveränität seiner Entscheidung zu überlassen. Wir werden ihn auch dann begleiten, wenn er raus will.

Eines ist klar: Was wir in der Vergangenheit gemacht haben, dass wir bestimmte Destillationen noch einmal besonders fördern bzw. wir sogar so weit gehen, außerhalb der EU-Vorschriften bestimmte Dinge zu tun – ich meine das 15-Millionen-Programm –, das wird aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr funktionieren. Es ging damals darum, die Winzer mit in neue Strukturen zu nehmen. Das wird jetzt nicht mehr gehen. Kurzum: Es wird nicht mehr funktionieren, dass der Staat entsprechende Förderungen dafür leistet.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, Sie haben in Ihrer Antwort darauf hingewiesen, dass es Veränderungen bei den önologischen Verfahren gibt. Können Sie heute schon sagen, um welche Verfahren es sich handelt? Wie ist die Haltung der Landesregierung zu den einzelnen Punkten? Wenn Sie das nicht sagen können, würden Sie uns das schriftlich mitteilen?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Licht, ich habe Vorstellungen, die ich Ihnen jetzt aber nicht sage, weil immer die Gefahr dabei besteht, dass Sie denken, dass ich das so haben will.

Wir haben vorhin über die Konzentrierung gesprochen. Ich war neulich bei der Verleihung des Deutschen Rotweinspreises und habe eine lange Diskussion darüber geführt. Es ist immer ein zweischneidiges Schwert, aber in dieser Richtung kann ich mir etwas vorstellen.

Ich teile Ihnen das gern mit – das ist keine Frage –, sobald wir in der ersten weinbaulichen Beiratssitzung die Gesamtproblematik zumindest andiskutiert haben. Dazu brauche ich das Feedback derjenigen, die damit umgehen müssen. Außerdem brauche ich eine breite Meinungsäußerung des weinbaulichen Beirats. Danach kann ich Ihnen das gern mitteilen. Das ist kein Problem.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Minister, das größte Problem sind in der Tat die vagabundierenden Fassweinsmengen. Wird die Landesregierung die gute Aktion der Landkreise, zumindest an der Mosel – – – Allein der Kreis Trier-Saarburg hat dafür 250.000 DM zur Verfügung gestellt. Das ist gut angenommen worden. Wie bewertet die Landesregierung dies, und wird sie das auch unterstützen und nicht nur den Landkreisen überlassen?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Die Haltung der Landesregierung ist in dem Zwölf-Punkte-Programm dargelegt worden. Das können Sie noch einmal nachlesen, oder ich kann Ihnen das gern noch einmal vorlesen.

(Schmitt, CDU: Das müssen
Sie nur umsetzen!)

Darüber hinaus hat die Landesregierung keine Möglichkeit und sieht auch keinen Handlungsbedarf, weil dafür keine große Gefahr besteht. Dabei muss berücksichtigt werden, dass man Strukturen unter Umständen nicht

verändert. Ich habe kein Problem damit, dass sich Genossenschaften bilden.

Ich habe nur dann ein Problem, wenn es zusätzliche Genossenschaften gibt, wie zum Beispiel die IG Fasswein, die zum Staat kommen und so ganz lapidar sagen: Gib mir einmal eine Bürgschaft über 60 Millionen DM, und dann schauen wir, wie es weitergeht.

(Schmitt, CDU: Wie bewerten
Sie das?)

Das hätte ich auch gern in anderen Wirtschaftsbereichen.

Ich unterstütze es zumindest ideell. Sie entlocken mir heute aber nicht, dass ich noch Geld obendrauf lege. Es ist eine autonome Entscheidung des Landkreises. Das macht auch Sinn. Wir bewerten den Schritt in andere Vermarktungs- und Vertriebsstrukturen sehr positiv. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, dass ich noch einen obendrauf lege.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Anheuser.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, dass die Fassweinspreise desaströs seien. Im Blick auf die rund 25.000 Winzerfamilien in Rheinland-Pfalz sind das zwischen 60 % und 70 %. Können Sie sich vorstellen, dass Sie diesen helfen?

Hat sich die Haltung der politischen Vertreter der Weinbauverbände zu den Mindestmostgewichten seit dem vergangenen Jahr geändert? Die Sache des Weinbauverbandes Mosel-Saar-Ruwer lag bereits auf dem Tisch und ist aufgrund der negativen Haltung der übrigen zu den Akten gelegt worden. Hat es aus Ihrer Sicht Änderungen gegeben, weil Sie das jetzt favorisieren?

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Der Weinbauverband Mosel-Saar-Ruwer hat bereits schriftlich bekundet, dass man gern eine Änderung der Mindestmostgewichte hätte. Wenn Sie mir als Präsident des Weinbauverbandes Nahe sagen würden, wie Sie sich das vorstellen, wäre ich ein Stück weiter. Ich habe bewusst gesagt, dass wir das im Beirat diskutieren wollen.

(Lelle, CDU: Das darf er
nicht fragen!)

– Er kann sagen, dass er sich das so vorstellt. Das ist aber nicht der Kernpunkt. Wir werden es diskutieren und dann sehen, wie die unterschiedlichen Weinbaugebiete dazu stehen. Hier und da gibt es vielleicht noch Sonderprobleme. Ich nenne zum Beispiel die bestimmte Rebsorte Elbling. Darüber muss man auch diskutieren

dürfen. Da man das muss, muss man erst im Beirat diskutieren.

Herr Anheuser, ich beklage die Situation des Fassweinsmarkts sehr, aber ich bin auch derjenige, der versucht, die Winzerinnen und Winzer in andere Marktstrukturen hinein zu begleiten. Direkte Hilfen des Landes kann es und wird es nicht geben, weil sie EU-notifizierungspflichtig sind. Die Europäische Union wird das nicht mehr notifizieren, weil sie einmal im Ministerrat notifiziert hat. Die Kommission hat das seinerzeit abgelehnt.

Daher ist die Frage der finanziellen Beihilfen bzw. der Hilfen des Landes eine Frage, die nur noch eine rhetorische Frage ist, weil es nach EU-Recht nicht mehr umsetzbar ist.

Präsident Grimm:

Ich erkenne keine weiteren Fragen. Die Mündliche Anfrage ist damit beantwortet.

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Nils Wiechmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Struktureller Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz** – Nummer 5 der Drucksache 14/538 – betreffend, auf.

Herr Wiechmann, bitte schön.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der strukturelle Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen insgesamt und an ihren einzelnen Schulformen im Schuljahr 2001/2002?
2. Wie viele Lehrerwochenstunden weniger als das angeforderte und anerkannte Soll erhielten die berufsbildenden Schulen insgesamt und ihre jeweiligen Schulformen (bitte absolute und prozentuale Angaben)?
3. Wie viele Lehrkräfte (Stellenäquivalente) mehr als die zugewiesenen wurden von den berufsbildenden Schulen zur Abdeckung der Unterrichtsversorgung angefordert?
4. Wie hoch ist der durchschnittliche strukturelle Unterrichtsausfall aller Schularten in Rheinland-Pfalz unter Einbeziehung des strukturellen Unterrichtsausfalls der berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2001/2002?

Präsident Grimm:

Es antwortet Staatsministerin Frau Doris Ahnen.

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage beantworte ich wie folgt: Wie in den vergangenen Jahren auch wurde den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags nach Auswertung der Erhebungsunterlagen eine Übersicht mit Informationen zur Unterrichtsversorgung an den einzelnen berufsbildenden Schulen des Landes übersandt.

Zu Frage 1: Wie in dieser Übersicht ausgewiesen, beträgt der strukturelle Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen (öffentliche Schulen ohne landwirtschaftliche Schulen – das ist die Bezugsgröße, die wir immer wählen) zum Stichtag der allgemeinen Schulstatistik im Schuljahr 2001/2002 insgesamt 6,95 % und unter Berücksichtigung der Veränderungen, die sich bis zum 2. November 2001 durch zusätzliche Einstellungen, insbesondere für die Absolventen der Seminare – auch das entspricht der jährlichen Übung – ergeben haben, 5,98 %.

Damit konnte die Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen auch in diesem Jahr weiter verbessert werden, nämlich um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Für die einzelnen Schulformen der berufsbildenden Schulen liegen Angaben nur für den Stichtag 25. September 2001 vor. Auch hier ist in der Regel in der Zwischenzeit eine Verbesserung eingetreten. Ich bin aber gern bereit, Ihnen die Zahlen pro Schulform bezogen auf den Stichtag zu nennen. Das heißt für die Berufsschule 8,55 %, für die Berufsfachschule 6,21 %, die Fachoberschule 5,13 %, das berufliche Gymnasium 1,94 % und die Fachschule 3,0 %.

Zu Frage 2: Das Unterrichtssoll errechnet sich anhand der Klassen, der erforderlichen Klassenteilungen und der Stundentafeln. Gesonderte Anforderungen werden von den berufsbildenden Schulen nicht erstellt.

Zu Frage 3: Unter Zugrundelegung des Regelstundenmaßes von 24 Wochenstunden ergibt sich zum 2. November 2001 ein rechnerischer Bedarf von 256 Lehrereinheiten. Allerdings ist diese Berechnung schon wegen der Fächerdifferenziertheit mehr als problematisch.

Zu Frage 4: Zum jeweiligen Stichtag ergibt sich ein struktureller Unterrichtsausfall aller Schularten in Rheinland-Pfalz unter Einbeziehung des strukturellen Ausfalls der berufsbildenden Schulen von 2,3 %.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wiechmann.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, können Sie mir sagen, wie viele Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen auf

einen Lehrer kommen? Ich meine die Schüler-Lehrer-Relation.

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Das kann ich Ihnen aus dem Kopf nicht sagen. Das kann ich Ihnen gern nachliefern. Das ist kein Problem.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wiechmann.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass Rheinland-Pfalz nach der Statistik der Kultusministerkonferenz vom Dezember 2000 die ungünstigste Schüler-Lehrer-Relation aller Bundesländer hat?

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Ich habe Ihnen gesagt, dass ich gern bereit bin, die aktuelle Schüler-Lehrer-Relation berechnen zu lassen und sie Ihnen nachzuliefern. Wenn ich diese berechnet vorliegen habe, werde ich Sie auch im bundesweiten Vergleich gewichten.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Keller.

Abg. Keller, CDU:

Frau Ministerin, bezieht sich Ihre Feststellung, dass sich die Unterrichtsversorgung im berufsbildenden Bereich um sage und schreibe 0,5 % verbessert hat, auf die Werte zum Erhebungstichtag, die Sie mit 6,95 % angegeben haben, oder auf die nachgebesserten Werte zum Stichtag 1. November?

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Das Auseinanderklaffen von Statistiktag und dem 2. November hat meines Erachtens im Land Rheinland-Pfalz eine gute Tradition. Das ist nämlich nicht etwa, weil sich die Zahlen verbessern würden, sondern es ist die bewusste Entscheidung, dass im November noch Einstellungen möglich sein müssen, weil dann die Seminare den Entlasstermin haben.

Wir wählen diesen und halten ihn zum Teil bewusst offen, damit diejenigen, die neu aus dem Seminar kommen, eine Chance haben, in den berufsbildenden Bereich zu kommen. Deswegen beziehen sich die 0,5 Prozentpunkte auf den Termin 2. November.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Keller.

Abg. Keller, CDU:

Frau Ministerin, könnten Sie bitte einmal die Vergleichswerte vom vergangenen Jahr sagen, und zwar einmal zum Erhebungstichtag und zum Nachbesserungstermin.

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Der Nachbesserungstermin ist, wie bereits ausgeführt, ein Termin vor allen Dingen zur Nachbesserung der Einstellungschancen für Absolventinnen und Absolventen der rheinland-pfälzischen Seminare. Die Vergleichszahlen zu diesem Tag betrugen, wenn man den Statistikstichtag nimmt, im letzten Jahr 7,2 % und dieses Jahr 6,95 %. Auch hier ist eine Verbesserung eingetreten.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wiechmann.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, VLBS und VLW fordern 400 zusätzliche Planstellen für die berufsbildenden Schulen, damit diese ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können und dabei vergleichbare Bedingungen wie andere Schularten in anderen Bundesländern haben. Was tut die Landesregierung, um die nicht gerade rosigen Zahlen zu verbessern, oder gibt sie sich mit diesen Zahlen und ihren Anstrengungen zufrieden?

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

1. VLBS und VLW sind der Landesregierung wichtige Ansprechpartner, die die Interessen der berufsbildenden Schullehrer vertreten.

2. Die Versorgung gerade im berufsbildenden Bereich ist in hohem Maß davon abhängig, dass ausreichender Lehrernachwuchs zur Verfügung steht. Deswegen haben wir uns in großem Umfang darum gekümmert, dass sich diese Situation in Zukunft verbessern wird. Wenn Sie dieser Tage die Berichterstattung verfolgt haben, haben wir auch mitgeteilt, dass wir deutlich mehr Anwärterinnen und Anwärter in den Seminaren haben, als das im letzten Jahr der Fall war. Das ist aus meiner Sicht der beste Beitrag, die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen zu verbessern.

Ich komme zu den Zahlen. Sie sagten, diese sehen nicht rosig aus. Ich wollte sie eigentlich nicht vortragen: Ich kann Ihnen einmal ein paar Etappen nennen. Ich kann

sie Ihnen auch gern seit 1980 zur Verfügung stellen. Es wäre für mich kein Problem gewesen, Ihre Anfrage so zu beantworten, dass ich sage, wir haben an den berufsbildenden Schulen die beste Unterrichtsversorgung seit 20 Jahren im Land Rheinland-Pfalz. So ist die Entwicklung der Zahlen.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Keller.

Abg. Keller, CDU:

Frau Ministerin, verstehen Sie mein Misstrauen gegenüber diesen Nachbesserungen, weil ich in der Vergangenheit konkret schriftlich nachgefragt habe, und zwar nicht nur nach den zusätzlichen Stellen, sondern auch nach den möglichen Abgängen in dieser Zeit? Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Sie immer nur die zusätzlichen Stellen, aber nie die möglichen Abgänge genannt haben. Verstehen Sie deshalb meine Skepsis, wenn Sie immer nur nachbessern?

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Ich verstehe Ihre Skepsis und Ihr Misstrauen nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Diese Zahlen geben aus meiner Sicht völlig korrekt den Stand wieder. Das Problem Ihrer in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit gestellten Anfragen ist, dass Ihre Fragestellung darauf hinauslaufen würde, dass das Ministerium zentral eine Statistik darüber führt, welche Lehrerinnen und Lehrer an welchem Tag eingestellt und erkrankt sind, und das am besten täglich.

Ich sage Ihnen, dass Sie einen Personalkörper von 35.000 Lehrerinnen und Lehrern so nicht führen können. Wenn wir das tun würden, würden Sie mir zu Recht vorwerfen, dass das steinzeitliche Methoden sind. Wir brauchen die Verantwortung vor Ort für diese Frage.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Fragestunde ist abgelaufen.

Zur Geschäftsordnung erteile ich dem Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Hartloff, das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantrage seitens der SPD-Fraktion die Aussprache über die

Mündliche Anfrage der Kollegin Brede-Hoffmann (SPD), Auswertung und Konsequenzen der PISA-Ergebnisse – Nummer 1 der Drucksache 14/538 – betreffend.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Aussprache eine halbe Stunde dauern sollte.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich erteile der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns in diesem Hause einig, die PISA-Studie hat Besorgnis erregende Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland hervorgebracht. Wir sind uns auch einig, dass wir darüber diskutieren müssen, dass wir die Hintergründe untersuchen müssen, um von den Ländern zu lernen, die wesentlich bessere Ergebnisse in dieser Studie gezeigt haben.

Ich möchte für die SPD-Fraktion betonen, dass es für uns erschreckend ist festzustellen, dass in der Bundesrepublik Deutschland der Zusammenhang zwischen sozialer Zugehörigkeit und der jeweiligen Leistungsfähigkeit am engsten ist, das heißt, dass Kinder und Jugendliche mit einem schwierigen sozialen Hintergrund auch große Probleme in der Schule haben und ihre Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist. Das kann uns nicht freuen, und das kann uns nicht beruhigen. Natürlich ist es auch Besorgnis erregend, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – Frau Staatsministerin Ahnen hat ausdrücklich darauf hingewiesen – große Probleme in der Schule haben.

Ansätze für Reaktionen sind an vielen Stellen, von der KMK, von Lehrerinnen- und Lehrerverbänden, vom Ministerium, schon erklärt worden. Ich glaube, wir sind uns in diesem Hause einig darüber, wir müssen im frühen Kindesalter anfangen, in den Kindertagesstätten spielerisch lernen, die Fähigkeiten der Kleinen zu nutzen, die noch ganz anders sind als die eines zehn- oder elfjährigen Kindes. Im Grundschulalter gilt es, zu üben, zu fördern, viel mehr Zeit zum Lernen zu geben. Grundlagen müssen sitzen, aber die Kinder müssen angeregt werden, nachzufragen, zu forschen, nicht einfach nur Fakten zu lernen, sondern immer wieder auch die Fähigkeit zu bekommen, das, was sie gelernt haben, zu übertragen und kritisch zu hinterfragen. Die Lern- und Arbeitsformen müssen sich fortsetzen in den späteren Jahren, ganz egal in welchem Bildungsgang.

Unsere Schülerinnen und Schüler müssen in jedem Fach angeregt werden, lösungsorientiert zu lernen und zu arbeiten. Sie müssen nicht ein möglichst breites Fakten- und Detailwissen anhäufen, wie das zum Teil in unseren Lehrplänen deutlich noch angeregt wird, sondern sie müssen in der Lage sein, das Lernen zu lernen, die Wege zu erkennen, wie man auch ungewöhnlich nachfragt, auch um die Ecke denkt, wie man an Hinter-

gründe kommt, die aus dem Detail zunächst nicht erkennbar sind.

Wenn man sich die PISA-Studie anschaut, sieht man, dass dort Fragestellungen waren, die, wenn man ein wenig um die Ecke denken kann, überhaupt nicht schwierig zu beantworten waren, aber zum Teil nur von 12 % oder 13 % der Kinder gelöst werden konnten.

Wir müssen den Mut haben, Lehrmethoden zu überprüfen. Wir müssen den Mut haben, an unsere Curricula heranzugehen, in jedem Fach, besonders natürlich in den Fächern, die im Besonderen Lese- und Leseverständnis kompetenz schulen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, an dieser Stelle einen kleinen Hinweis auf ein sicherlich unverzeihliches Versäumnis. Es ist erkennbar, dass nicht mehr zuerst das Buch in starkem Maß die Vorstellungskraft von Heranwachsenden prägt, sondern Bilder aus Fernsehen, Computer, Video und Ähnliches. Brauchen wir dafür nicht eine pädagogische Antwort? Ich denke, ja. Brauchen wir nicht eigentlich die Implementierung des Insterburg-Plans für den Deutschunterricht?

(Beifall bei der SPD)

So früh wie möglich die Implementierung dieses Plans in allen Bildungsgängen, in allen Klassenstufen. Unterschätzen wir bitte nicht die Chance auf einen Quantensprung im Literaturkundeunterricht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Dieser Schritt zum Insterburg-Plan wäre auch schon im vergangenen Jahrtausend möglich gewesen, als Sie an der Regierung waren.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten gemeinsam überlegen, ob wir nicht eine vergessene Chance analysieren müssen. Es geht bei uns nicht um die Beschimpfung von Lehrkräften, von Schule, von Kindern, von Eltern, es geht um die Analyse, um ein mutiges Weiterführen von Antworten, die wir in Rheinland-Pfalz begonnen haben. Wir haben vor PISA die Qualitätsentwicklung an unseren Schulen angeregt, wir haben lange vor PISA die Antwort zur Ganztagschule, zur Vollen Halbtagschule gegeben. Wir haben das Aktionsprogramm „Hauptschule“ in unserer Koalitionsvereinbarung.

(Glocke des Präsidenten)

Wir werden unsere Schulen unterstützen, und wir werden Lernen und Hinterfragen in diesem Land fördern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Redebeitrag von Herrn Mertes und eben auch von Frau Brede-Hoffmann sehe ich mich doch gezwungen, meinen kleinen Reim vorzutragen. Es geht das Motto um: „Kommet ihr Menschen nach Rheinland-Pfalz, hier sonnt sich die Regierung im eigenen Glanz.“

(Vereinzelte Heiterkeit und Zurufe im Hause)

Meine Damen und Herren, damit werden die katastrophalen Ergebnisse der PISA-Studie nicht bewältigt. Ich will das Ergebnis noch einmal kurz zusammenfassen. Das Leseverständnis der deutschen Schüler stand im Mittelpunkt. Die Spitze zu dünn, die Mitte zu schmal, und der Anteil extrem schwacher Schüler ist viel zu groß. Vier Reaktionen waren auszumachen. Die einen wiegeln ab: Alles halb so schlimm, nur ein Test. – Andere haben schon immer alles gewusst und ziehen aus der Schublade fertige Rezepte. Die Dritten, so wie hier, betreiben Schönfärberei: Alles ist bestens, alles ist schon auf der Reihe. – In Nordrhein-Westfalen ist die Ministerin wieder dabei, die Lehrer zu beschimpfen, ihnen Bunkermentalität vorzuwerfen.

Meine Damen und Herren, ich warne vor dieser Oberflächlichkeit; denn die Ergebnisse sind zu besorgniserregend. Wir müssen ernsthafte Ursachenforschung betreiben. Für mich gilt: Was sagen dabei die Wissenschaftler, und was ist für uns möglicherweise in Rheinland-Pfalz der Fall? Dann will ich einige der genannten Gründe einmal aufgreifen und vortragen:

1. Die späte Einschulung: Ohne Zweifel ist sie auch bei uns in Rheinland-Pfalz mit 6,6 Jahren im Durchschnitt gegeben.

2. Die hohe Rückstellung von Kindern, 8 % in Rheinland-Pfalz, ohne eine ausreichende anschließende Förderung.

3. Die Frühförderung im Kindergarten ist weitgehend ungenutzt. Es ist die Frage, wie dies bei uns in Rheinland-Pfalz ist. Ist dies optimal? Auch darauf denke ich, werden wir, wenn im Januar das Gesamtergebnis und die Auswertung bezüglich der Länder vorliegt, Antworten geben können.

4. Die Unflexibilität in der Grundschule im Bezug auf die Sitzenbleiber, die früher eine Rückversetzung bräuchten und andererseits auch eine Klasse leichter und schneller überspringen sollten, wenn sie dazu in der Lage sind.

5. Die Förderung schwacher Schüler, ein zentrales Anliegen der Wissenschaftler. Ich will darauf hinweisen, dass nach unserer Meinung mit der Einführung der Vollen Halbtagschule Förderungsmöglichkeiten gekürzt wurden und weniger AGs angeboten wurden.

Frau Brede-Hoffmann, Sie haben das Problem der Integration angesprochen. Das ist richtig. Darin liegt der größte Fehler unseres Bildungssystems. Eine ausreichende Sprachförderung ist wohl nirgendwo durchgeführt worden, auch bei uns nicht. Ich bin der Meinung,

wir haben weitestgehend die Grundschullehrerinnen und -Lehrer allein gelassen, wenn sie in ihrer Klasse mehrere Kinder hatten, die die deutsche Sprache nicht beherrschten.

(Beifall der CDU)

Nach Meinung der Wissenschaftler haben wir auch insgesamt zu wenig Unterricht, in Deutsch und Mathematik teilweise ein Jahr weniger als andere Länder. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Unterrichtsausfall, den wir nicht ernsthaft bekämpft haben und der natürlich auch Konsequenzen hat.

Wir haben deshalb auch zu wenig Zeit zum Üben und zum Anwenden. Folglich wurde das Ergebnis so schlecht.

Wir haben falsche Akzente gesetzt. Ich erinnere an die Spielschule von Staatsministerin Frau Dr. Götte. Genau das war ein falscher Weg.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Genau nicht!)

Ich bin ganz und gar nicht für die Paukschule wie in Japan, aber spielerische Elemente soll, darf und kann es nur geben, soweit dies zum kindgemäßen Lernen dient. Die Spaßgesellschaft, von der wir immer wieder reden und die draußen gang und gäbe ist, ist ebenfalls ein falscher Weg; denn Wohlstand fällt einem nicht zu, sondern er muss erarbeitet werden. Dies muss jungen Menschen dargelegt werden.

Auch in der Lehrerbildung wird einiges angesprochen. Die diagnostischen Fähigkeiten sind wohl unzureichend, denn nur 11 % wurden als schwache Schüler erkannt. Auch in diesem Bereich gilt es, in Rheinland-Pfalz entsprechend tätig zu werden.

(Glocke des Präsidenten)

Der Zugang von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern zu unserem Bildungssystem ist ebenfalls ein Problem, das in Rheinland-Pfalz ebenso wenig wie auch in anderen Ländern gelöst ist. 25 % ausländischer Kinder erreichen noch nicht einmal den Hauptschulabschluss.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Insterburg & Co. hätte der Kollege Lelle gerade mit seinem Reim nicht die Qualifikation geschafft. Aber wenn man „Rheinland-Pflanz“ einsetzen würde, kann man sich einen Reim darauf machen, wie Lehrer reimen. Ich weiß nicht, ob das auch ein Licht auf diese Sache wirft.

(Heiterkeit bei der CDU –
Beifall der FDP und bei der CDU)

Aber Spaß beiseite. Die PISA-Studie hat uns beunruhigt. Sie hat viele Reaktionen ausgelöst. Es kam viel heiße Luft, aber es wurden auch althergebrachte Forderungen wieder aufgewärmt. Andererseits gab es auch viele gute Anregungen. Momentan wird durch diese Ergebnisse ein Klima geschaffen, das Innovationen und gute Vorhaben im Bildungssystem stärkt und die Chancen erweitert, dass durch Reformen in noch kürzerer Zeit mehr geschieht. Auch das kann eine Chance sein.

Das Ergebnis, das auch die FDP-Fraktion am meisten beunruhigt hat, ist, dass die Schere zwischen schwachen und lernstarken Schülerinnen und Schülern sehr stark auseinander klafft und dies in einem engen Kontext mit der sozialen Herkunft steht. Auch für die FDP-Fraktion steht die Chancengleichheit an allererster Stelle. Frau Kollegin Brede-Hoffmann hat bereits darauf hingewiesen.

Das bedeutet, dass wir uns in besonderem Maß dem Primar- und dem Vorschulbereich zuwenden müssen. Wir sind froh darüber, dass dies mit dem neuen Kindertagesstättengesetz geschieht und Möglichkeiten geschaffen werden, bereits im Kindergarten noch stärker zu fördern und Bildung als Thema dort noch stärker in den Vordergrund zu rücken.

Wir sind auch froh, dass mit dem Ganztagsangebot für die Grundschulen eine neue Chance entsteht, stärker auf das einzelne Kind einzugehen, es früh zu fördern und frühzeitig Defizite auszugleichen. Allerdings muss qualitativ in beiden Bereichen noch mehr passieren.

Wir möchten, dass es gerade für den Grundschulbereich mehr Transparenz gibt, was die Leistungen und die Qualität der einzelnen Grundschule betrifft. Wir möchten diese Transparenz dadurch herstellen, dass zum Ende der Grundschule gerade in den Fächern Deutsch und Mathematik Vergleichsarbeiten geschrieben werden, da diese Fächer für die weitere Schullaufbahn eines Kindes sehr entscheidend sind und Grundkompetenzen vermitteln.

(Beifall bei der FDP)

Dadurch soll eine größere Transparenz geschaffen werden, was die Leistungen der einzelnen Schule, aber auch der Schülerinnen und Schüler anbelangt. Die Eltern sollen eine zusätzliche Möglichkeit für eine richtige Schullaufbahnentscheidung bekommen. Es soll ein zusätzliches Element eingeführt werden, das ihnen bei dieser Entscheidung hilft. Dies ist ein wichtiger Schritt dahin gehend, dass wir Qualität nicht nur sichern, sondern auch transparent machen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt in Deutschland nicht nur eine große Anzahl sozial schwacher Kinder, die auch Lernschwächen zeigen, sondern auch Schülerinnen und Schüler, die sicherlich die Fähigkeit hätten, in den oberen Leistungsbereich zu kommen, diese Leistungsspitzen aber nicht erreichen. Auch das sollte uns zu denken geben. Daher hat die FDP-Fraktion gefordert, ein System zur Hochbegabtenförderung einzurichten. Dies wurde gemeinsam mit dem Koalitions-

partner in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Es wird drei Schulen geben, an denen hoch begabte Kinder und Jugendliche an den Universitätsstandorten, kombiniert mit einem internationalen Angebot eine besondere Förderung erhalten werden. Auch dieses Angebot halten wir für entscheidend und wichtig, um gerade in diesem Bereich die Defizite, die das deutsche Schulsystem laut der PISA-Studie aufweist, auszugleichen und den Schülerinnen und Schülern, die Talente und Fähigkeiten haben, die Erreichung der Leistungsspitzen zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, meine Zeit läuft schon wieder ab. Das ist sehr bedauerlich.

(Lelle, CDU: Das ist bei fünf Minuten so!)

Ich möchte noch einige Worte zu der Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sagen, um später noch zum Qualitätsmanagement zu kommen. Wir brauchen eine Lehrerinnen- und Lehrerausbildung, die stärker auf die Lehrerpersönlichkeit abzielt und diese fördert und es somit ermöglicht, Lehrerpersönlichkeiten für den einzelnen Anwärter zu entwickeln, die die Kompetenz des Motivierens fördern und den Schüler dazu bringen, um die Ecke zu denken und Sachverhalte so zu erfassen, dass er sich dafür interessiert und selbst mehr nachforscht. Auch dies hat Frau Brede-Hoffmann schon gesagt.

(Glocke des Präsidenten)

Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir im Auge behalten sollten, wenn wir uns um die Reform der Lehrerausbildung kümmern.

Mehr im zweiten Teil.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse der Realschule Bad Marienberg. Außerdem freue ich mich über den Besuch von Landfrauen aus Prüm. Seien Sie alle herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun Herr Abgeordneter Nils Wiechmann.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin Ahnen, Sie haben in der Beantwortung der Mündlichen Anfrage ausgeführt, dass vieles gut und richtig sei und in Rheinland-Pfalz schon vieles getan werde. Ich frage mich, wie Sie sich dann die Ergebnisse der PISA-Studie erklären, die auch in Rheinland-Pfalz erhoben worden sind.

Ich frage mich, ob dies im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung noch einmal detailliert im Zusammenhang

mit dem Insterburg-Plan besprochen und möglicherweise auch der neuen Klemm-Studie gegenübergestellt werden kann, die ich ebenfalls gern behandeln würde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben Oppositionsreden von den Regierungsfractionen gehört, und wir haben gehört, dass jeder aus dieser Studie machen kann, was er möchte. Die Regierungsfractionen versuchen mit einer vermehrten Einführung von Ganztagsangeboten sozusagen einmal wieder ihre Eier legende Wollmilchsau der rheinland-pfälzischen Schulpolitik auszupacken.

Die PISA-Studie, also der Leistungstest zur Analyse der Leistungsfähigkeiten und der Lebenstüchtigkeit unserer Schülerinnen und Schüler, hat die Leistungen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern getestet. Auch die am Test beteiligten rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler sind mit ihren Leistungen ein Erfolg bzw. leider ein Misserfolg der Bildungspolitik der vergangenen neun Jahre.

Ich bin noch nicht so lange im Parlament, aber wenn ich mich recht erinnere, waren die jetzigen Regierungsfractionen in den letzten neun Jahren für die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz verantwortlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Für uns haben die Ergebnisse der PISA-Studie die Mängel des strikt gegliederten deutschen Bildungssystems und der mangelnden Förderung Benachteiligter schonungslos offen gelegt.

Die Ausweitung des Ganztagsangebots an rheinland-pfälzischen Schulen und die Trippelschritte, die Sie jetzt bei der Kindertagesbetreuung versuchen, reichen in keiner Weise als Antwort auf die Ergebnisse der PISA-Studie aus.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz braucht statt immer neuer Varianten von Einsparkonzepten endlich einen Paradigmenwechsel weg von den Investitionen in Straßen und Beton hin zu umfassenden Investitionen in Kindertagesstätten, in Schulen und in Hochschulen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Hinblick auf die Haushaltsberatungen möchte ich folgende Passage aus dem „Spiegel“ zitieren: „Die Wurzel des Bildungsübels liegt aus Sicht des OECD-Manns Schleicher“ – das ist derjenige, der für die OECD-Studie für Deutschland verantwortlich war – „im Umgang mit dem Geld. Der deutsche Staatshaushalt spricht von Investitionen, wenn es um Autobahnen geht. Bildungsausgaben sind für ihn keine Investitionen, das sind Kosten.“ Genau das ist die Problematik an der Diskussion, die wir über die derzeitige Bildungspolitik führen.

Die Ursachen für das schlechte Abschneiden lassen sich für unsere Fraktion direkt an den Sprachprogrammen

auch an den rheinland-pfälzischen Schulen ablesen: Kürzungen der Stundentafel, durchschnittlich 10 % Unterrichtsausfall, nur 10 % mehr Lehrkräfte bei 20 % mehr Schülerinnen und Schülern. – Hinzu kommt eine überholte Erzieherinnen- und Lehrkräfteausbildung.

Zu dem, was Frau Kollegin Morsblech gerade zu ihren geplanten Elitelymnasien ausgeführt hat, möchte ich sagen, genau das steht im klaren Gegensatz zu den Ergebnissen dieser Studie. Das ist der falsche Weg mit mehr Auslese und mehr Förderung. Wir brauchen mehr Förderung für Schülerinnen und Schüler, die benachteiligt sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Morsblech, FDP: Beides!)

PISA macht uns zuallererst auf die Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler aufmerksam. Sie haben nichts Besseres zu tun, als für Ihre Eliteschulen zu werben.

(Frau Morsblech, FDP: Das ist doch Blödsinn!)

Der neue OECD-Bildungsvergleich hat deutlich nachgewiesen, dass auch die Leistungsspitze der Schülerinnen und Schüler in integrierten Schulsystemen besser gefördert wird.

(Glocke des Präsidenten – Frau Kohnle-Gros, CDU: Man muss immer bei einem Vergleich genau hinschauen!)

– Ich erkläre Ihnen das gern in der zweiten Runde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Bildungsministerin Frau Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte wird uns noch ein wenig länger begleiten. Herr Abgeordneter Wiechmann, es ist zum jetzigen Zeitpunkt schon überraschend, wie dezidiert Sie das alles schon wissen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Gleichzeitig richten Sie an die Regierung und an die anderen Fraktionen den moralischen Appell, man müsse sich doch erst einmal in Ruhe damit befassen. Ich sage, Sie haben Recht. Man muss sich in Ruhe damit befassen. Niemand hat hier vorn gestanden, der gesagt hätte, alle Probleme sind gelöst. Niemand hat das gesagt. Wir müssen uns aber überlegen, auf welchem Niveau wir ansetzen. Deswegen ist eine Bestandsaufnahme der jetzigen Situation mit der Verknüpfung von Perspektiven meines Erachtens schon der geeignete Weg.

Ich möchte aus meiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt noch einmal sechs Punkte festhalten. Ich möchte als Erstes einen Punkt nennen, bei dem es mich freut, dass er auch hier zum Ausdruck gekommen ist und bei dem sich in der Bundesrepublik Deutschland etwas getan hat. Es gibt inzwischen eine große Übereinstimmung, dass wir solche Studien brauchen und auch in weiten Teilen des Bildungssystems akzeptiert wird, dass der internationale, der nationale Vergleich und auch der Vergleich im Land sinnvoll und notwendig sind. Wir haben das in Rheinland-Pfalz frühzeitig so gesehen. Ich weiß aber, auf welche Widerstände mein Kollege Zöllner gestoßen ist, als er am Anfang diese Frage diskutiert hat. Ich halte es für einen Fortschritt, dass wir heute gemeinsam der Meinung sind, wir brauchen so etwas.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Studien machen deutlich, dass die Qualität schulischer Ausbildung im Mittelpunkt der Bemühungen stehen muss. Hätte es noch eines solchen Beleges bedurft – aus meiner Sicht hat es das nicht –, so wäre PISA der Beleg dafür gewesen, dass wir ein systematisches Qualitätsmanagement brauchen, was übrigens nicht eine Eintagsfliege ist, sondern eine Maßnahme über viele Jahre.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich möchte einen dritten Punkt erwähnen. Es gibt Handlungsbedarf, und es ist nachhaltiges Handeln gefordert. Es ist aber natürlich schon bemerkenswert, dass zum Beispiel der Schwerpunkt Grundschule jetzt zum Gegenstand einer Befassung in der Kultusministerkonferenz gemacht und dann sehr wohl geschaut wird, dass Rheinland-Pfalz und einige andere in diesem Punkt schon etwas auf den Weg gebracht haben. Da braucht man sein Licht auch nicht unter den Scheffel zu stellen.

Natürlich ist es bemerkenswert, dass jetzt auf einmal bundesweit 16 Kultusministerinnen und Kultusminister beschließen, dass wir mehr vorschulische und mehr schulische Ganztagsangebote brauchen. Das ist eine Debatte, die noch vor wenigen Wochen absolut kontrovers verlaufen wäre. Ich sage bei aller Bescheidenheit, mit dieser Entwicklung hat das Land Rheinland-Pfalz etwas zu tun.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich möchte noch einmal sagen, niemand will den Eindruck erwecken, dass damit alle Probleme gelöst seien. Wir haben aber Antworten, die wir in Teilbereichen geben können. Aus meiner Sicht haben wir tragfähige Antworten. Mit der Ganztagsschule haben wir vor allen Dingen in den auch von Ihnen problematisierten Bereichen eine tragfähige Antwort, nämlich gerade für die, die besondere sprachliche Probleme und besondere soziale Probleme haben. Es liegt auf der Hand, dass Ganztagschule ein Angebot sein kann.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich habe aber auch schon in meiner Antwort deutlich gemacht, wir bedürfen weiterer Anstrengungen. Bei diesen weiteren Anstrengungen steht für mich insbeson-

dere die Lern- und Unterrichtskultur im Mittelpunkt, also das, wo wir besonders schlecht abschneiden, nämlich das Wissen und die Fähigkeiten in Anwendungssituationen auch benutzen zu können. Damit müssen wir uns befassen. Damit sind wir auch bei der Frage der Unterstützung von Lehrertätigkeit. Wir wollen deren Professionalität weiter stärken, dies durch Fortbildung, aber auch durch eine Reform der Lehrerbildung. Wir wollen aber auch insgesamt eine Diskussion mit allen Beteiligten, das heißt, mit Politik, die selbstverständlich Verantwortung übernehmen muss, aber auch eine Diskussion mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Schülerinnen und Schülern und mit Eltern gemeinsam über den Stellenwert von Lernen in dieser Gesellschaft, weil wir der festen Überzeugung sind, auch hier brauchen wir eine neue Diskussion.

(Beifall bei SPD und FDP und der
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU –
Pörksen, SPD: Haben Sie richtig
zugehört? –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja! Ihr habt
nicht verstanden, was sie
gemeint hat! –
Pörksen, SPD: Ich habe mich
nur gewundert!)

– Herr Abgeordneter Pörksen, ich habe mich über den Beifall gefreut.

(Beifall bei SPD und FDP)

Abschließend möchte ich sagen, die Landesregierung wird sich ihrer Verantwortung stellen. Herr Abgeordneter Wiechmann, speziell an Ihre Adresse möchte ich sagen, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. Wir werden die Debatte aber gemeinsam mit allen anderen Beteiligten führen, weil sie nur dann erfolgreich sein kann.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal betonen, keiner redet hier schön. Ich habe sehr deutlich gesagt, die Studie hat uns erschreckt, und wir wissen, dass Handlungsbedarf besteht. Ich möchte aber noch einmal betonen, wir wollen, dass unsere Schulen besser werden. Wir wollen, dass bessere Lern- und Leistungsergebnisse erzielt werden. Aber wir wollen und werden auch nicht verschweigen, dass wir uns bereits bemüht haben und auf dem Weg sind, Qualitätssicherung an unseren Schulen vorzunehmen. Die Frau Ministerin hat eben sehr ausführlich darauf hingewiesen. Wir wollen fördern und unterstützen. Wir wollen ergänzende Lernangebote geben. Wir wollen in unseren Schulen ein verändertes Lernklima. Wir wollen eine höhere Professionalisierung unserer Lehrkräfte und deswegen eine deutliche Reform und eine praxisorien-

tierte Reform von Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Wir wollen neue Methoden in den Schulen. Deswegen unterstützen wir auch unsere Serviceeinrichtungen.

Wir wollen Lehrpläne, wir wollen die Überprüfungen von Lernerfolg und Lehrtätigkeit und deswegen auch Evaluierung.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
10 Jahre nichts gemacht!)

Wir wollen die Brille ausziehen und nicht mehr Fragen, die sonst nicht gefragt werden sollten, nicht stellen.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Wir wollen über Fragen von Sitzenbleiben, über Fragen von Einschulungsterminen und Ähnliches diskutieren. Wir wollen auch, dass in dieser Gesellschaft eine gesellschaftliche Diskussion über Bildung entsteht. Die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen. Wir wollen, dass finanzielle Rahmenbedingungen, die wir liefern, mit dieser Landesregierung und dieser Koalition von allen an Schule Beteiligten umgesetzt werden, von uns als Bildungspolitikern und Bildungspolitikern, von Schülern, Schülerinnen, Lehrern, Lehrerinnen und von Eltern. Wir wollen, dass über Werte, Ziele, Normen, Verhaltensmuster in unserer Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Thema „Lernen“ und dem Thema „Bereitschaft zur Leistung“ diskutiert wird. Wir wollen, dass das Lernklima in unseren Schulen so verändert wird, dass Kinder, die Lust darauf bekommen, etwas zu leisten, das Gefühl bekommen, ganz persönlich einen Vorteil davon zu haben, und dies auch begreifen. Wir wollen, dass Lernen, Leistungsbereitschaft, Fleiß und Engagement in unseren Schulen betont wieder einen Wert bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin, Sie könnten auch bei mir klatschen, danke schön.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Haben
Sie die Partei gewechselt?)

Wir selbst sind mit dem, was wir an Qualitätsmanagement entwickeln, bereit, diese Leistungsbereitschaft zu unterstützen, und zwar aufseiten der Schüler, der Lehrer und der Eltern.

(Beifall bei der SPD –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Frau Brede-Hoffmann,
man erkennt Sie gar nicht wieder! Hat das
schwarze T-Shirt abgefärbt? So haben
Sie noch nie in diesem Hause geredet!
Das ist ein völliger Paradigmen-
wechsel in der SPD!)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Keller das Wort.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe, sehr verehrte Frau Kollegin Brede-Hoffmann,

Sie liegen falsch. Sie lagen heute schon oft richtig. Sie liegen falsch, wenn Sie sich auf den Insterburg-Plan berufen. Es müsste doch eigentlich auch den Genossen bekannt sein: Der Insterburg mit seinem Plan bringt unsere Bildung nicht voran.

(Beifall im Hause)

Hört besser auf die CDU, dann löst Ihr das Problem im Nu.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren bereits fast alle notwendigen organisatorischen und inhaltlichen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung eingeleitet, so der Tenor der Presseerklärung des Bildungsministeriums zur PISA-Studie am 4. Dezember. Etwas selbstgefällig ist das schon, aber mir fehlt die Zeit, um näher darauf einzugehen.

(Pörksen, SPD: Auch der Verstand fehlt!)

Wohlthuend davon abgehoben hat sich die Kollegin Brede-Hoffmann.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss Ihnen sagen, Sie haben zu 90 % eine Rede gehalten, die ich vom Inhalt her auch hätte halten können.

(Heiterkeit im Hause)

Mir gefällt, dass Sie jetzt mehr in Schwarz kommen: Black is beautiful. – Sie überlassen den anderen die roten Tupfer. Allen Ernstes, das war äußerst vernünftig, was Sie hier gesagt haben. Das widerspricht allerdings zum Teil dem, was früher gesagt wurde. Mir fehlt die Zeit, um das aufzudröseln.

Ich komme zum eigentlichen Thema. Ist die Volle Halbtagschule wirklich eine Qualitätsverbesserung, wie behauptet wird?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja!)

Leider nein. So fehlt vor allem genügend Zeit für Förderunterricht für lernschwache Kinder. Aufgrund der Organisation ist Unterricht in kleinen Gruppen kaum möglich. Besonders zu kurz kommen die ausländischen Kinder mit geringen Deutschkenntnissen. Darauf wurde hingewiesen. Diese haben besonders schlecht in der Studie abgeschnitten. Sie haben insgesamt den Durchschnitt verschlechtert.

Bei diesen Kindern stellt sich die Frage, ob es noch vertretbar ist, dass in der Schule muttersprachlicher Unterricht gegeben wird. Darüber sollten wir in aller Ruhe diskutieren. Dieser wird zum Teil parallel zum Regelunterricht erteilt. Die schwachen Schüler werden aus dem deutschen Regelunterricht geholt und bekommen ihren muttersprachlichen Unterricht. Sie versäumen den Regelunterricht und sind oft überfordert. Wir sollten

darüber diskutieren, ob der muttersprachliche Unterricht noch Zukunft hat.

(Beifall bei der CDU)

Um die Situation der Hauptschulen muss sich die Landesregierung auch einmal kümmern. Das steht im Koalitionsvertrag. Dort liegt es im Argen. Vor allem die Stadthauptschulen kommen zu kurz. Wir haben das in der vergangenen Periode öfter zum Thema gemacht. Ich denke dabei an Frau Kohnle-Gros. Sie hat das aus Kaiserslauterer Sicht und ich aus Ludwigshafener Sicht vorgebracht. Die Ausländerproblematik ist vernachlässigt worden. Da müssen wir jetzt etwas tun.

(Glocke des Präsidenten)

Da muss ein Konzept her, wie man den Stadthauptschulen hilft. Eines ist klar, die Klassengröße muss verringert werden, die Stundenzuweisungen der Lehrer muss erhöht werden. Diese Details werden wir in Zukunft in Ruhe besprechen. Ich denke, das ist gar nicht so kontrovers. Es geht schließlich nicht um die SPD, die CDU, die FDP oder das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern es geht um unsere Kinder.

Danke schön.

(Beifall der CDU, der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern auf die Bemerkungen des Herrn Kollegen Wiechmann eingehen, die ich ein bisschen unverschämt finde. Wir haben noch keinen Bundesländervergleich. Der wird noch kommen. Im Rahmen von PISA werden wir den in den nächsten Monaten zur Kenntnis bekommen und können dann in Rheinland-Pfalz spezifischer diskutieren. Dabei wünsche ich mir, dass diese Diskussion sachlich abläuft und nicht versucht wird, einzelne Parteien in eine ideologische Ecke zu stellen, um sich selbst zu profilieren. Das ist zum Glück ansonsten nicht geschehen. Es ist immer hübsch, wenn Sie sagen; Es wird etwas gemacht, aber das ist zu wenig. – Das dient auch nicht der Versachlichung der Debatte. Sie müssen anerkennen, was passiert. Sie müssen sich mit dem auseinandersetzen und nicht pauschale Urteile absondern. Chancengleichheit heißt für uns, beides zu tun.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ich habe eines sehr deutlich gemacht, das heißt für uns, dass wir die Schwächeren verstärkt fördern müssen. Wir müssen Konzepte überlegen, wie wir die Schere schließen und wie die Gruppe an lernschwachen Kindern und Jugendlichen verkleinert werden kann. Der Zusammenhang zwischen sozialem Status muss auch ausgeglichen

chen werden. Das ist eine wichtige Aufgabe. Das sagte ich bereits. Chancengleichheit heißt für uns, dass sich jedes Kind individuell anhand seiner Fähigkeiten und Neigungen entwickeln können muss. Das heißt, dass die besonders Starken auch die Möglichkeit erhalten müssen, diese Fähigkeiten, Neigungen und Leistungen zu entwickeln.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Das halte ich nicht für eine Theorie von Besserverdienenden oder elitären Schnöseln, sondern ich halte es für einen Bestandteil von Chancengleichheit, der der FDP auch wichtig ist.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Zum Thema lernschwacher Schüler und Emigranten sage ich noch etwas. In der Koalitionsvereinbarung ist festgelegt, dass es ein Aktionsprogramm „Hauptschule“ geben soll. In diesem Bereich muss man sich überlegen, wie man zusätzliche Integrations- und Befähigungsangebote für diese Kinder und Jugendlichen macht. Wir haben die Ganztagschule. Wir müssen genau beobachten, ob wir mit diesem Angebot diese Kinder und Jugendlichen erreichen oder ob wir noch zusätzliche Instrumente in diesem Rahmen schaffen müssen.

Ich sage noch einen Satz zum Qualitätsmanagement. Da hat sich einiges getan. Ich denke, wir müssen es weiterentwickeln. Dies ist prozesshaft. Dies geht schrittweise vonstatten. Wir sind auf dem richtigen Weg. Es muss mehr Transparenz geben. Wir müssen sehen, dass Schule die Möglichkeiten hat, eigenes Qualitätsmanagement einzuleiten. Wie gesagt, das ist mit den Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Hinterher muss man Instrumente entwickeln, wie man diese Qualitäten vergleichen kann.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sind meiner Ansicht nach auf dem richtigen Weg. Ich denke schon, dass wir konstruktiv und gemeinsam an diesen Aufgaben arbeiten können, wenn wir das wollen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wiechmann das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns bereits in der vergangenen Legislaturperiode von den skandinavischen Ländern, die in der PISA-Studie so erfolgreich abgeschnitten haben, anregen lassen.

Unser Entwurf eines Schulgesetzes enthält praktisch alle Elemente, die diese Länder an die Spitze der Bildungsleistungspyramide gebracht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, liebe Kollegin Morsblech, liebe Kollegin von der FDP, aber auch liebe Kolleginnen von der SPD, haben diese Regelungen alle abgelehnt. Ich bin gespannt, wie lange Sie Ihre Verweigerungshaltung vor dem Hintergrund von PISA noch aufrechterhalten können. Wir haben mit unseren Initiativen für ein neues Schulgesetz eine Reform der Lehrkräftebildung, den Start eines echten landesweiten Ganztagsangebots an den Grundschulen, eine Weiterentwicklung von Kindergärten zu Kinderhäusern sowie andere Prioritäten im Landeshaushalt und umfassende Reformkonzepte für mehr Bildungsqualität vorgelegt.

PISA zeigt den dringenden Reformbedarf auch in Rheinland-Pfalz. Der politische Wille entscheidet, ob in Zukunft weiterhin benachteiligte und ausländische Schülerinnen und Schüler aussortiert und abqualifiziert werden oder diese für ihre persönliche Bildung und die berufliche Zukunft optimal gefördert und qualifiziert werden.

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Was wir GRÜNEN vorzuschlagen haben, wagen sich die anderen kaum: Stimmt doch unseren Vorschlägen zu, dann hat die liebe Seele Ruhe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit im Hause)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Aussprache ist beendet.

Ich rufe nun **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Vorrang für die Sicherheit der Bevölkerung –
AKWs Biblis und Philippsburg abschalten“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/507 –**

Wir beginnen mit dem ersten Thema, dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem der Landtag beeindruckend vorgeführt hat, dass die Deutschen immer noch ein Volk von Dichtern und Denkern sind, komme ich nun wieder zu den prosaischen politischen Gefilden zurück.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Es geht um ein Problem, das in Rheinland-Pfalz viele Menschen beschäftigt, nämlich die Sicherheit der Atomkraftwerke, vor allem in Philippsburg und Biblis. Kein Land und kein Dorf ist so betroffen wie wir in Rheinland-

Pfalz, weil die Menschen in Rheinland-Pfalz näher an den Reaktoren wohnen als die in Hessen oder Baden-Württemberg, das heißt, wenn es zu Störfällen käme, wären rheinland-pfälzische Menschen die ersten, die hiervon betroffen wären. Deswegen ist es wichtig, dass wir im rheinland-pfälzischen Landtag über die Problematik von Philippsburg und auch Biblis diskutieren.

Meine Damen und Herren, wir hatten schon vor zwei Monaten eine Aktuelle Stunde zu dem Thema, als das Atomkraftwerk Philippsburg abgeschaltet wurde, weil es nicht ordnungsgemäß betrieben worden war. Wir haben heute eine Aktuelle Stunde in der Situation, in der das Atomkraftwerk Philippsburg 2 wieder angefahren werden soll. Heute soll darüber entschieden werden. Am Wochenende soll dieses Atomkraftwerk wieder angefahren werden.

Wir hatten damals alle gemeinsam festgestellt, dass wir starke Zweifel haben, ob der Betreiber zuverlässig ist. Ich kann für unsere Fraktion heute nur sagen, die Zweifel, ob der Betreiber zuverlässig ist, bestehen nach wie vor. Sie bestehen fort, weil der Betreiber bisher keine Zuverlässigkeit hat nachweisen können. Deswegen gehen wir davon aus, dass das einzig Richtige ist, das Atomkraftwerk Philippsburg 2 nicht anzufahren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damals gab es die zunächst bekannten Ausfälle von Kühlsystemen. Seitdem haben wir erfahren müssen, dass die Atomaufsicht in Baden-Württemberg einiges Zusätzliche nicht geregelt hat.

Frau Ministerin, Sie hatten uns damals versichert, dass Sie auch aktiv werden wollen. Soweit wir im Umweltausschuss erfahren haben, haben Sie insofern Ihre Aktivität unter Beweis gestellt, dass Sie einen Brief an den Minister in Baden-Württemberg geschrieben haben. Aber ich muss sagen, das reicht uns natürlich nicht. Wir brauchen hier und heute noch einmal eine deutliche Erklärung der Landesregierung, wie sie zu den Vorgängen steht und ob sie den Betreiber für zuverlässig hält.

Wir gehen davon aus, die Landesregierung kann aufgrund der Tatsachen auch nur zu dem gleichen Ergebnis kommen wie wir. Die Betreiberin, der Betreiber, die EnBW hat ihre Zuverlässigkeit nicht nachgewiesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit der letzten Debatte ist auch noch zum Vorschein gekommen, dass der Leiter des Atomkraftwerks oder beider Atomkraftwerke, der Leiter der Anlage, gar nicht dazu befähigt war, eine solche Anlage zu leiten.

Wir haben deutlich gemacht, dass dies ähnlich ist, wie wenn jemand – man muss dies so sagen – Auto fährt und keinen Führerschein hat. Derjenige würde sofort bestraft werden. Er würde nicht wieder an das Steuer gesetzt werden und keine Erlaubnis zur Weiterfahrt bekommen. Was aber bei einem Auto und bei dem Normalbetrieb eines anderen Betriebs, im Chemiebetrieb, in jedem Wirtschaftsbetrieb, sogar in jeder Kneipe, dass man eine Lizenz braucht, um einen solchen Betrieb weiterzuführen, normal ist, das scheint bei dem Atom-

kraftwerk Philippsburg nicht der Fall zu sein. Man überlegt sich trotz dieser Mängel, den Leiter im Amt zu belassen und so weiterzumachen wie bisher, sozusagen im Blindflug weiterzufliegen und keine Sicherheitszulagen zu gewähren.

Wir halten es für einen Skandal, dass wir aus Rheinland-Pfalz davon betroffen sind, aber noch nicht von unserer Landesregierung gehört haben, dass wir eingreifen wollen, einen klaren Protest formulieren, uns klar für die Sicherheit in diesen Kernkraftwerken aussprechen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches geht in Biblis vor. In Biblis gibt es nach wie vor keine zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen. Gerade nach dem 11. September wissen wir alle, ein Flugzeugabsturz auf Philippsburg wäre absolut katastrophal. Aber es gibt keine zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen. Seit mehr als 15 Jahren ist klar, dass die Notstandsrate in Biblis nicht vorhanden ist, Biblis A eines der unsichersten Atomkraftwerke ist. Aber es gibt keine Nachrüstung. Deswegen muss von unserem Land aus klargemacht werden, dass unsere Bevölkerung betroffen ist.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, Biblis A und Philippsburg 2 müssen vom Netz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Stretz das Wort.

Abg. Stretz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Braun, lassen Sie mich zu Biblis nur einen Hinweis geben: Ich glaube nicht, dass es uns sehr viel weiterhelfen würde, wenn wir im rheinland-pfälzischen Parlament einen Handlungsfaden für mögliche Terroristen entwickeln würden und Hinweise geben, was auf der Welt noch alles als Angriffsziel definiert werden kann, damit man entsprechend tätig werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten uns vor acht Wochen im Oktober über die Problematik des AKW in Philippsburg unterhalten. Ich denke, die Problematik ist weniger das AKW Philippsburg, sondern der Betreiber, die Zuverlässigkeit des Betreibers.

Herr Kollege Dr. Braun hat dies vorhin erwähnt: Es gab einen Leiter ohne Lizenz. Die Bücher wurden nicht ordnungsgemäß und richtig geführt. Meldepflichtige Zwischenfälle wurden falsch bewertet, anfangs heruntergespielt, später hoch bewertet. Im Ergebnis spielt es eigentlich keine Rolle, ob das bei diesem Betreiber nun Schlamperei ist oder war, Absicht oder gängige Praxis war. Das Ergebnis lautet, dass ein solches Verhalten einfach unverantwortlich ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon spannend – was unsere einzige Möglichkeit ist –, in der Presse zu verfolgen, was derzeit abläuft, wenn man sich diesen Spagat in Baden-Württemberg zu Gemüte führen muss, wenn der zuständige Umweltminister meint, man könne einen Großteil der Mängel, die entsprechend der Situationsbeschreibung, wie wir diese im späten Sommer hatten, nachweislich festgestellt wurden, im laufenden Betrieb erledigen.

Der Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg – auch das konnten wir lesen – vertritt anscheinend eine andere Auffassung.

Herr Kollege Dr. Braun, was erwarten Sie denn von der rheinland-pfälzischen Landesregierung? Frau Ministerin Conrad ist erst seit wenigen Wochen im Amt und hat ganz klare Positionen bezogen, wofür wir ausdrücklich dankbar sind. Bei diesem Punkt hat sie ganz klar die Haltung ihres Hauses und der Landesregierung dargestellt. Was sollen wir denn im Moment machen?

Gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sind eigentlich Sie. Ihr Umweltminister im Bund hat die Möglichkeit, sofort eine Entscheidung zu treffen.

(Beifall des Abg. Creutzmann, FDP)

Ich weiß nicht, ob Sie weniger Vertrauen zu Ihrem Umweltminister Trittin in Berlin haben als wir aufgrund seines Vorgehens, das er bisher in dieser Sache an den Tag gelegt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Betreiber – man sollte nicht alle anderen in Sippenhaft nehmen – hat die Zweifel vieler Bürger an der Atomindustrie verstärkt. Dadurch hat ein Betreiber alle Betreiber in Misskredit gebracht. Ein Betreiber hat sehr viel Kredit bei den Befürwortern der Atomenergie verspielt.

Wenn die Zweifel an der Zuverlässigkeit der Betreibergesellschaft nicht auszuräumen sind – wir haben gehört, dass heute ein Gespräch stattfinden soll –, müssen die Zuständigen handeln. Dann muss der Bundesumweltminister handeln, und dann muss in Baden-Württemberg gehandelt werden. Wir in Rheinland-Pfalz – so Leid es uns tut – können uns nur auf die Beschreibung der Situation beschränken. Wir können anregen und fordern, was die Frau Ministerin auch getan hat, da erhebliche Zweifel aus unserer Sicht bestehen. Wir haben aber keine Möglichkeit, aktiv auf die Situation einzuwirken.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Gölter.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir heute Morgen überlegt, ob ich Frau

Thomas die Telefonnummer von Herrn Trittin überreiche. Möglicherweise ist der Einfluss der rheinland-pfälzischen GRÜNEN beim Bundesumweltminister aber nicht so groß, dass er unbedingt sofort ans Telefon geht.

Herr Dr. Braun, bei aller kritischer Betrachtung, ich habe aber keinen Nachholbedarf der Vorgänge. Sie machen heute ein Stück Basisarbeit, und als solches möchte ich das deutlich bezeichnen.

Wenn ein Betreiber eine Betriebserlaubnis hat – wir leben immer noch in einem Rechtsstaat –, muss es gravierende Gesichtspunkte geben, um ihm diese Betriebserlaubnis zu entziehen. Wenn sie entzogen wird, wird der Betreiber vor Gericht gehen. So ist das nun einmal in Deutschland.

Wenn es also wirklich gravierendste Bedenken gegen einen Betreiber gibt, muss der Bundesumweltminister oder die baden-württembergische Landesregierung die Betriebserlaubnis entziehen. Die Rechtslage ist so, dass, wenn dieser Schritt nicht erfolgt, der Betreiber darüber entscheidet, ob er wieder ans Netz geht oder nicht. Der Betreiber wird nicht ans Netz gehen, solange nicht die anstehenden Fragen mit dem Bundesumweltminister – deshalb auch heute der Termin in Bonn, wovon in allen Tageszeitungen zu lesen ist – unter Einbeziehung des Landes Baden-Württemberg geklärt sind.

Biblis ist eine endlose und lange Geschichte, meine Damen und Herren. Es gab einmal einen Umweltminister namens Weimar in dem Kabinett Wallmann, der ein umfassendes Sanierungskonzept hatte. Zur Wahrheit gehört, dass die nachfolgende rotgrüne Koalition in Hessen dieses Sanierungskonzept nicht umgesetzt hat. Es ist der Eindruck entstanden, dass es manchen Leuten recht war, dass das Thema „Biblis A“ erhalten bleibt. Aus Zeitgründen will ich im Einzelnen nicht darauf eingehen; denn es ist mehr eine grundsätzliche Debatte.

Jetzt komme ich auf Philippsburg zu sprechen. Meine Damen und Herren, ich bitte alle, die emotional beteiligt sind, um Ihre Aufmerksamkeit. Meldungen aus der „Frankfurter Allgemeinen“, aus dem „Mannheimer Morgen“, aus der „Stuttgarter Zeitung“ und aus den „Stuttgarter Nachrichten“ habe ich Aussagen entnommen, dass das, was wir alle befürchtet haben, nämlich die Unbeherrschbarkeit des Reaktors bei einem Kühlmittelverlust, nicht gegeben war. Das war ein ganz entscheidender Punkt. Die Flutbehälter hatten vor dem Wiederanfahren des Reaktors den geforderten Füllstand erreicht. Darüber hinaus war die Borkonzentration ausreichend für die Beherrschung eines Kühlmittelverlusts für den Fall eines Störfalls im Reaktorkreislauf.

Es war ein Fehler, nicht abzuschalten. Wenn der Betreiber den Fehler nicht gemacht hätte, wäre die ganze Geschichte relativ unproblematisch über die Bühne gegangen.

(Stretz, SPD: Das ist aber noch schlimmer!)

Die Verantwortlichen waren sich sicher, dass sie den Reaktor beherrschen. Aus Stuttgart höre ich, dass offensichtlich Versuche durchgeführt worden sind. Unter

Einbeziehung von Framatome haben diese Versuche ergeben, dass in der Tat das, was selbst die Fachpresse annehmen musste, die größte Sorge des Durchmarschierens des Reaktors, nicht gegeben war – was auch ich angenommen habe. Das mindert nicht die Verantwortlichkeit für Fehler. Die dramatische Situation, von der wir ausgegangen sind, war – bei allem, was ich erfahren konnte, und ich habe Zeit im Hinblick auf die heutige Sitzung in dieses Thema investiert – nicht gegeben.

Ich sage Ihnen ganz offen, dass es mir ein Rätsel ist, dass der Vorstandsvorsitzende der Energie Baden-Württemberg AG, Herr Goll, aus dem Urlaub zurückkommt, alles an sich zieht, Leute entlassen werden und genau dieser Eindruck erweckt wird, der auch bei uns vorhanden war, dass die Gefahr eines Durchmarschierens des Reaktors gegeben war. Es ist mir bis zum heutigen Tag ein Rätsel, wie man eine solche Politik machen kann. Natürlich musste er zugeben, dass Fehler passiert sind. Natürlich muss das besser werden. Dass er den Eindruck erweckt hat, es hätte einen Vorgang gegeben, den es bisher in Deutschland noch nie gegeben hat, seitdem es Kernkraftwerke gibt, ist mir ein Rätsel. Ich weiß nicht, welche Strategie dahinter steht. Das sage ich in aller Offenheit.

Man muss erst einmal auf die Idee kommen, in Philippsburg einen Leiter zu installieren, der die atomrechtliche Genehmigung nicht hat. Natürlich haben beide Reaktoren Leiter, die mit allen Kompetenzen ausgestattet sind, in A und in B. Ihr Vorgesetzter ist aber nur Vorgesetzter in bestimmten betriebswirtschaftlichen und personalwirtschaftlichen Angelegenheiten und beim Auftreten in der Öffentlichkeit. Er ist aber nicht Vorgesetzter beim Betrieb des Kraftwerks. Er darf beispielsweise Briefe, die Sicherheitsaspekte betreffen, nicht unterschreiben.

Das ist meines Erachtens eine Ungeschicklichkeit. Auf diese Ungeschicklichkeit muss man erst einmal kommen. Insofern halte ich es für gut, vielleicht für viele Beteiligte in Deutschland, dass dieses Thema in dieser kritischen Grundhaltung und in dieser Radikalität diskutiert worden ist und offensichtlich viele aus diesem Vorgang lernen konnten. Insofern hat das Ganze auch eine positive Seite und etwas Gutes.

Eine kurze Randbemerkung zu den künftigen Perspektiven will ich in der zweiten Runde machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aufgrund der Worte meiner Vorredner meine ich feststellen zu können, dass es keine unterschiedliche Auffassung gibt, dass es zunächst einmal um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, aber auch grundsätzlich im Bereich von Kernkraftwerken geht.

rinnen und Bürger in unserem Land, aber auch grundsätzlich im Bereich von Kernkraftwerken geht.

Vor zwei Monaten haben wir in diesem Haus sehr umfangreich die Problematik in Philippsburg diskutiert. Ich denke, die Probleme bezüglich der Kühlsysteme sind jedem bekannt. Die fehlende Borsäure hat dazu geführt, dass im Ernstfall die entsprechende Sicherheit nicht gegeben war.

Auch im Ausschuss für Umwelt und Forsten haben wir dieses Thema sehr umfangreich behandelt. Frau Ministerin Conrad hat keinen Zweifel an der Position der Landesregierung gelassen. Ferner hat sie keinen Zweifel daran gelassen, was die Landesregierung von rheinland-pfälzischer Seite aus tun kann, sogar tun muss.

Meine Damen und Herren, ich sage ganz klar: Sicherheit muss vor Profit gehen. Darüber sind wir uns in diesem Hause meines Erachtens alle einig.

(Beifall bei FDP und SPD)

Die Verantwortlichen in Philippsburg müssen für die Versäumnisse, die auf der Hand liegen, zur Rechenschaft gezogen werden – wenn es sein muss, auch im Rahmen eines Strafverfahrens.

Herr Dr. Braun, nach Biblis kommen auch noch andere Kernkraftwerke. Dieser Ansatz rückt Sie von der Glaubwürdigkeit, dass es Ihnen wirklich nur um die Sicherheit geht, weg.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt haben Sie wieder keine Ahnung,
was Biblis A ist! Wenn Sie keine
Ahnung haben, dann sagen
Sie es nicht!)

– Hören Sie einmal zu. Nach den Ereignissen von New York sind wir uns alle einig, dass wir umdenken müssen, auch was das Thema „Sicherheit bei Kernkraftwerken“ betrifft. Der Terrorismus hat eine nie gekannte Form angenommen. Der falsche Schritt ist, jetzt in Aktionismus zu verfallen und zu sagen, wir müssen alle Kernkraftwerke abschalten, weil sich so etwas, was in New York passiert ist, auch im Zusammenhang mit Kernkraftwerken wiederholen kann.

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir dürfen in dieser Situation, in der es um die Sicherheit geht, mit den Ängsten und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land keine Politik machen. Das ist der Hauptansatzpunkt.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir uns in Zukunft, wenn wir über das Thema „Sicherheit“ sprechen, Gedanken machen müssen, wie wir zum Beispiel Kernkraftwerke vor solchen Ereignissen wie im September in New York schützen können. Hier muss man sich allein schon einmal um die Fluglinien im militärischen und zivilen Bereich Gedanken machen. Das sind die Ansatzpunkte, die man zunächst einmal klären kann. Ich bin der Meinung, dass dies Ihr Umweltminister in Berlin zunächst einmal klären muss. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz kann doch nicht in Baden-Württemberg eingreifen.

Lieber Herr Braun, lassen Sie uns dieses Thema der Sicherheit – wir liegen alle auf einer Linie – nicht zerreden und keine, so wie Sie das gern tun, ideologische und populistische Politik mit den Ängsten und den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land machen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mein Gott, Sie zerreden das doch gerade, Herr Hohn!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, ich hätte natürlich gern die Ministerin gehört, wie sie dazu Stellung nimmt.

(Stretz, SPD: Die werden Sie noch hören!)

– Herr Stretz, vielleicht kann man darauf antworten. Sie wollen das nicht. Wir wollen das. Das sind vielleicht die anderen Rollen.

Herr Hohn, wenn wir uns einig sind, ist das eine wichtige Sache. Ich glaube, Sie haben die Einigkeit schon wieder zerredet. Sie sagen, sie wollen alle Atomkraftwerke abschalten. Wir differenzieren doch auch. Biblis A hat Nachrüstungen zu leisten. Das hat Herr Gölter deutlich gemacht.

Hier stellt sich doch die Frage, genauso wie bei Philippsburg. Die Ministerin hat letztes Mal gesagt, es darf keinen wirtschaftlichen Vorrang vor den Sicherheitsstandards geben. Das Atomkraftwerk Philippsburg wird wieder angefahren, weil sonst pro Tag eine Million DM Verluste eingefahren werden. Die Überprüfungen liegen noch nicht vor. Das ist doch klar. Deswegen diskutieren wir auch hier darüber. Das ist in Baden-Württemberg ganz deutlich zutage getreten. Es sind noch nicht alle Nachweise erbracht, die hätten erbracht werden müssen. Dennoch entscheidet sich der Betreiber, das Atomkraftwerk wieder anzufahren. Das ist die Sache, um die wir uns kümmern und sagen müssen, das kann nicht sein, weil unsere Bevölkerung auch betroffen ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dieser Verantwortungsschieberei sagen.

(Stretz, SPD: Das ist keine Schieberei!)

Natürlich muss auch Bundesumweltminister Trittin agieren. Zuständig für die Atomaufsicht sind zunächst die

Länder. Wer hat überhaupt Philippsburg 2 abgeschaltet? Das war doch nur deswegen, weil Trittin Umweltminister Müller nach Berlin zitiert hat. Die hätten doch gar nicht abgeschaltet.

(Vereinzelt Beifall bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Diskussion tragen wir doch alle Verantwortung. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir das hier diskutieren.

Auch die Nachrüstungen, die für Biblis A gefordert werden – nicht nur die GRÜNEN, sondern alle Parteien und alle Bürger vor Ort haben die gleichen Diskussionen geführt –, kosten nun einmal 500 Millionen DM. Das ist von der RWE nicht mehr zu investieren, weil der Reaktor nur noch drei, vier oder fünf Jahre läuft.

Man kann doch nicht mit Sicherheitsabschlag den Reaktor weiterlaufen lassen. Man muss sich entscheiden: Entweder man investiert, wenn man diesen Reaktor weiter betreiben will, oder man stellt ihn ab. – Genau das ist die Diskussion, die wir im Moment führen. Deswegen muss klar sein, dass auch aus Rheinland-Pfalz die entsprechenden Zeichen kommen. Das hat auch der Oberbürgermeister von Worms getan. Wir tun das auch, indem wir sagen: Ihr könnt nicht mit Sicherheitsabschlag das Atomkraftwerk weiterlaufen lassen.

Hier ist die FDP in einer schwierigen Lage, weil sie dann sagt: Wir müssen auch den Betreibern ihr Recht zustehen.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Es ist kein Recht, ein Atomkraftwerk mit Sicherheitsabschlag weiterlaufen zu lassen. Wir fordern eine klare Stellungnahme – deswegen möchte ich die Ministerin hören – und auch ein entsprechendes Zeichen von Baden-Württemberg und Hessen ein. Ich glaube, die Bevölkerung hat ein Recht, das hier zu hören.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Friederike Ebli das Wort.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von allen Vorrednern wurde die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Auch ich will das tun.

Herr Kollege Dr. Gölter, ich war etwas erstaunt. Ihren Ausführungen meinte ich zu entnehmen, dass Sie die Situation zwar sehr sachlich dargestellt haben, aber doch etwas beschönigen. Wenn man die Presse liest, gibt es jeden Tag Schlagzeilen, die auf die Ängste der

Bürgerinnen und Bürger aufmerksam machen. Es nutzt nichts, wenn man Ihnen erklärt, dass es einen Störfall gab, dieser aber zum Glück keine großen Auswirkungen hatte.

Wenn man mit den Menschen redet, bekommt man immer wieder gesagt, dass jede Krebserkrankung von dem Kernkraftwerk kommt.

(Dr. Gölter, CDU: Sagen Sie einmal, für was Sie sind!)

Die Menschen haben Angst. Es wurde abgeschaltet, und niemand hat dies gemerkt. Ich frage: Warum musste es wieder angeschaltet werden?

Ich unterstreiche, was der Kollege Hohn gesagt hat, dass die Sicherheit vor Profit geht. Solange Zweifel an der Zuverlässigkeit des Unternehmens und der Verantwortlichen bestehen, darf es nicht wieder an das Netz gehen.

Wir aus Rheinland-Pfalz dürfen nicht zur Hilflosigkeit verdammt sein. Ich bin unserer Ministerin sehr dankbar, dass Sie sich sehr engagiert einbringt und Sicherheit, Information und – wenn dies sein muss – auch ein Abschalten einfordert, weil die Sicherheit der Bevölkerung vorgeht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Dr. Gölter das Wort.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gar nichts gegen bekundete Betroffenheit. Ich habe kein Defizit, was Sorge, Kontrolle und scharfe öffentliche Kontrolle betrifft.

Meine Damen und Herren, ich fühle mich verpflichtet, es im rheinland-pfälzischen Landtag im Interesse einer sauberen Darstellung zu sagen, wenn ich nach bestem Wissen weiß, dass das, was wir befürchtet haben, nämlich das unkontrollierte Durchmarschieren des Reaktors, nicht hätte passieren können.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir kommen bei bestimmten Themen mit Betroffenheit allein nicht weiter. Wir müssen uns an den Fakten orientieren. Das gehört nun einmal zu der Beschreibung dazu.

Meine Damen und Herren, ich hatte gesagt, dass die Geschichte auch ihre positiven Seiten hat. Dazu gehört die Präzisierung der Betriebshandbücher, die notwendig ist und die möglicherweise auch an anderer Stelle in Deutschland vorgenommen worden ist.

(Frau Ebli, SPD: Da stimme ich Ihnen zu!)

Ich bin der Überzeugung, dass es richtig ist, die Aufsicht in Baden-Württemberg umzustrukturieren. „Seilschaften“ – in Anführungszeichen – sind in allen Fällen immer problematisch. Wo Menschen sehr lange zusammenarbeiten, kann sich mangelnde Sorgsamkeit einschleichen. Insofern finde ich es richtig, dass das in Baden-Württemberg einem Rotationsprinzip unterzogen wird. Ich finde es auch richtig, dass die Rolle, die Auswahl und der Wechsel der Gutachter beim TÜV in Zukunft praktiziert werden.

Es sind ganz nüchterne Dinge. Betroffenheit ist sehr schön, aber das Kernkraftwerk ist nun einmal vorhanden. Herr Braun – das sage ich jetzt nur einmal für mich als Person –, zwischen Biblis A und Philippsburg mache ich bezüglich des Stands und der Einschätzung des Betriebs und der Betriebssicherheit einen Unterschied. Ich sage es nur für mich: Ich hätte auch nichts dagegen, wenn Biblis A in absehbarer Zeit abgeschaltet werden sollte.

Meine Damen und Herren, jetzt noch eine ganz kurze Bemerkung: Wir brauchen für die Grundlast weiterhin Kernenergie. 60 % der Grundlast werden durch die Kernenergie gestellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Entschuldigung, das ist auch die Position von Herrn Trittin. Lesen Sie einmal die Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Abgeordneten aus dem vergangenen Jahr. Das ist hoch interessant. Sie ist vom Bundeswirtschaftsminister und vom Bundesumweltminister gemeinsam veröffentlicht worden. Wenn Sie die einmal lesen, dann gibt es eine äußerst zurückhaltende Bewertung auch der Perspektive der regenerativen Energien.

(Glocke des Präsidenten)

Dass ein Land, das Kernkraftwerke abschalten will, das CO₂ verringern will und das mit hohen öffentlichen Subventionen und hohen Kosten für die Verbraucher die regenerativen Energien ins Geschäft bringen will, auf Dauer bezüglich der Normalfamilie eine viel höhere Belastung bezüglich der Energiekosten hat, da hat der Bundeswirtschaftsminister Müller natürlich Recht. Das Thema hat eine ganze Reihe von Facetten. Diese gehören über die Betroffenheit, wenn man ehrlich ist, auch noch dazu. Wer sagt, das ist alles nicht zu verantworten, der muss auch sagen: Es muss sofort abgeschaltet werden. – Insofern müssen alle Fraktionen auch in diesem Hause in ihren Darstellungen ehrlich sein.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Schülerinnen und Schüler der 10. und 11. Jahrgangsstufe des Gymnasiums Lauterecken. Seien Sie herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten das Thema schon einmal. Herr Kollege Braun, wenn ich immer wieder lese: AKWs in Biblis und Philippsburg abschalten –, dann frage ich mich, wer zuständig ist.

Wir hatten schon einmal das Thema vor ein, zwei Monaten. Die GRÜNEN machen das zum Ritual. Ich habe damals für die FDP-Fraktion erklärt, und das erkläre ich heute wieder: Sicherheit geht vor Profit. – Herr Kollege Braun, ich habe damals gesagt: Es ist auch zu prüfen, ob Strafanzeige zu stellen ist. – Ich habe das auch prüfen lassen und dann erfahren – sonst hätte ich die Strafanzeige gestellt –, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt. Der Betrieb von Großanlagen – das gilt für Kernkraftwerke, aber auch für chemische Anlagen – ist nur verantwortlich, wenn Gesetz und Verordnungen eingehalten werden. Meine Damen und Herren, hier ist Zuverlässigkeit verlangt.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Ich frage mich, wer für die Zuverlässigkeit im Endeffekt zuständig ist. Herr Stretz hat es gesagt: Das ist Herr Trittin.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wirtschaftsministerium,
Herr Creutzmann!)

Frau Conrad – das haben Sie selbst eben eingestanden – kann gar nichts machen. Sie haben gesagt, die Atomaufsicht haben die Länder. Also wären Baden-Württemberg und Hessen zuständig und nicht das Land Rheinland-Pfalz. Aber der Ministerin Frau Conrad Nachlässigkeit oder Versäumnisse vorzuwerfen, ist schlicht schon aus diesem Grund eine Unverschämtheit, weil sie überhaupt nicht die Zuständigkeit hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend halte ich für die FDP-Fraktion fest: Sicherheit geht für Profit.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Für“ oder „Vor“! –
Zuruf von der FDP: „Vor“!)

Die Zuverlässigkeit kann nur Herr Trittin – Klammer auf – (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) feststellen. Dann soll er die Kernkraftwerke zumachen. Wir haben überhaupt kein Problem. Aber hier unbewiesene Behauptungen aufzustellen, wieder den guten Menschen zu spielen, wie das immer so üblich ist, das halten wir für den falschen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung erteile ich der Umweltministerin Frau Margit Conrad das Wort.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Während wir heute diese Debatte zur Sicherheit der beiden Kernkraftwerke Biblis und Philippsburg führen, findet nicht nur ein Termin beim Bundesumweltminister statt, der von außerordentlichem Interesse für die heutige Debatte ist, sondern gleichzeitig wird heute im Deutschen Bundestag das Gesetz über den Atomkonsens, damit also die Novelle des Atomgesetzes insgesamt, verabschiedet, welche eine für diese Debatte ganz besondere Konsequenz hat. Wir werden zum ersten Mal in der Bundesrepublik die unbefristeten Betriebsgenehmigungen für alle Atomreaktoren reduzieren. Sie sind in Zukunft befristete Betriebsgenehmigungen. Für Rheinland-Pfalz bedeutet das, weil wir das einzige in Rheinland-Pfalz jemals im Betrieb befindliche Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich mit in den Atomkonsens eingebracht haben, dass Mülheim-Kärlich abgeschaltet bleibt und der Betreiber RWE einverstanden ist, ohne Klagen gegen das Land den Rückbau von Mülheim-Kärlich zu beantragen, sodass der Atomkonsens, der heute in Berlin verabschiedet wird, ein Riesenerfolg auch für Rheinland-Pfalz ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Noch etwas hat in diesem Atomkonsens Konsequenz für die heutige Debatte, weil auch Bestandteil der Novelle des Atomgesetzes ist, dass es in Zukunft periodisch wiederkehrende Sicherheitsüberprüfungen und Genehmigungen der Atomreaktoren und der Kernkraftwerke gibt. Das war zwar teilweise schon Praxis gewesen, es war aber nie gesetzlich verlangt. Insofern ist dies eine Fortentwicklung der Sicherheitsanforderungen für die noch in Betrieb befindlichen Atomreaktoren.

Ein weiterer Aspekt des Atomkonsenses ist für die heutige Debatte wichtig. Zum ersten Mal ist ein Rahmen festgelegt worden, der Instrumente bietet, Atomreaktoren, von denen man der Meinung ist, dass sie nicht dauerhaft auch aus Sicherheitsgründen am Netz bleiben dürfen, vorzeitig vom Netz zu nehmen, auch wenn man keine atomrechtlichen Möglichkeiten hat, wenigstens in Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen. Das ist ein wesentlicher Beitrag, um auch in Zukunft verhandlungs- und gestaltungsfähig zu sein, auch im Sinne der Sicherheit von Atomreaktoren.

(Beifall bei der SPD)

Auch dies hat etwas mit unserer heutigen Debatte zu tun. Ich begrüße es ausdrücklich, dass eine Überprüfung der Reaktoren stattfindet, insgesamt auch vor dem Hintergrund der geänderten Sicherheitslage, weil das zusätzlich die Bevölkerung versichert hat: Wie sicher sind eigentlich unsere Reaktoren? – Sollten nach dieser umfassenden Überprüfung Erkenntnisse vorliegen, die zum Handeln zwingen, dann sind jetzt die Instrumente vorhanden.

Ich komme jetzt zu den beiden Atomreaktoren in der Nachbarschaft. Herr Braun, natürlich haben Sie hier den Eindruck erweckt, als hätten wir die Atomaufsicht für Biblis. Ich zitiere einmal Ihren Antrag auf dem Landesparteitag der GRÜNEN. Dort fordern Sie die Atomaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg auf, auf der Abschaltung dieser Anlagen zu bestehen und dies gemeinsam mit der Bundesregierung durchzusetzen. Ich bin gern bereit – nicht nur bereit, sondern weiß auch um diese Verantwortung –, zu sagen, dass wir nicht die Atomaufsicht für Biblis und Philippsburg haben, sondern für ein eigenes Kraftwerk. Auch Mülheim-Kärlich ist noch nicht aus der Atomaufsicht entlassen worden. Sie könnten mir Vorwürfe machen, dass wir nicht gehandelt hätten, wenn wir nicht Schlüsse aus den Vorkommnissen von Philippsburg für unser eignes Kraftwerk gezogen hätten.

Herr Braun, ich habe es Ihnen noch nicht gesagt, aber ich sage es Ihnen jetzt: Ich habe, als festgestellt worden ist, dass es in Philippsburg nicht nur einmalige Vorkommnisse gab, dass es wiederkehrende Vorkommnisse waren, dass sie insbesondere bei den Druckwasserreaktoren in mehreren Atomkraftwerken des Betreibers EnBW vorgekommen sind, veranlasst, dass man rückwärts betrachtet überprüft, ob bei einem ähnlichen Ereignis in Mülheim-Kärlich beim Anfahren des Reaktors nach einem Brennelementwechsel zum Beispiel solche Vorkommnisse geschehen sind. Ich kann Ihnen sagen, das hat für uns unheimlich viel Arbeit bedeutet.

(Vizepräsidentin Frau Hammer
übernimmt den Vorsitz)

Gott sei Dank kann ich Ihnen sagen, dass bei der einzigen Revision 1986, die vergleichbar war mit der Situation nach einem Brennelementwechsel sowohl nach dem Handbuch, dem Schichtbuch, dem Betriebsablaufprotokoll und dem wasserchemischen Handbuch, welches notwendig ist, alle Zeichen auf grün standen bzw. dass keine Fehler gemacht worden sind.

Das beruhigt mich, denn sonst wäre es unter Umständen an dieser Stelle noch einmal zu einer Debatte mit dem Betreiber, der RWE, gekommen. Aber auch das haben wir jetzt gemacht, im Nachhinein betrachtet, um gegebenenfalls Schlüsse daraus zu ziehen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dort, wo wir die Atomaufsicht innehaben, nehmen wir sie ernst.

Jetzt noch einmal zu Biblis A, Herr Dr. Braun. Wunderbar! Biblis A und Biblis B sind schon gelaufen, als Joschka Fischer noch die Atomaufsicht in Hessen gehabt hat.

(Beifall bei SPD und FDP –
Creutzmann, FDP: Sehr gut! –
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir können gern über Philippsburg reden – ich werde nachher noch sagen, was wir alles unternommen haben.

Aber es kommt mir manchmal so vor, wenn Sie uns jetzt quasi auffordern – zumindest suggerieren Sie der Bevölkerung, auch wenn Sie es jetzt etwas zurückgenommen haben –, als könnten wir entscheiden, was dort passiert, als hätten Sie offensichtlich mehr Vertrauen zu uns als zu Ihrem eigenen Bundesumweltminister. Das könnte ja sein.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie müssten doch, was Biblis betrifft – das ist doch ganz einfach – wissen, dass sowohl der Staatssekretär im Bundesumweltministerium als auch der Abteilungsleiter für die Atomaufsicht im Bundesumweltministerium aus Hessen kommen.

Wenn die nicht wissen, ob Biblis A und Biblis B sicher sind, ob sie am Netz bleiben dürfen, wer soll es dann, verdammt noch mal, denn sonst wissen? Sollen wir das wissen, obwohl wir keine Atomaufsicht haben?

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich nehme vor Ihnen Herrn Trittin in Schutz,

(Licht, CDU: Vorsicht!)

– Doch, das mache ich; nicht an jeder Stelle, das sage ich Ihnen auch, aber an dieser Stelle muss ich sagen, nehme ich ihn in Schutz vor seiner eigenen Partei, weil er einen Teil des Atomkonsenses mit vereinbart hat. Ein Teil des Atomkonsenses ist nämlich eine Erklärung des Bundesumweltministeriums gegenüber der RWE zum weiteren Verfahren der Nachrüstung bezogen auf Biblis A.

Ich nenne Ihnen auch gern die Laufzeiten. Im Atomkonsens steht, dass Biblis A bis 2007 und Biblis B bis zum Jahr 2009 – wenn sich nichts mehr ändert – am Netz bleiben können.

Es wird jetzt im Übrigen im Einvernehmen mit der Atomaufsicht ein Nachrüstprogramm für Biblis A erfolgen.

Ich bin gespannt, ob der Bundesumweltminister – ich gehe davon aus, dass der Bundesumweltminister auch damit einverstanden ist bzw. dass das im Einvernehmen mit dem Bundesumweltminister erfolgt –, wenn ihm Erkenntnisse über durchaus mögliche Grobverstöße vorliegen, Weisungen erteilt bzw. Weisungen erteilen kann.

Aber davon unbelastet ist die Frage, ob man jetzt, unabhängig von atomrechtlichen Möglichkeiten, auf dem Verhandlungsweg nicht auch einiges erreichen könnte und erreichen sollte.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich will auch noch etwas über die Unklarheiten sagen, die wir mit Baden-Württemberg zu klären versucht haben. Ungeachtet dessen, dass wir natürlich manchmal auf lückenlose Informationen ange-

wiesen sind, habe ich den Kollegen Müller sehr frühzeitig gebeten, uns umfassend zu informieren.

Wir haben zusätzlich auch fachliche Fragen gestellt, die mittlerweile beantwortet sind. Dabei handelte es sich um Antworten, die unsere Einschätzung der gesamten Situation, die auch in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist, bestätigt haben.

Ich war auch nicht einverstanden – um das auch noch einmal zu sagen; Sie wissen dies aus dem Ausschuss – mit der ersten Antwort, die mir der Kollege Müller nach über vier Wochen gegeben hat.

Er äußerte die Meinung, dass mit dem Austausch des technischen Betreibers an zwei Stellen schon die Betreiberzuverlässigkeitsfrage geklärt wäre.

Ich habe ihm erneut geschrieben und deutlich gemacht, dass das nicht alles sein kann; denn das, was bei den Problemen in den Reaktoren festgestellt worden ist, war, dass über 17 Jahre, mit einer Ausnahme, immer wiederkehrende Probleme entstanden sind und Themen immer entgegen den Betriebshandbüchern angegangen worden sind. Dies kann einfach nicht sein. Das ist eigentlich ein Skandal an sich.

(Beifall der SPD –
Frau Schleicher-Rothmund, SPD:
Richtig!)

Diese Frage hätte nämlich bedeutet, dass ich mehr über das erfahre, was jetzt an Sicherheitskultur implementiert worden ist und was gegen diesen Verschleiß an Sicherheitskultur durch Routine unternommen worden ist.

Die gesamte AKW-Debatte seit 30 Jahren hat ja immer die Frage gestellt, wie sicher die Technik im Verhältnis zum Menschen, der den größten Risikofaktor darstellt, ist.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD:
Genau!)

Deshalb muss alle Sicherheitsphilosophie auch an dem „human factor“, also an dem menschlichen Faktor ansetzen, und auch darüber hätte ich einige Erklärungen und Erläuterungen erwartet.

Ich muss sagen, die vorliegende Situation ist unbefriedigend, weil ich diese Informationen nicht habe. Sie können jetzt vielleicht den Schlusstrich ziehen, ich kann es nicht. Ich erwarte eine Antwort auf meine zweite Intervention und auch eine zeitnahe Auskunft zu den Entscheidungen, die jetzt anstehen.

Warum? Ich weiß, dass ein Maßnahmenbündel verordnet worden ist, aber ich kenne nicht die Details. Ich weiß auch nicht, welche abschließenden Erkenntnisse der Bundesumweltminister und die Atomaufsichtsbehörde in Baden-Württemberg jetzt gewonnen haben, um zuzulassen, dass der Reaktor wieder angefahren wird. Beide Parteien sitzen heute in Berlin zusammen und werden das veranlassen können.

Wir erwarten eine Auskunft über diese Erkenntnisse – auch im Sinn der Transparenz, die immer wieder von Herrn Müller wie von Herrn Goll beschworen worden ist,

auch im Sinn gut nachbarschaftlicher Beziehungen, auch im Sinn der Wiedergewinnung des Vertrauens, das total zerstört worden ist, was die Sicherheit von Atomreaktoren betrifft. Ich erwarte, dass dieses Vertrauen wiederhergestellt wird, vor allen Dingen zeitnah, meine Damen und Herren.

Ich kann Ihnen das heute nicht erklären, vielleicht können Sie aber schon heute alle Schlüsse daraus ziehen. Ich kann es noch nicht; denn ich bin gewohnt, an dieser Stelle redlich zu arbeiten.

Ich habe so viel Vertrauen – das ist vielleicht der Unterschied zu Ihnen –, dass ich Herrn Trittin als Letztem eine Kungelei mit EnBW unterstellen würde.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich habe so weit Vertrauen, dass heute die Frage geklärt wird oder eben auch nicht, ob man Philippsburg anfahren kann. Es gibt vielleicht noch weitere Auflagen.

Nur eines müssen Sie noch zur Rechtslage wissen. Da Philippsburg freiwillig vom Netz genommen worden ist, auf welchen Druck auch immer, das wissen wir beide sehr wohl, bedeutet es, dass sie keine Extragenehmigung zum Wiederanfahren brauchen. Sie können anfahren, wobei diese Aktion zwar durch atomrechtlichen Bescheid untersagt werden kann, dieser dann jedoch beklagt werden kann.

In dieser Zwickmühle sitzen alle, die heute – natürlich auch in Berlin und Baden-Württemberg – zu entscheiden haben. Trotzdem erwarte ich, dass all diese Fragen zur Sicherheitskultur, die wir auch diskutiert haben, und auch die Gutachten vom TÜV Rheinland/Berlin-Brandenburg, die noch einmal in Auftrag gegeben worden sind, angesprochen werden und eine Transparenz jetzt auch in der Öffentlichkeit darüber hergestellt wird, welche Maßnahmen ergriffen worden sind. Das sind Aussagen, die mir zurzeit noch fehlen.

Dann können auch wir mit einiger Sicherheit und Zuverlässigkeit davon ausgehen, dass dieser Reaktor an der Grenze zu verantworten ist. Wenn das nicht der Fall ist, dann werde ich die Letzte sein, die nicht noch einmal die Frage stellt, wie es mit der Betreiberzuverlässigkeit aussieht.

Ich habe gehört, in der EnBW ist man aufgrund unserer Fragestellung einigermaßen nervös geworden. Wir waren nicht die Einzigen, die es gestört hat.

Ich empfinde es im Nachhinein als Bestätigung meiner Position, dass der baden-württembergische Wirtschaftsminister, der für die Genehmigung der Anlage zuständig war, genau diese Überprüfung vorgenommen hat.

Meine Damen und Herren, so schlecht können wir mit unserer Interpretation der Sicherheitslage nicht gewesen sein, und wir haben offensichtlich den Finger genau in die Wunde gelegt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Zu einer Sicherheitsdebatte in der heutigen Zeit gehört natürlich auch die Frage, wie es mit dem Schutz vor terroristischen Aktivitäten aussieht. Auch darüber habe ich Sie unterrichtet, und mittlerweile hat Herr Trittin auch geantwortet.

Ich habe es begrüßt – wir sind hier auf einer Linie –, dass er eine Sicherheitsüberprüfung aller Reaktoren angeordnet hat, vor allen Dingen im Hinblick darauf, wie sicher sie bei terroristischen Angriffen und vor allem bei Abstürzen von großen Verkehrsflugzeugen sind.

Es liegt ein Auftrag an die entsprechenden Kommissionen und Gutachter vor, entsprechende Erkenntnisse zu gewinnen, weil es nicht nur um die Frage des Containments geht, also die äußere Hülle, sondern auch um die Frage, wie es insgesamt mit der Entwicklung in einem Reaktor bei einem Terrorakt aussieht.

Was ist sonst noch gefährdet: Die Notleitstellen, die Kühlleitungen, die möglicherweise brechen können, usw.? Genauso wichtig ist die Frage nach einem Kerosinbrand.

Wir haben mit Herrn Trittin vereinbart, dass ein Szenario durchgespielt werden soll und wir uns verständigen, und zwar rechtzeitig.

Wenn sich die Sicherheitslage ändert, wenn wir eine Bedrohungssituation vorfinden, in der wir Reaktoren sicherheitshalber vorher abschalten müssen – wir wissen, ein kalter, nicht in Betrieb befindlicher Reaktor ist besser zu handhaben und stellt eine geringere Gefahr als ein in Betrieb befindlicher Reaktor dar, was die Freisetzung von Radioaktivität anbelangt, wenngleich sie auch dann nicht ausgeschlossen werden kann –, werden wir Szenarien entwickeln, um bei einer entsprechenden Bedrohungssituation, die wir heute gar nicht mehr ausschließen können, schnell, effektiv und abgestimmt Reaktoren vom Netz nehmen zu können. Es gibt eine Arbeitsgruppe des Bundesumweltministeriums mit dem Bundesinnenministerium unter Beteiligung der Länder. Wir möchten ebenfalls in diese Arbeitsgruppe aufgenommen werden. Herr Trittin sprach sich ursprünglich dafür aus, nur Bundesländer aufzunehmen, in denen sich aktive Reaktoren befinden, was bei uns derzeit nicht der Fall ist. Wir wollen eine enge Abstimmung im Interesse der Sicherheit nicht nur der Reaktoren in Rheinland-Pfalz, sondern insbesondere auch der Reaktoren außerhalb des Landes.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir diese Debatte heute abschließen, wünsche ich mir, dass diejenigen, die heute in Berlin und Baden-Württemberg entscheiden, diese Entscheidungen nicht im Interesse der Wirtschaftlichkeit von EnBW treffen, sondern im Interesse der Sicherheit der Menschen in der gesamten Region und damit auch der Sicherheit der Menschen in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin Conrad hat länger geredet. Jede Fraktion hat noch eineinhalb Minuten Redezeit. Wer wünscht das Wort? – Es wird verzichtet. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist dieser Teil der Aktuellen Stunde beendet.

(Jullien, CDU: Das ist Zeitökonomie!)

Ich rufe das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

**„Entwicklung der Gewerbesteuer und ihre Auswirkungen auf die rheinland-pfälzischen Kommunen“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/524 –**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Michael Hörter das Wort.

Abg. Hörter, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In einer Zeit schwierigster finanzieller Situation der Städte, an der auch die Landesregierung ihren Anteil trägt, bricht die Gewerbesteuer weg. In Koblenz etwa sind für das Jahr 2002 um 30 Millionen DM geringere Gewerbesteuererinnahmen zu verzeichnen als prognostiziert. In den gesamten rheinland-pfälzischen kreisfreien Städten sind es 300 Millionen DM. Einzelne Städte haben Rückgänge von 50 % und mehr zu verkraften.

Selbst hartgesottene Sozialdemokraten geben mittlerweile zu, dass diese so genannte Steuerreform deutliche Mängel aufweist.

(Creutzmann, FDP: So ein Schwachsinn!)

Sie ist für die Großunternehmen gemacht und geht zulasten des Mittelstands und vor allem der Kommunen.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Ein viel wiederholtes Wort!)

Die Kommunen tragen die Lasten einer verfehlten Steuerpolitik und allein bei der Gewerbesteuer einen Verlust in Milliardenhöhe.

Die finanzpolitische Chaossuppe, die Bund und Land angerührt haben, müssen zunehmend die Kommunen auslöffeln. Deshalb liegt es auf der Hand, dass eine Gemeindefinanzreform erarbeitet werden muss.

Dabei haben die Oberstrategen der Steuerreform im Gesetzgebungsverfahren zur Steuerreform im Jahr 2000 noch Mehreinnahmen der Gemeinden prognostiziert. Wenn man Mehreinnahmen prognostiziert, erlegt man natürlich den Gemeinden eine erhöhte Gewerbesteuerumlage auf. So soll vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2004 der Anteil von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer von 20 % auf knapp 30 % steigen.

Das bedeutet für die Gemeinden, dass sie trotz sinkender Gewerbesteuereinnahmen im folgenden Jahr eine erhöhte Umlage zu verkraften haben. Dies gilt es auszu-
setzen.

(Beifall der CDU)

Der Griff in die kommunalen Kassen kommt dem Versuch gleich, einem nackten Mann den Geldbeutel aus der Hosentasche zu ziehen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Gestern hat Herr Mertes die Mär vom kommunalen Füllhorn vorgetragen, als seien kommunale Investitionen das Alltäglichs-te auf der Welt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Situation ist eine andere.

Dies sieht man allein daran, dass selbst kleine Ausbauinvestitionen schon zum herausragenden Ereignis ge-
raten. Es muss schon etwas Wunderbares und ganz Besonderes sein, wenn – wie in meiner Heimatstadt geschehen – in Koblenz vor wenigen Tagen bei der Fertigstellung eines Drittels der Koblenzer Schlossstraße die Bedeutung dieses Ereignisses dadurch unterstrichen wurde, dass zwei Staatsminister anwesend waren. So-
gar der Ministerpräsident war angekündigt, aber er ist nicht gekommen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Der kommt
beim zweiten Drittel!)

Wenn schon eine solch bescheidene Investition durch die Anwesenheit zweier Minister zu einem Großereignis wird, weiß man, wie wenig in Wirklichkeit bei den Kom-
munen noch investiert werden kann.

(Beifall der CDU –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Armes
Deutschland!)

Was die Gewerbesteuereinnahmen anbelangt, stimmt auch der Satz des verehrten Herrn Finanzministers vom Einnahmenproblem. Für die Kommunen stimmt er wirk-
lich; denn sie haben keine Chance, selbst zu ihrer Ein-
nahmensituation irgendetwas beizutragen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Kollege Ramsauer.

Abg. Ramsauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben soeben zur Kenntnis genommen, dass die rheinland-pfälzische CDU offenbar die K-Frage gelöst hat, indem Sie glaubten, die unrichti-
gen Behauptungen von Herrn Stoiber noch einmal wie-
derholen zu müssen, Herr Hörter. Jeder, der sich mit der Materie befasst, weiß, dass es unwahr ist, dass die

Auswirkungen der jüngsten Steuerreform an den Ge-
werbesteuereinnahmen abzulesen sind. Jeder weiß, dass die Auswirkungen der Steuerreform erst im Jahr 2002 und in den Folgejahren, nicht jedoch im lau-
fenden Jahr, spürbar werden.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Auch die Behauptung, dass die Gegenrechnung der Dividendenbesteuerung dazu führe, ist falsch. Auch dies kommt erst im Jahr 2002, und das wissen Sie sehr
genau.

Auch die kommunalen Spitzenverbände, denen ich ausdrücklich zustimme, sehen im Augenblick nur unter-
schiedliche Ursachen im konjunkturellen Bereich, meine Damen und Herren.

Sie haben natürlich Recht, dass die kreisfreien Städte in unserem Land im Augenblick in besonderer Weise ge-
beutelt sind. Wer sollte das anders empfinden als je-
mand, der aus der Stadt kommt, die einen Rückgang an Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen hat, der so
drastisch ist, dass man kaum noch weiß, wie man zu-
künftig so etwas politisch gestalten kann? - Das ist nicht
wegzudiskutieren. Aber die Ursachen sind zu prüfen.

Ich empfehle Ihnen einen Blick in die Rundschreiben der kommunalen Spitzenverbände, die sagen, dass eine
Vielzahl von konjunkturellen Einflüssen maßgebend
sind.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Ich möchte Ihnen diese Einflüsse noch einmal vor Augen
führen; denn in besonderen Wirtschaftsbereichen gibt es
besondere Probleme:

Bei den Energieversorgern war ein erheblicher Preis-
verfall aufgrund des verstärkten Wettbewerbs festzu-
stellen.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

– Sie müssen doch wissen, was sich in der Versiche-
rungswirtschaft abgespielt hat und wie dort die entspre-
chenden Gewinne und die Umsätze zurückgegangen
sind.

Bei den Banken veränderte sich das Gewerbesteuerauf-
kommen maßgeblich aus anderen Gründen. Im Baube-
reich kennen wir den Rückgang, und wir wissen, was mit
dem Organschaftsgesetz möglich ist. Wir wissen, wie die
Instrumente der Gewerbesteuerorganschaft genutzt
werden. Das kennen wir gerade auch aus der Chemi-
schen Industrie. Wir kennen die Auswirkungen.

Es hat doch keinen Zweck, dass Sie jetzt sagen, dass
dieses Problem, das uns wirklich alle betrifft, das auch
nach Lösungen ruft, durch eine Reform verursacht sei,
die erst im nächsten Jahr greift.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sagte, das Problem ruft in
der Tat nach einer Lösung. Es ist nicht so, als hätten wir

das in Rheinland-Pfalz noch nicht bemerkt, Sie wissen, wir haben eine Enquete-Kommission beschlossen. Sie wissen, dass wir uns intensiv mit den Gemeindefinanzen beschäftigen wollen. Sie wissen auch, dass der Bundeskanzler erklärt hat und sich das Bundesfinanzministerium und das Wirtschaftsministerium darin einig sind, dass die Frage der Gewerbesteuer in der nächsten Legislaturperiode angegangen werden muss und das Strukturproblem der Gewerbesteuer, dass einzelne Kommunen von einem Steuerzahler maßgeblich abhängig sind, wie zum Beispiel Ludwigshafen, das ein Paradebeispiel für ganz Deutschland ist, gelöst werden muss. Wir sind natürlich Ihrer Meinung. Aber hören Sie doch bitte mit Legendenbildungen auf. Wenn Sie genau nachrechnen, wissen Sie natürlich auch, dass viele Veränderungen bei manchen Kommunen auch zu Vorteilen geführt haben.

Herr Mertes hat gestern darauf hingewiesen, es gibt nicht die Finanzlage rheinland-pfälzischer Kommunen. Es gibt eine sehr unterschiedliche Finanzlage rheinland-pfälzischer Kommunen. In den letzten Tagen mussten wir dies auch bitter bei der Diskussion um das neue Unternehmensteuerreformgesetz feststellen, bei der man uns vorgerechnet hat, dass die Kommunen dabei insgesamt einen guten Schnitt machen. Wir wissen aber, dass Kommunen in unserem Land unmittelbar negativ betroffen sind. Das schmerzt uns sehr. Deswegen sind wir der Meinung, dass dieses Problem gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, die unsere Meinung teilen, grundsätzlich angegangen werden muss. Dies bedeutet, dass das System der Gewerbesteuer überdacht werden muss. Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

So zu tun, als seien wirtschaftspolitisch vernünftige und sozialpolitisch notwendige Steuergesetzgebungen in den letzten Jahren schuld an diesen konjunkturellen Änderungen, ist einfach die Unwahrheit. Sie sollten Herrn Stoiber in dem Bereich vielleicht etwas weniger als anderen glauben.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem, was wir heute schon gehört haben und was wir auch gestern insbesondere vom Ministerpräsidenten gehört haben, kann man den Eindruck gewinnen, die rheinland-pfälzischen Kommunen sind von Freunden umzingelt. Aber dieser Bekenntnisrhetorik, die wir hören, fehlen die Taten, die folgen. Man kann hinzufügen, wenn man von solchen Freunden umzingelt ist, dann braucht man wirklich keine Feinde mehr.

Wenn ich mir die Diskussion um die Gewerbesteuer ansehe, dann muss ich zunächst einmal feststellen,

dass die Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Form und in der jetzigen Situation – das ist wichtig –, die nicht aktuell so ist, sondern die schon länger anhält, nicht die geeignete Form ist, die Finanzprobleme der Gemeinden zu lösen. In diesem Bereich sehe ich Vorstöße von CDU und CSU auf Bundesebene als einen gewissen Fortschritt an, nämlich in der Hinsicht, dass man nun nicht mehr die einfache Abschaffung der Gewerbesteuer fordert, bevor man entsprechende Alternativen hat.

Es ist sicherlich richtig, dass wir solche Alternativen brauchen, aber fokussieren wir nicht nur auf die Gewerbesteuer, sondern wir brauchen eine umfassende Reform der Gemeindefinanzen. Das ist häufig wiederholt worden. Es ist aber so. Die Situation der Gemeinden wird nicht allein durch die Diskussion, die wir führen, besser.

Auf Bundesebene ist deshalb die Einberufung einer Kommission auf das nächste Jahr vorgezogen worden, die entsprechende Vorarbeiten leisten soll. Ich sage Ihnen, an diese Diskussion muss man ohne Tabus herangehen.

Man kann über eine neue Ausgestaltung der Gewerbesteuer diskutieren. Man kann darüber reden, ob man die Bemessungsgrundlage erweitert. Es muss endlich möglich sein, dass sich die Einnahmen der Gemeinden verfestigen, dass sie kalkulierbarer werden.

Man kann auch darüber diskutieren, ob man einen Hebesatz auf die Körperschaft- oder Einkommensteuer zur Finanzierung der Gemeinden erhebt. Über all das kann man diskutieren. Über viele andere Dinge auch. Man muss es aber seriös machen.

Ich denke, dass wir das in der Enquete-Kommission dieses Parlamentes machen werden. Ich muss Ihnen aber sagen, was diese Landesregierung und diese Koalition bis dahin vorhaben und was sie bis dahin schon hinter sich haben, läuft darauf hinaus, dass man die Gemeinden zuerst einmal erdrosselt und dann mit Ihnen diskutiert, wie man sie retten kann. So kann es natürlich nicht gehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies bedeutet bei jeder Diskussion um die Gemeindefinanzen, wenn sie seriös und tabufrei geführt wird, zunächst einmal, dass auch der Gesetzgeber des Landes den Gemeinden nicht noch länger in die Taschen greift und sie weiter ausplündert.

(Kuhn, FDP: Diese fürchterlichen Bilder!)

– Herr Kuhn, bei dem, was Sie oder der Ministerpräsident zu diesem Thema sagen, bei dieser Bekenntnisrhetorik, fühlt man sich wie jemand, dem ein Taschendieb zuflüstert: Ich stehe an deiner Seite. – So fühlt man sich da.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Problem. Sie ziehen den Kommunen das Geld aus der Tasche und sagen: Wir stehen auf eurer Seite. – Da würde mir angst und bange werden.

Sie sollten den Kommunen das Geld nicht weiter aus der Tasche ziehen und die Diskussion seriös führen. Zum Zweiten sollten Sie keine Experimente machen. Sie erzählen dann solche Geschichten wie die mit der Bugwelle, was in der Öffentlichkeit sehr schwer zu erklären ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, die Bugwelle beseitigen Sie auf eine Art und Weise, die die Kommunen nach aktuellen Zinssätzen in Rheinland-Pfalz pro Jahr 20 Millionen DM mehr kosten würde. Dies passiert allein durch die Umwandlung der Kredite.

(Hartloff, SPD: Es gibt eine haushaltsrechtliche Möglichkeit, von der man Gebrauch machen kann, aber nicht Gebrauch machen muss! – Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

– Das sind Tricks. Hören Sie doch endlich mit Ihren Tricks auf. Ich frage Sie, wenn Sie das richtig fortführen wollen, warum Sie nicht gleich die Trennung von Verwaltungs- und Vermögenshaushalten in den Gemeinden aufheben. Das wäre zumindest offener und ehrlicher, als hier solche Spielchen zu veranstalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie wirklich eine seriöse Diskussion führen wollen, dann machen Sie konkrete Vorschläge. Lassen Sie endlich diese Bekenntnisrythik weg. Die können Sie sich sparen.

(Hartloff, SPD: Also wir sprechen eigentlich zu Ausfällen bei der Gewerbesteuer, zumindest die anderen!)

– Ja. Ich wehre mich aber dagegen, die Diskussion einfach auf dieses Thema zu verengen. Das würde Ihnen so passen. Das tun wir nicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Wenn man sich ein Thema stellt, muss man auch zu dem Thema etwas sagen! – Zuruf von Ministerpräsident Beck)

Versuchen Sie, eine fundierte Diskussion zu führen.

(Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, es hilft dann nicht, die Diskussion auf ein Thema zu verengen. Das würde Ihnen so passen. Ich mache das nicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Vor allem, wenn man nichts davon versteht!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich den Kollegen Marz reden höre, weiß ich nicht, wo ich bin. Es gab hier einmal den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU, Theo Magin, der mir einmal erklärte, was ein Autist ist. Er hat auf pfälzisch gesagt: Er läuft immer neben der Musik her. – Genau das trifft das, was die GRÜNEN hier machen. Sie haben sich Ihr eigenes Weltbild geschaffen. Dies denke ich, wenn ich so einen Schwachsinn höre. Die Bugwellenproblematik würde dazu führen, das dann, wenn man die Möglichkeit dazu eröffnen würde, die Kommunen mehr Zinsen zahlen müssten. Wer zwingt denn die Kommunen zur Umfinanzierung? Kein Mensch zwingt die Kommunen zur Umfinanzierung. Wenn der Zinssatz am „langen Ende“ wieder günstiger ist, dann soll die Möglichkeit eröffnet werden.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Sachlage zwingt die Kommunen!)

Wenn der Zinssatz am „kurzen Ende“ günstiger ist, wenn die kurzfristigen Zinsen also niedriger sind, braucht kein Mensch umzufinanzieren.

Herr Kollege Hörter, ich habe Ihre Veranstaltung, die Sie hier machen, nicht verstanden. Herr Kollege Bracht hat sich gleich zu Wort gemeldet. Bei der CDU ist es meiner Erinnerung nach so, dass sie seit Jahren für die Abschaffung der Gewerbesteuer ist. Nun sind wir auf dem Weg dorthin. Wir haben die Gewerbesteuer abgeschafft. Wir haben Freibeträge eingeführt. Nun beklagen wir uns, dass das, was wir wollen, eingetreten ist, nämlich weniger Gewerbesteuererinnahmen. Das kann ich überhaupt nicht verstehen. Herr Kollege Hörter, deswegen habe ich diese Diskussion auch gar nicht verstanden. Aber Sie haben eben versucht, es uns zu erklären.

Meine Damen und Herren, ich habe eine Kleine Anfrage am 11. Oktober 2001 gestellt – Drucksache 14/347 –. Ich habe gefragt, wie sich das Gewerbesteueraufkommen verändert hat. Der Finanzminister hat darauf geantwortet. Ich will auf die Zahlen nicht eingehen. Das ist nachzulesen. Wahrscheinlich werden Antworten auf Kleine Anfragen nicht so gelesen. Für mich war die Aussage überraschend, dass ein erheblicher Teil der Steuerausfälle auf einmalige Teilwertabschreibungen von Beteiligungen zurückzuführen seien. Herr Minister, dies zeigt, dass die Wirtschaft reagiert, wenn man Steuergesetze ändert. Das heißt nichts anderes, in diesem Jahr besteht noch die Möglichkeit, Beteiligungen abzuwerten, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Die Unternehmen sparen Steuern, haben dann einen niedrigen Beteiligungsbuchwert. Wie wir wissen, sind die Veräußerungsgewinne steuerfrei. Bei niedrigeren Beteiligungsbuchwerten sind sie dann höher und werden auch noch steuerfrei gestellt.

Ich sage das immer wieder. In der Steuergesetzgebung muss man sehr aufpassen, was man tut und welche Auswirkungen das hat. Nach meiner Erfahrung wissen die Steuerabteilungen, was läuft. Bevor das Gesetz in Kraft getreten ist, hat man sein Verhalten mit entsprechenden Auswirkungen darauf eingestellt. Man muss fairerweise sagen, Teilwertabschreibungen auf Beteili-

gungen werden ab dem nächsten Jahr nicht mehr möglich sein. Wenn die Veräußerungsgewinne steuerfrei sind, sind Teilwertabschreibungen nicht mehr möglich. Das sind deshalb einmalige Effekte. Sie treffen jetzt die Kommunen.

Es gibt Kommunen, die bei großen Unternehmen Beteiligungen haben, die, wenn diese sie abwerten, deshalb entsprechend weniger Gewerbesteuer erhalten. Ob die Betriebsprüfung ein paar Jahre später das anerkennt, ist eine andere Frage. Sie können dann vielleicht ein paar Mark bekommen, weil in Zukunft Teilwertabschreibungen, die gebildet wurden und nicht anerkannt werden, mit 6 % zu verzinsen sind. Das nutzt den Kommunen im Moment relativ wenig.

Es ist richtig, dass wir eine Gemeindefinanzreform brauchen. Da gibt es Übereinstimmung, Herr Kollege Marz. Da besteht kein Zweifel. Die Gewerbesteuer ist heute nur noch eine Gewerbeertragsteuer und zu sehr konjunkturabhängig. Die Gewerkekapitalsteuer gibt es nicht mehr. Das war das, was die Unternehmen immer zahlen mussten, und zwar ganz gleich, wie hoch die Erträge waren. Wenn die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen und Stetigkeit fordern, brauchen wir dringend eine Gemeindefinanzreform. Diese ist überfällig.

Die FDP-Fraktion ist deshalb seit langem der Ansicht, dass die Gewerbesteuer keine verlässliche Grundlage mehr für die Kommunalfinanzen bildet. Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um den kommunalen Finanzausgleich stellt sich doch die Frage nach einer grundlegenden Reform des Gemeindefinanzsystems. Das hängt mit dem Finanzausgleich zusammen, der von Bundes- auf Landesebene und von der Landesebene zu den Kommunen geht. Wir können nicht an den Symptomen herumdoktern. Wir müssen neue Grundlagen schaffen.

Die FDP-Fraktion hat der Öffentlichkeit in der letzten Woche bereits ein Positionspapier vorgestellt, in dem umfassende Prüfaufträge formuliert werden. Unseres Erachtens muss über die Neuordnung des Gemeindesteuersystems im Zusammenhang mit einer umfassenden Steuerreform und deutlicher Steuersenkung für die Bürger nachgedacht werden.

(Glocke des Präsidenten)

Wir wissen, dies ist im Moment nicht möglich. In der zweiten Runde mache ich noch ein paar Ausführungen dazu.

Danke.

(Beifall der FDP und bei der SPD –
Zurufe der Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Dr. Göltner, CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Kollegen Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bleiben dabei. Die teilweise dramatischen Einbrüche bei der Gewerbesteuer und die Unberechenbarkeit der Gewerbesteuer hat die Bundesregierung gestützt durch diese Landesregierung mit ihrer verfehlten Wirtschafts- und Steuerpolitik zu verantworten.

(Ramsauer, SPD: Sie wissen genau,
dass das falsch ist!)

– Lassen Sie mich ausführen, Herr Ramsauer.

Sie haben teilweise Recht, dass das nicht alles in diesem Jahr wirksam wird. Es wird dieses Jahr aber an manchen Stellen wirksam. Im nächsten Jahr und in den folgenden Jahren kommt das andere noch dazu. Das verschlimmert die Sache. Ich will Ihnen die Gründe nennen. Die Steuerreform gehört zu den Ursachen. Die dort eröffneten Schlupflöcher gehören dazu, die Tatsache, dass Gewinne leichter ins Ausland verschoben werden können, die zeitliche Verlagerung von Gewinnen und Verlusten wird erleichtert. Das führt zu den Ergebnissen, die wir heute sehen und in den kommenden Jahren verstärkt sehen werden.

Die Gewerbesteuerumlage ist zu nennen. Die Bundesregierung hat diese Gewerbesteuerumlage deutlich angehoben. Die Begründung der Anhebung war, die Gemeinden sollten auch von den Gegenfinanzierungsmaßnahmen profitieren. Aber diese Gegenfinanzierungsmaßnahmen, zu denen insbesondere auch eine geplante Verschärfung der Abschreibungsbedingungen für Unternehmen gehört, wurden zu einem wesentlichen Teil überhaupt nicht umgesetzt.

Mit ihrer verfehlten und zögerlichen Steuerpolitik trägt die Bundesregierung gestützt durch diese Landesregierung entscheidend Verantwortung für den schwachen Konjunkturverlauf, dessen Folgen gerade die Kommunen treffen. Die Unternehmensteuerreform der Bundesregierung begünstigt einseitig die großen Konzerne zulasten des Mittelstands, der in Deutschland der Motor von Wachstum und Beschäftigung ist. Hinzu kommen Belastungen der Kommunen aus der so genannten Ökosteuer. Entgegen allen Ankündigungen in der Koalitionsvereinbarung hat die Bundesregierung bisher nicht damit begonnen bzw. nichts getan, um die Gemeindefinanzen zu verbessern und die kommunale Finanzkraft zu stärken.

Das Gleiche gilt auch für die Ankündigung der Landesregierung. 2002 wird es noch schlimmer. Kapitalgesellschaften müssen dann für Dividenden keine Gewerbesteuer zahlen. Dies hat die Bundesregierung gegen den erbitterten Widerstand der Union durchgesetzt.

(Glocke des Präsidenten)

Ich finde, das alles sind Argumente, die Sie bewegen müssten, endlich nicht mehr nur zuzuschauen, sondern aktiv zu werden. Unseren Antrag auf Senkung der Gewerbesteuerumlage sollten Sie nachhaltig und kurzfristig unterstützen. Sie müssen initiativ werden, damit es zu einer Gemeindefinanzreform kommt, wie Herr

Creutzmann sagt. Das muss sehr kurzfristig geschehen, damit sich die Gemeinden auf verlässliche Fakten berufen können und sie nicht mit ständig schwankenden Fakten auskommen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ramsauer das Wort.

Abg. Ramsauer, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage es noch einmal. Auch durch ständige Wiederholungen werden bestimmte Dinge nicht wahr. Bezüglich der Gewerbesteuerumlage wissen Sie sehr genau, dass die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage den Kommunen weniger Belastung bringt als der Gesamtheit der Steuereinnahmer. Insofern ist das zwar für die Kommunen natürlich nicht angenehm, aber es ist im System der gesamten Steuerverteilung nicht einmal ganz konsequent, sondern es ist für die Kommunen milder formuliert.

Ich denke, in Anbetracht der Haushaltsprobleme von Bund, Ländern und Gemeinden hat es keinen Zweck, an bestimmten Symptomen herumzudoktern. Ich unterstütze voll die Forderung, dass eine Gemeindefinanzreform vernünftig formuliert werden muss. Ich wiederhole noch einmal, deswegen wollen wir die Enquete-Kommission, deswegen unterstützen wir auch die Aussagen der Bundesregierung, dass eine Gemeindefinanzreform für die nächste Legislaturperiode ansteht.

Herr Kollege Bracht, ich glaube, Sie haben Ihre Rede vorgestern gemacht und nicht gelesen, was sich vorgestern nach dem Vermittlungsausschuss abgespielt hat; denn so schmerzhaft der Kompromiss im Vermittlungsausschuss für das neue Unternehmensteuerfortschreibungsgesetz für Ludwigshafen ist, eines hat es jedoch gebracht, nämlich dass der Mittelstand richtig und seinen Problemen gemäß berücksichtigt wird. Es wäre fair gewesen, wenn Sie das angedeutet hätten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Jullien, CDU: Sagen Sie doch einmal
etwas zu dem Gesetz! –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Herr Kollege Marz, es wäre auch fair gewesen, wenn Sie sich mit der Problematik dieser Aktuellen Stunde befasst hätten und nicht allgemein mit der Finanzlage der Kommunen. Das haben Sie gestern schon dreimal dargestellt, was Sie hier glaubten, uns noch einmal unterschieben zu müssen. Dieses Land Rheinland-Pfalz hat für die Kommunen auch in finanzpolitischer Hinsicht vieles getan. Dieses Land ist kommunalfreundlicher als viele andere.

(Jullien, CDU: Das glauben Sie!)

Wenn es Haushaltsprobleme auf allen Ebenen gibt, können wir dabei die Kommunen leider nicht als Einzige verschonen.

(Glocke des Präsidenten)

Deshalb erlauben Sie mir noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Modernisierung des kommunalen Finanzausgleichs auch langfristig den Kommunen nutzt, auch wenn es im Augenblick in Anbetracht der bei kreisfreien Städten zurückgehenden Gewerbesteuerereinnahmen als sehr schmerzhaft empfunden wird.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Sie haben immer beklagt, dass die Bundesregierung den Mittelstand, die Personengesellschaften benachteiligt hat.

(Jullien, CDU: Mit Recht!)

Dann hat der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Gewerbesteuer bei den Personengesellschaften für die Einkommensteuer anrechenbar ist. Sie hat einen bestimmten Betrag festgelegt, den die Kommunen dann wieder angerechnet bekommen. Das kann natürlich auch hier dazu führen, dass die Kommunen geringere Gewerbesteuern erhalten.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Ich wollte noch eine Anmerkung im Hinblick darauf machen, dass wir unbedingt, was zweifelsohne richtig ist, eine Gemeindefinanzreform brauchen. Diese ist dringender denn je erforderlich. Wenn es uns nicht gelingt, eine Verstärkung der Einnahmen bei den Kommunen zu erreichen, dann haben diese keine Planungssicherheit, können nicht investieren und, was genauso wichtig ist, können im Moment ihre Aufgaben nicht erfüllen. Deswegen halten wir dies für dringlich.

Danke.

(Beifall der FDP und bei der SPD –
Bracht, CDU: Was tut die Landes-
regierung dafür?)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Staatsminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sollte doch möglich sein, dass man sich über ein paar Fakten verständigt.

Drei und Drei ist sechs.

(Hörter, CDU: Einverstanden!)

Zwei und zwei ist vier.

(Hörter, CDU: Auch einverstanden!)

Darüber braucht man nicht zu streiten. Wir können darüber streiten, dass es vielleicht schöner wäre, dass es statt vier besser 4,2 oder 3,8 sein könnten. Aber dass es so ist, darüber brauchen wir nicht zu streiten.

Herr Hörter, wenn jemand von einer Sache nichts versteht und dann darüber spricht, dann kommt das heraus, was Sie hier gesagt haben.

(Jullien, CDU: Was Herr Ramsauer gesagt hat!)

Das hat mit der Sache überhaupt nichts zu tun. Die Gewerbesteuererinnahme des Jahres 2001 hat mit der Steuerreform des vergangenen Jahres null zu tun.

(Beifall des Abg. Raumsauer, SPD)

Herr Ramsauer hat Recht. Aber es ist richtig, dass wir in diesem Jahr einen Einbruch bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen haben. Was könnte die Ursache sein? – Wir haben uns in der Finanzministerkonferenz mehrmals darüber unterhalten. Die eine Ursache gibt es nicht. Es sind wahrscheinlich vielerlei Einflüsse, die dort zur Geltung kommen. Als wichtigste kann man nennen: Wir befinden uns zurzeit in der Veranlagung des Jahres 1999, das gewinnschwach gewesen ist. Dies führt bei den Vorauszahlungen zu Anpassungen nach unten. Hinzu kommt, dass bei der derzeitigen konjunkturellen Schwäche auch die Unternehmen, bei denen aufgrund des Jahres 1999 noch üppige Vorauszahlungen verlangt waren, nunmehr eine Anpassung nach unten geltend gemacht haben.

Es gibt gewiss viele Elemente, die zusammenkommen. Aber man darf bei der Entwicklung der Gewerbesteuer nicht außen vor lassen, dass in den vergangenen Jahren, seit etwa zehn Jahren, ständig und kontinuierlich das Gewerbesteuerrecht in mancherlei Hinsicht mit der Erhöhung von Freibeträgen, mit der Korrektur bei Hinzurechnungen, nicht zuletzt durch den Wegfall der Gewerkekapi talsteuer ab dem Jahr 1998 verändert worden ist. Vor allen Dingen bitte ich, bei der Bewertung der Entwicklungslinie der Steuereinnahmen nicht zu übersehen und nicht außen vor zu lassen, dass seit 1998 die Kommunen für die weggefallene Gewerkekapi talsteuer mit 2,2 Prozentpunkten an der Umsatzsteuer beteiligt sind. Wenn man dies mit einbezieht, dann sieht die Entwicklungslinie der Gewerbesteuererinnahmen einschließlich ihres Anteils an der Umsatzsteuer seit 1990 so aus, dass sie zum Teil sogar sprunghaft angestiegen ist, in diesem Jahr leicht abfällt und im nächsten Jahr nach

dem Arbeitskreis Steuerschätzung wieder ansteigt. Insgesamt ist die Gewerbesteuererinnahme in diesem Zeitraum unter Einbeziehung der Umsatzsteuer um 37 % angestiegen.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Das liegt etwa genau in der Entwicklungslinie der gesamten Steuereinnahmen. Aber es ist nicht zu bestreiten, dass es dort starke, konjunkturell und auch sonst bedingte Schwankungen gibt.

Nun zur Gewerbesteuerumlage: Herr Kollege Jullien hat gestern gesagt, man müsse noch in diesem Jahr in diesem Landtag die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Anhebung der Gewerbesteuerumlage, die seit 2001 wirksam ist, korrigiert werde.

(Jullien, CDU: Natürlich!)

Meine Damen und Herren, wir haben es mit Bundesrecht zu tun. Wie sollen wir hier eine Rechtsänderung veranlassen, die noch in diesem Jahr wirksam wird?

(Jullien, CDU: Bundesratsinitiative!)

Das haben wir überhaupt nicht in der Hand. Das ist Bundesrecht. Insoweit war die gestrige Debatte vielleicht ein schöner Lernprozess.

(Jullien, CDU: Ein Lernprozess? – Das war eine Aufforderung an die Landesregierung!)

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass die Kommunen in diesem Jahr ein großes Problem haben. Aber doch nicht nur die Kommunen, sondern auch das Land.

(Anheuser, CDU: Die Landkreise!)

Ich will Ihnen nur einige Zahlen nennen, Stand 30. November dieses Jahres: Im Vergleich zum Vorjahr ist bei uns im Land der Landesanteil an der Körperschaftsteuer um 79 % gesunken.

(Dr. Altherr, CDU: Das liegt an der Regierung!)

Natürlich ist, weil das insoweit eine kommunizierende Röhre ist, das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer angestiegen, sodass wir es per Saldo mit einem Einnahmeneinbruch in der Größenordnung von 33 % zu tun haben oder, in absoluten Beträgen ausgedrückt, allein 687 Millionen DM weniger Einnahmen Landesanteil in den ersten elf Monaten dieses Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum haben.

(Billen, CDU: Aber einen Nachtragshaushalt brauchen wir dafür keinen!)

– Machen Sie sich mit solchen Zwischenrufen ruhig weiter lächerlich.

Meine Damen und Herren, was die prognostizierte Gewerbesteuererinnahme für 2001 und auch für 2002 im Zusammenhang mit der regionalisierten Steuerschät-

zung angeht, bin ich davon überzeugt, dass die Prognose für die rheinland-pfälzischen Kommunen unterzeichnet ist, dass die tatsächliche Entwicklung besser sein wird als die Vorhersage, weil der Prognose die Ist-Einnahmen des ersten Halbjahrs 2001 zugrunde liegen, wir es aber in Rheinland-Pfalz im dritten Quartal mit einer zum Bundesdurchschnitt dramatisch gegenläufigen Entwicklung zu tun haben. Im dritten Quartal haben wir bundesweit bei der Gewerbesteuer einen Einbruch von gut 16 %, während wir in Rheinland-Pfalz einen Anstieg um gut 8 % hatten.

Deswegen sage ich, auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Veränderung der Gewerbesteuerumlage, man kann eine kurzfristige, eine unterjährige Entwicklung gar nicht zum Maßstab politischer Entscheidungen machen.

Meine Damen und Herren, deswegen will ich gern noch eine Anmerkung zu dem Vermittlungsergebnis der vorletzten Nacht machen.

Herr Bracht, irgendwann müssen Sie sich entscheiden, ob Sie eine zu zaghafte Steuerreform beklagen oder die Folgen, die sich daraus ergeben. Irgendwann muss man sich entscheiden.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Ja, davon spreche ich.

Zu dem, was jetzt gemacht worden ist, dazu hatte der Bundestag, übrigens auch der Bundesrat, bereits bei der Verabschiedung der Unternehmensteuerreform im vergangenen Jahr die Bundesregierung beauftragt, bis zum 31. März dieses Jahres einen Erfahrungsbericht und einen Einschätzungsbericht vorzulegen.

Er hat vorgelegen, und daraus sind jetzt die richtigen Konsequenzen gezogen worden. Ich bleibe dabei, dass das, was in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch im Vermittlungsausschuss beschlossen worden ist, für die mittelständische Wirtschaft der Durchbruch ist. Die einzige Unebenheit, die es bei der Unternehmensteuerreform noch zulasten der Personengesellschaften und zugunsten der Kapitalgesellschaften gegeben hat, ist nunmehr bereinigt.

Meine letzte Anmerkung in diesem Zusammenhang: Ich stimme zu – darauf habe ich auch bei der Einbringung des Haushalts vorgestern hingewiesen –, dass wir eine Gemeindefinanzreform brauchen, die möglichst weit in die Zukunft hinein trägt, so wie es mit der letzten großen Reform im Jahr 1969 gewesen ist. Das war das letzte große Reformwerk der großen Koalition in Bonn. Deshalb benötigen wir diese Reform.

Allerdings muss ich eine Mahnung dazu aussprechen. Wir haben heute ein Gewerbesteueraufkommen in der Größenordnung von rund 50 Milliarden DM; es ist etwas mehr, aber in dieser Größenordnung bewegen wir uns. Wer die Abschaffung der Gewerbesteuer fordert, obwohl sie für die Personengesellschaften und Einzelunternehmen durch die Verrechnungsmöglichkeit, die geschaffen worden ist, faktisch bereits abgeschafft worden ist, je-

denfalls als Belastung der Betriebe – zum Teil wird das auch überkompensiert –, muss natürlich sagen, an welcher Stelle er die Kompensation schaffen will.

Wenn man es an der Umsatzsteuer festmachen will, würden das drei Punkte Umsatzsteuer bedeuten. Ich nenne die Größenordnung, um deutlich zu machen, vor welchem Problem wir stehen, damit wir bei der Diskussion die Maßstäbe nicht aus den Augen verlieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei dem, was der Herr Finanzminister vorhin in seiner Rede gesagt hat, ist mir deutlich geworden, was Herr Kollege Ramsauer meinte, als er gesagt hat, dieses Land habe den Kommunen finanzpolitisch vieles zu bieten. Das Land hat den Kommunen in der Tat viel zu bieten.

Angesichts der Tatsache, dass es vielen Kommunen in Rheinland-Pfalz sehr schlecht geht, sagt der Finanzminister: Alles wird gut. – Darüber hinaus hat er geäußert: In diesem Jahr haben die Kommunen Probleme in Rheinland-Pfalz. – Welch eine Verharmlosung, Herr Minister. Wo leben Sie eigentlich?

Die Diskussion hat gezeigt, dass es wichtig ist, sich im Zusammenhang mit der Diskussion über die Gewerbesteuer nicht auf dieses Thema begrenzen zu lassen. Das führt auf der einen Seite zu Gejammer, auf der anderen Seite zu Ausweichmanövern und zu allgemeinen Bekenntnissen für eine Gemeindefinanzreform, wobei fast alle die Ausführungen schuldig geblieben sind, wie das konkret laufen soll.

Ich weise darauf hin, dass Veränderungen in Bezug auf die Gewerbesteuer nichts an der Finanzsituation der Gemeinden ändern.

Ein letzter Hinweis: Bei all dem, was in der Diskussion ist, was Hoffnungen in Bezug auf die Kommunen angeht, was die Änderungen bei der Gewerbesteuerumlage angeht, handelt es sich selbst bei optimistischsten Annahmen um Beträge, die noch nicht einmal das auffangen würden, was diese Landesregierung allein im nächsten Jahr den rheinland-pfälzischen Kommunen wegnehmen wird.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende dieser Aktuellen Stunde.

(Jullien, CDU: Es ist keine Redezeit mehr vorhanden!)

– Richtig, es ist keine Redezeit mehr vorhanden.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Neuorganisation der Straßen- und Verkehrsverwaltung Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/357 –
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft und Verkehr
– Drucksache 14/510 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/541 –**

Das Wort hat der Herr Berichterstatter, Herr Dr. Gölter.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Landesgesetz zur Neuorganisation der Straßen- und Verkehrsverwaltung Rheinland-Pfalz – Drucksache 14/357 – vom 16. Oktober 2001 ist nach der ersten Lesung am 17. Oktober an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und darüber hinaus an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Im federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr kam es in der Sitzung am 25. Oktober zu einer ersten Beratung, in der zwischen den Fraktionen Einvernehmen bezüglich des weiteren Vorgehens hergestellt wurde. Zu dem Einvernehmen gehörte nicht nur die Einigung auf eine Anhörung am 27. November, sondern auch die einvernehmliche Bitte aller Fraktionen, die Landesregierung möge dem federführenden Ausschuss wie den mitberatenden Ausschüssen weitere Erläuterungen zur Verfügung stellen, da der genannte Gesetzentwurf im Grunde nur den Errichtungsbeschluss eines Landesbetriebs und Rechtskonsequenzen für eine Reihe von Landesgesetzen enthält. Bezüglich der Einzelheiten der Errichtung, vor allem bezüglich der Finanzierung von Betrieb und Investitionen, sind dem Gesetzentwurf zwangsläufig keine Einzelheiten zu entnehmen.

Nachdem die Landesregierung im Ausschuss zunächst gezögert hat, weitere Unterlagen zur Verfügung zu stellen, hat sie sich dem einhelligen Petition des Ausschusses angeschlossen. Mit Datum vom 23. Oktober 2001 – Vorlage 14/339 – ist der Entwurf der Organisationsverfügung für den Landesbetrieb zur Verfügung gestellt worden und mit Datum vom 2. November 2001 – Vorlage 14/410 – ein ausführlicher Vermerk über die Konzeption und Details der Umsetzung.

Sämtliche Unterlagen – Gesetzentwurf, Entwurf der Organisationsverfügung und Darstellung der Konzeption – sind nicht nur den Abgeordneten der drei genannten Ausschüsse, sondern auch allen Sachverständigen zugeleitet worden, die zu der Anhörung am 27. November geladen waren.

Der federführende Ausschuss hat unter Mitwirkung des Haushalts- und Finanzausschusses am 27. November eine fünfstündige Anhörung durchgeführt. Die Anhörung lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Sachverständigen haben sich in der Mehrheit für die Einrichtung eines solchen Landesbetriebs ausgesprochen. Sachverständige haben, vor allem der Vertreter der KPMG und der Leiter des entsprechenden Landesbetriebs in Nordrhein-Westfalen, darauf hingewiesen, dass Umstellung und Einführung einen erheblichen Zeitraum in Anspruch nehmen und mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein werden.

Darüber hinaus ist vor allem seitens des Präsidenten des rheinland-pfälzischen Rechnungshofs der Umfang der Kreditaufnahme und die Vereinbarung mit der Landesverfassung in den Vordergrund gestellt worden.

Dank einer außergewöhnlichen Leistung des Stenographischen Dienstes, für die ich mich sowohl als Berichterstatter als auch als Ausschussvorsitzender sehr herzlich bedanke,

(Beifall im Hause)

stand das Protokoll der Anhörung am 4. Dezember zur Verfügung, sodass es unter Inkaufnahme eines erheblichen Zeitdrucks möglich war, den Gesetzentwurf in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 6. Dezember zu beraten.

Die Beratung lässt sich im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen: Die Vertreter der Koalitionsfraktionen von SPD und FDP haben den Gesetzentwurf verteidigt. Die Vertreter der CDU-Fraktion haben sich für die Einrichtung eines Landesbetriebs nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen ausgesprochen, jedoch die Übertragung der Straßen auf den Landesbetrieb und die Kreditfähigkeit des Landesbetriebs abgelehnt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat aus einer Reihe von grundsätzlichen und praktischen Bedenken ablehnend votiert.

Innerhalb der Beratungen hat der Entwurf des Wirtschaftsplans, sowohl der Erfolgsplan, als auch der Finanzplan, eine außerordentliche Rolle gespielt.

Die Landesregierung hat im Einzelnen darzulegen versucht, der in der Anhörung erhobene Vorwurf vor allem seitens des Rechnungshofspräsidenten, die Kreditaufnahme sei größer als der Umfang der Investitionen, treffe so nicht zu.

Der Vollständigkeit halber möchte ich darauf hinweisen, dass diese Frage auch in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am gleichen Tag, am 6. Dezember, eine zentrale Rolle gespielt hat. Die grundsätzlich wichtige Frage des Verhältnisses von Kreditaufnahme und Investition sollte vor der zweiten

und dritten Lesung im Plenum durch eine Unterrichtung aller Mitglieder des federführenden Ausschusses und der mitberatenden Ausschüsse geklärt werden.

Laut Protokoll der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 6. Dezember hat Minister Bauckhage eine schriftliche Erläuterung des Wirtschaftsplans des Landesbetriebs im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit zugesagt, insbesondere in Bezug auf den Mittelabfluss im Investitionsbereich, die Nettokreditaufnahme und die Erträge.

Meine Damen und Herren, eine solche Erläuterung ist mit der Vorlage 14/601 erfolgt. Aus Gründen der Vollständigkeit halte ich fest, dass diese Vorlage 14/601 nur in Teilen die Zusage der Landesregierung erfüllt hat. Hier sind ausschließlich die Investitionen aufgeführt. Zu allen anderen zugesagten Punkten ist eine Unterrichtung des Ausschusses nicht erfolgt.

Ich bedauere das als Berichterstatter wie als Vorsitzender. Ich bin – wie die Oppositionsfraktionen; ich bin dafür nicht nur gelobt worden – der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen in der Beratung in einem ungewöhnlichen Maß entgegengekommen. Ich bedauere, dass vor diesem Hintergrund die Bereitschaft, das durch eine weitere Information zu beantworten, nicht gegeben war.

Insgesamt ist es so, dass die Bruttoinvestitionen unter Einrechnung aller Planungskosten und Anschaffungen usw. höher als die Ermächtigung zur Kreditaufnahme, aber die eigenfinanzierten Investitionen wesentlich geringer als die Kreditaufnahme sind.

Schlussbemerkung: Der federführende Ausschuss hat dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Regierungsfractionen der SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

(Beifall der CDU, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünfzehn Minuten vereinbart.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Walter Wirz das Wort.

Abg. Wirz, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, der einen neuen wesentlichen Einschnitt für die Landesverwaltung bringt, wird dem Parlament extrem kurzfristig vorgelegt und soll, da er bereits am 1. Januar 2002 in Kraft treten soll, heute im Hauruck-Verfahren durchgepeitscht werden.

(Mertes, SPD: Was ist denn bei
Ihnen langsam?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, das ist so, wenn Sie sich einmal die Zeitabläufe vor Augen halten.

Meine Damen und Herren, von uns wird es nicht akzeptiert, weil dies wegen der schwerwiegenden Materie nicht angemessen ist.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU steht jeder plausiblen Bemühung um mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Landesverwaltung offen und positiv gegenüber. Die Errichtung eines Landesbetriebs für die Bereiche der Landesverwaltung, die Investitionen tätigen und entsprechende Planungs- und Managementleistungen erbringen, ist grundsätzlich eine Möglichkeit, wirtschaftliches und kaufmännisches Denken zu verankern und zu vertiefen.

Wir begrüßen daher grundsätzlich die Einrichtung eines Landesbetriebs für Planung, Bau und Unterhaltung der Straßen in Rheinland-Pfalz. Wir lehnen aber die Errichtung eines solchen Landesbetriebs in der jetzt von der Landesregierung und der Koalition vorgesehenen Form ab. Wir haben konkrete Änderungsanträge eingebracht, deren Annahme unsere Bedingung für eine Zustimmung zur Errichtung eines Landesbetriebs für Straßen und Verkehr ist. Wir haben über die Kritik an der Form und den damit verbundenen Zeitdruck hinaus weitere Einwände.

Meine Damen und Herren, es fehlt bis heute die nach dem Haushaltsrecht erforderliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Nachweis tatsächlicher Effizienzgewinne und eine notwendige Gesetzesfolgenabschätzung.

(Beifall der CDU)

Wir lehnen die Übertragung des Eigentums an den Landesbetrieb und die beabsichtigte Kreditfähigkeit ab. Die Finanzierung des Landesbetriebs sollte unseres Erachtens ausschließlich durch den Landeshaushalt erfolgen.

Wir fordern zudem zur besseren parlamentarischen Kontrolle die Einsetzung eines Unterausschusses des Haushalts- und Finanzausschusses. Die Straßenverwaltung erbringt auch Leistungen für den Bau und die Unterhaltung der Kreisstraßen.

Meine Damen und Herren, natürlich entstehen dafür Kosten. Sie, Herr Minister, nehmen die Gründung des Landesbetriebs zum Anlass, eine alte Vereinbarung mit den Gemeinden zu brechen. Als seinerzeit zahlreiche Straßen und Wege in den ländlichen Räumen zu Kreisstraßen aufgestuft wurden, erhielten die Landkreise die Zusage, dass die Planungskosten weiterhin vom Land getragen würden. Jetzt brechen Sie diese Vereinbarung genauso wie viele andere, zum Beispiel für die Bezahlung der Gesundheitsämter, die Einbeziehung der Schulbaumittel in den Finanzausgleich, beim Entzug der Grunderwerbsteuer usw.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie machen Ihre angebliche Verwaltungsmodernisierung zum Vehikel Ihres Raubzugs durch die Kommunen und zum Ausputzer Ihres kaputten Landeshaushalts.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das – auch wenn Sie das nicht gern hören – hat mit Wirtschaftlichkeit der Straßenverwaltung nichts zu tun.

(Billen, CDU: So ist es!)

Selbstverständlich muss der Betrieb die Kosten für die Planung der Kreisstraßen erstattet bekommen. Dafür muss man nicht Vereinbarungen mit den Gemeinden brechen. Ebenso erbringt die Straßenbauverwaltung Leistungen für die Bundesfernstraßen. Will die Landesregierung dafür mehr Geld eintreiben, und worauf gründet sich die Hoffnung, dass der Bund hier mitspielt? Unsere Erfahrungen – egal welcher Bundesregierung, das ist immer wieder gesagt worden – sind anders.

(Schwarz, SPD: Den Eindruck hat die Landesregierung im Ausschuss nicht erweckt!)

– Nein, das hat sie nicht. Die Mittel müssen irgendwo herkommen, Herr Kollege Schwarz.

Die Mobilitätsmilliarde, um auch dazu etwas zu sagen, ist die Folgerung aus Versäumnissen dieser Landesregierung in den letzten zehn Jahren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie haben die Investitionsmittel für die Landesstraßen mehr als halbiert und diese Verkehrswege regelrecht verkommen lassen. Glauben Sie, Sie können dem Zwang, klare politische und haushalterische Prioritäten zu setzen, mit dieser Verwaltungsreform entgehen? Was Sie hier vorhaben, bedarf unseres Erachtens einer sorgfältigeren Beratung, bei der die Landesregierung weit mehr Offenheit und Auskunftsbereitschaft zeigen muss, als wir es bisher erfahren durften.

Sie verfolgen – auch das will ich ganz offen sagen – mit einer an sich im Kern diskussionsfähigen Idee so viel zusätzliche weniger sympathische Ziele, dass die Frage ist, was Ihnen wichtiger ist, eine moderne Verwaltung oder aber auch Posten- und Haushaltstricks und eine große Schau mit nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal betonen, was der Kollege Jullien schon richtig gestellt hat.

(Pörksen, SPD: Es lohnt sich nicht, Ihnen zuzuhören!)

Wir halten die Umwandlung der Straßenbauverwaltung in einen Landesbetrieb im Ansatz für den richtigen Weg. Der Finanzminister hätte sich – er ist leider nicht anwesend – vorgestern seine reichlich langatmigen Ausführungen über den Segen der kaufmännischen Buchführung

ersparen können. Er kam mir dabei vor wie ein Blinder, der verzweifelt weit geöffnete Türen öffnen will.

Meine Damen und Herren, mehr als peinlich wurde auch die Vorstellung des Finanzministers, als er das Fehlen der kaufmännischen Buchführung beim Straßenbau für den Investitionsstau aus zehn Jahren verantwortlich machen wollte, als hätte diese Landesregierung nicht gewusst, wie kaputt die Straßen geworden sind. Sie haben doch selbst zweimal Gutachten bestellt, aus denen Ihnen die unmissverständliche Botschaft entgegenklang: Wir brauchen jedes Jahr 200 Millionen DM, um den Bestand der Landesstraßen verkehrssicher zu halten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie haben sehenden Auges in zehn Jahren die Verkehrssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geschädigt.

Jetzt machen Sie hier die große Schau, mit Modernisierung und Mobilitätsmilliarden, um Ihr eigenes Versagen zu übertünchen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist auch schon mehrfach gesagt worden, und ich möchte das auch noch einmal unterstreichen. Beim LBB haben wir als Erste gefordert, einen Landesbetrieb zu errichten. Wir waren aber beim LBB dagegen, eine privatrechtliche Gesellschaft zu gründen, die das Hochbauvermögen des Landes bekommt, mit Krediten belastet und dann als Unternehmen im Staatsbesitz als Konkurrenz Privater auf den Markt geht. Dagegen waren wir.

(Mertes, SPD: Ihnen glaube ich das gern!)

– Das ist so. Das können Sie auch nachlesen, Herr Kollege Mertes.

Genauso ist es ein Irrweg, dem Landesbetrieb LSV die Landesstraßen zum Eigentum zu machen, um dann Fantasiepachtpreise aus dem Landeshaushalt zu zahlen, für die es keine nachvollziehbare Berechnung gibt, außer der, dass von vornherein ein bestimmter Betrag herauskommen muss, damit die Kasse stimmt. Es reicht doch völlig, wenn der Landesbetrieb den Investitionsbedarf zur Erhaltung verkehrssicherer Straßen sauber ermittelt, präzise nachvollziehbare Kostenkalkulationen vorlegt und dann die Aufträge mit dem Land spitz abgerechnet werden einschließlich Planung und Baumanagement. Es reicht auch, wenn der Landesbetrieb nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben sein Personal, seinen Maschinenpark und seine Organisation samt Gebäuden usw. optimal einsetzt und natürlich auch genau kalkuliert, wie viel Kapazität er selbst vorhalten muss und wie viel Leistung er wirtschaftlicher bei Unternehmen der Privatwirtschaft einkauft.

Herr Kollege Schwarz, wenn das jetzt alles so ist, können wir uns die ganze Diskussion ersparen. Wenn das alles so ist, können wir darauf verzichten. Aber Sie wollen es jetzt doch besser machen.

Meine Damen und Herren, ich unterstütze all diese Wege zu mehr Wirtschaftlichkeit, auch ohne die Straßen in sein Eigentum zu geben und vor allem ohne Schulden, die das Maß der Investitionen überschreiten. Wie wenig überzeugt Sie im Grund von Ihren eigenen Konstruktionen sind und vor allem wissen, wie wenig überzeugende Argumente Sie dafür vortragen können, beweist die Art und Weise, wie dieses Projekt im Parlament präsentiert wird.

Ich sprach schon von dem Hauruck-Verfahren. Herr Minister, aber dass Sie außer einem klapperdürren Gesetzentwurf zunächst nichts zu bieten hatten und erst Ihre eigene Fraktion Sie zwingen musste, endlich ein paar substantiellere Informationen herauszurücken,

(Creutzmann, FDP: Das ist doch falsch, was Sie wieder behaupten!)

das spricht Bände, verehrter Herr Creutzmann.

Auch der so genannte Wirtschaftsplan – der Berichtstatter hat ihn eben schon angesprochen –, der nun auch im Haushalt abgedruckt ist und uns durch die zusätzlichen Erläuterungen nicht klarer geworden ist, wirft mehr Fragen auf, als er Klarheit schafft. Das ist in der Tat leider der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Information des Parlaments waren Sie mehr als sparsam. Herr Minister Bauckhage, bei Versprechungen in der Öffentlichkeit waren Sie viel großzügiger. Der Verkehrsminister konnte das Wasser nicht halten und verkündete vollmundig Straßenbauprogramme, noch bevor überhaupt ein Regierungsentwurf zum Haushalt gedruckt war. Verehrter Herr Minister Bauckhage, noch entscheidet erst das Parlament über den Haushalt, bevor Sie Straßenbauprojekte wie beschlossene Sachen verkünden dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Der Umgang mit diesem Landtag in der Sache LSV ist unter aller Würde, meine Damen und Herren von der Landesregierung. Ich muss mich auch wundern, was die Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen alles mit sich machen lassen. Wir erwarten von Ihnen nicht, dass Sie der Regierung Knüppel zwischen die Beine werfen, aber es muss doch Grenzen geben, die auch hier eingehalten werden müssen. Das Hohelied der Wirtschaftlichkeit, das Sie anstimmen, erhält schrille Misstöne, wenn man hört und liest, dass Sie sich auch schon eine neue Geschäftsführung für den LSV ausgedacht haben, eins rot, eins blau – Genossen- und Pensionärsversorgung, schweres Marschgepäck für den LSV von der ersten Stunde an.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, niemand wendet sich gegen vernünftige Modernisierungen, aber das Konzept muss stimmen. Es darf nicht mit Absichten belastet werden, die nichts mit Wirtschaftlichkeit, aber viel mit verkorkster Haushaltspolitik und Postenschacherei zu tun haben. Die CDU-Fraktion macht mit ihren Änderungsanträgen

zum Gesetzentwurf ein Angebot, eine vernünftige Reform gemeinsam umzusetzen. Wir verlangen aber Haushaltsredlichkeit und solide Finanzierung. Einen solchen Weg gehen wir nicht mit.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fand es wohlthuend, dass der Berichtstatter, Herr Kollege Göltter, sehr deutlich gemacht hat, wie schwierig die Beratung war. Ich denke, er wird es auch wohlthuend empfinden, wenn ich zurückgebe, dass es ohne seine Mitarbeit nicht möglich gewesen wäre, das Gesetz in diesem Tempo überhaupt zu beraten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Wirtschaftsminister, es ist keine Frage, wenn dort Informationen – dies scheint mir sehr breit so empfunden zu werden – notwendig sind, müssen diese nachgeliefert werden. Wir können auf der einen Seite vom Parlament nicht – –

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Ich würde gerne einmal erlebt haben, dass Sie von hier aus sehr selbstkritisch sagen: Wenn noch etwas fehlt, ist es nachzuliefern. – Das freut die Regierung ganz bestimmt nicht. Ich räume ein, dass wir noch Fragen haben. Vor dem Hintergrund, dass wir mit der Geschwindigkeit, die ich eben beschrieben habe, beraten haben, ist es umso mehr notwendig, die Informationen alle zu bekommen, die ein Parlament zu einer Entscheidung braucht. Dazu muss eine Landesregierung bereit sein.

Die Gründe, die uns bewegen, einen Landesbetrieb Straßen und Verkehr einzurichten, sind: Wir wollen das Vermögen des Landes besser verwalten. Ich fand auch die Rede des Kollegen Wirz aus der Opposition heraus nicht so scharf, dass ich jetzt beginnen wollte, mich in irgendeiner Weise mit Ihnen unangemessen auseinander zu setzen.

Also unser Punkt ist, Vermögen des Landes besser zu verwalten, die Verkehrswege auszubauen und die Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besser und stärker nutzen zu können. Wir sind uns bis auf die GRÜNEN alle einig, dass ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz eine ganz besondere Verkehrsinfrastruktur braucht und für das Verkehrswege auch eine ganz besondere wirtschaftliche Entwicklung abgeben.

Unser Verkehrsnetz muss flächendeckend gut sein, um den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen gerecht zu

werden, aber auch der Wirtschaft, um die Wirtschaftspotenziale zu erschließen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, die Schienen natürlich auch. Sie können mir glauben, ich stehe immer in Bell am Bahnhof und sage: Wann kommt endlich der erste Zug, um auf den Hahn zu fahren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Nur, wenn wir alle halb so blind daher kämen, die einen, was die Straßen angeht, die anderen was die Eisenbahn angeht, was wäre das eine wunderbare Welt.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Es gibt einen hohen Bedarf an Erhaltung und Ausbau der Wirtschaftsinfrastruktur. Wir glauben, dass wir mit der Modernisierung in einem Landesbetrieb dies besser schaffen können. Das ist unser erstes Motiv, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Unbeschadet dessen, was wir noch zur Straßenverwaltung sagen: Wissen wir wirklich, was unsere Straßen und Verkehrswege wert sind?

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist eine gute Frage!)

Frau Kollegin, Sie haben gestern in der Debatte gesagt: Es gab einmal eine Zahl von Rainer Brüderle, es gibt jetzt eine Zahl, das heißt, in Wirklichkeit bedeutet dies, wir sind uns so sicher im Moment nicht. – Wenn wir Vermögen vernünftig bewerten wollen, müssen wir neue Wege gehen. Wissen wir wirklich – lassen wir einmal die parteipolitische Brille weg – alles über den Zustand unserer Straßen im Land und wie hoch der Unterhaltungstau im Land ist? Herr Kollege Bracht weiß es natürlich wirklich, aber in Wirklichkeit lassen wir uns da auch leiten: Wie bekommen wir Ruhe in dieses Dorf, in jene Gemeinde, und fragen nicht danach, wie viel Autos durchfahren. Nur einmal ein Beispiel, bei dem wir beide jetzt schuldig sein werden, was die Erneuerung angeht.

Die Gemeinde Michelbach bei Kastellaun hat die Wahl boykottiert. Der Kollege Bracht und ich haben uns beim Wirtschaftsminister dafür eingesetzt, dass die Gemeinde Michelbach – –

(Glocke des Präsidenten)

– Nein.

– – mit 148 Einwohnern ihre Ortsdurchfahrt beim nächsten Mal erneuert bekommt. Die Gemeinde Michelbach selbst hat 400.000 DM in der Rücklage und gibt kein Geld aus. Bei solch kleinen Dörfern ist das oft der Fall. Sie haben alles, vom Friedhof bis zum Gemeindehaus. Aber die Ortsdurchfahrt ist eine Landesstraße. Die Verkehrsämter haben gezählt, durch diese Straße gehen am Tag 1.250 Fahrzeuge. So viel zur politischen Be-

wertung über den Stau. Aber ich war wie Sie mit schuldig, dass es nun getan wird.

Aber dort, wo möglicherweise 12.000 Autos durchfahren, wo Gemeinden keine Lobby haben, wo keine Zeitung und kein Fernsehen präsent war, geschieht vielleicht gar nichts. Auch das ist die Wahrheit.

(Billen, CDU: Soll das in Zukunft nur
noch nach der Zählung gehen,
Herr Mertes!)

– Das wäre doch wenigstens ein wunderbarer Anfang zur Objektivierung dieser Sache, Herr Billen.

(Jullien, CDU: Fangen wir bei der Tiefe
der Schlaglöcher an! Das wäre
auch ein Kriterium! –
Pörksen, SPD: Oder bei der Größe
Ihres Mundwerks! –
Hartloff, SPD: Das Sie zwischen den
Zeilen nichts verstehen, ist klar!)

Seien wir doch einmal ehrlich: Wie viele dieser Bewertungen nehmen wir in diesem Hause vor, nur weil wir in bestimmten Gruppen und Fraktionen sitzen? – Das ist ein Teil unserer Lebenslügen, mit denen wir gut zurecht kommen. Das ist die Wahrheit.

Wir sollten auch nicht auf die Mitarbeiter schimpfen, die diese Vermögens- und Abnutzungswerte nicht haben. Wir haben die Mitarbeiter der Straßenverwaltung in die Kameralistik gezwungen. Wir haben ihnen sozusagen von Anfang an eingepflegt: Wer einen Fehler macht, bekommt nur noch befriedigend in der Bewertung, und damit kann man kein Amtsrat mehr werden. Dies führt zu der Tatsache: Vermögen können nur gut verwaltet werden, wenn die Leute Mut haben.

Das, was wir bezüglich der Kameralistik machen, ist so altmodisch, dass ich Ihnen als Dorfbürgermeister sagen kann, ich kann meinem Gemeinderat jedes Jahr einen unausgeglichene oder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, wenn ich das will.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie unser Finanzminister! Das kann
Herr Mittler auch!)

Unbeweglich, nicht ehrlich, untransparent. Es wird kein Vermögen und kein Werteverzehr festgestellt. Auch die Leistungen von Ingenieuren werden nicht aktiviert.

Kurzum: Das, was wir haben, kann in dem Sinn nicht so wirken, wie das, was wir haben wollen. Das System ist natürlich ein Grund dafür, weshalb ein Teil unserer Infrastruktur so ist, wie es der Kollege Bracht beklagt. Er ist immer eifrig bei diesem Thema. Er sagt, es gibt einen Verfall öffentlicher Infrastruktur. Es ist heute aus den Gründen, die ich eben genannt habe, wichtiger, wann eine neue Straße entsteht, als die Frage zu stellen, ob ihr Ausbau, ihr Rückbau oder ihre Instandsetzung erfolgen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine gute Straßenerhaltung macht sich eben nicht in Presseerklärungen deutlich, sondern nur dann, wenn vorn ein blond gelocktes, fünfjähriges Mädchen steht, der Minister drückt ihm die Schere in die Hand, und dann wird das Bild gemacht. Das bringt sozusagen die PR. Das ist das Systemproblem, das wir haben.

Wir wollen ein System, bei dem die Frage des Vermögens und der Wachstumspotenziale ernster genommen wird.

Hinzu kommen die Fähigkeiten der Mitarbeiter. Es soll nach unternehmerischen Grundprinzipien gehandelt werden. Das heißt, uns schützt die Tatsache, dass wir nur eine rhetorische Verantwortung für das haben, was wir tun, aber keine tatsächliche, während der Unternehmer, der sein Geld einsetzt und der am Ende des Jahres eine Bilanz schreibt, in der die Zahlen entweder schwarz oder rot sein werden, mit seinem eigenen Kopf und mit seinem eigenen Vermögen dazu beiträgt, ob dies ein erfolgreiches oder weniger erfolgreiches Unternehmen ist. Wir glauben, dass nur durch die Eigenverantwortlichkeit genau dieses Ergebnis entstehen kann, den Leuten die Chance zu geben, unternehmerisch vor dem Hintergrund von Vermögen Wachstumspotenziale zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, deshalb wollen wir einen Landesbetrieb. Wenn wir die Fähigkeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr nutzen wollen, müssen wir ihnen mehr Entscheidungsspielräume geben. Meine Damen und Herren, die vorgelegten Anträge sind nicht alle nur falsch. Dennoch wollen wir unseren Weg so gehen, wie ihn uns die Landesregierung

(Dr. Altherr, CDU: Vorgegeben hat!)

empfohlen hat.

(Pörksen, SPD: Empfohlen!)

Es gibt Vorschläge, einen Verwaltungsrat und ähnliche Gremien einzurichten. Meine Damen und Herren, die Landesregierung möchte ihnen in der vollen Transparenz des Haushalts- und Finanzausschusses die Chance geben, an diesem Lernprozess zu partizipieren. Was können Sie in dieser Frage noch mehr erwarten?

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe der Abg. Frau Thomas und Frau
Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Thomas hat die Chance, zu jeder Zeit Fragen zu allen Themen zu stellen.

Ich möchte mich zum Schluss meines Beitrags mit Ihnen nicht im Streit auseinander setzen. Ich möchte nur sagen, es gibt viele gute Befürworter eines Landesbetriebs. Dies ist zum einen die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz, die die Zielsetzung in vollem Umfang begrüßt. Herr Wirz, das ist eine Adresse, mit der wir und auch Sie eigentlich zufrieden sein können.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Herr Kollege Licht, die deutsche Sprache ist differenziert. Sie haben gesagt, dass sie mit der Zielsetzung zufrieden sind. Sie haben das nicht auf jeden Schritt, den wir machen, bezogen. Ich verstehe das schon, und Sie hätten es auch so verstehen dürfen. Genau das haben Sie gesagt.

(Jullien, CDU: Da gibt es überhaupt keinen Widerspruch! –

Dr. Altherr, CDU: Man darf aber das Ziel nicht verfehlen!)

Ich verstehe dies nicht als eine 1⁺, sondern ich sage, es ist eine Zielsetzung. Sie haben einige Punkte genannt, deren Zielsetzung wir akzeptieren.

Die KPMG geht ein Stück weiter und sagt, insgesamt bietet die gewählte Konstruktion für den Landesbetrieb erhebliche Potenziale, da die Zuständigkeit und Verantwortung für die Aufgaben in der Straßen- und Verkehrsverwaltung gebündelt sind und ganzheitlich auf der Basis betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente und unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Erfordernisse wahrgenommen wird.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgrund dieses innovativen Ansatzes hält die KPMG den Landesbetrieb für Straßen und Verkehr Rheinland-Pfalz für ein bemerkenswertes Modell einer Organisation und Straßenverwaltung.

Nicht alles, was an Kritik bezüglich des zeitlichen Drucks geäußert wurde, können wir widerlegen. Aber da wir wollten, dass der Landesbetrieb am 1. Januar eingerichtet wird, mussten wir versuchen, dies mit Ihnen gemeinsam in dieser Zeit zu schaffen. Falls dies mehr als Bekümmernisse ausgelöst hat, entschuldige ich mich dafür. Wir wollten es jetzt schaffen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber freundlich sagen, dass Zeitfragen etwas knifflig sind, sieht man am Antrag der CDU. Auf der einen Seite beklagen Sie, dass wir zu rasch vorgegangen sind, auf der anderen Seite steht in Ihrem Antrag unter Punkt b, dass jeweils das Datum 31. Dezember 2001 durch das Datum 31. Juni 2002 ausgetauscht wird.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben in unseren Kalendern und in unseren Computern nachgeschaut, und uns fiel auf einmal die alte Schulkinderweisheit ein: Ap, Jun, Se, No.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben also Ihren Antrag auf einen Zeitpunkt terminiert, den es nicht gibt.

(Jullien, CDU: Das ist ein Schreibfehler!)

Meine Damen und Herren, das ist mehr glossierend. Selbstverständlich ist es ein Schreibfehler, der Ihnen

verziehen sei. Aber er gibt mir die gute Chance, einen freundlichen Abgang zu haben.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Wir begrüßen Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Studierende der Rechtswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat die Kollegin Frau Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zunächst etwas nicht vorenthalten, was ich zum Thema „Landesstraßenunterhaltung“ in unserem Archiv gefunden habe. Es ist eine Broschüre, die dokumentiert, wie der Zustand unserer Landesstraßen ist, herausgegeben von diesem Herrn,

(Abg. Frau Kiltz hält eine Broschüre hoch)

der damals noch mehr Haare hatte, den man auch „Bruder Schlagloch“ nennt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Heiterkeit bei der CDU –
Dr. Gölter, CDU: Heben Sie es noch einmal hoch, wir haben es nicht alle gesehen, wer es ist!)

– Dieses wunderbare Konterfei haben nicht alle gesehen? Sie kennen diesen Herrn. Bitte sehr, ich zeige ihn noch einmal.

(Abg. Frau Kiltz hält nochmals die Broschüre hoch –
Rösch, SPD: Ach, dieser Herr!)

Auf diesen Herrn hinzuweisen, ist auch deshalb notwendig, weil wir klarstellen müssen, dass nicht alle Versäumnisse, die in der heutigen Debatte zu bereden sind, auf dem jetzigen Amtsinhaber lasten, sondern es einen Vorgänger mit viel Verantwortung gab.

(Dr. Altherr CDU: Meinen Sie Herrn Brüderle?)

– Genau, „Bruder Schlagloch“.

Ich komme aber nun zur Debatte um den Landesbetrieb. Meine Damen und Herren, ich bin jetzt seit fünfeinhalb Jahren Mitglied dieses Landtags.

(Kuhn, FDP: Viel zu lange!)

In dieser Zeit habe ich kein vergleichbares Vorgehen der Landesregierung erlebt. Die Debatte um den Landesbetrieb für Straßen und Verkehr ist an Peinlichkeiten nicht zu überbieten. Sie war peinlich in der Dürftigkeit der Informationen an das Parlament. Ich erinnere an die erste Beratung auf der Grundlage eines sehr dünnen Gesetzentwurfs. Wir hatten damals nichts anderes.

Die Debatte ist peinlich im Dilettantismus der Aufarbeitung und Darstellung dessen, was Sie vorhaben, meine Damen und Herren von der Landesregierung. Ich erinnere an die Debatte im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zum Wirtschaftsplan und seinen Investitionen.

Die Debatte ist peinlich in der Unverschämtheit der Reaktion auf unsere berechtigte Kritik. Ich erinnere an die Pressemitteilung des zuständigen Ministeriums auf unsere Zahlen aus dem Wirtschaftsplan, die wir bei unserer Pressekonferenz genannt haben. Herr Bauckhage, jetzt sollten Sie zuhören und danach Ihren Pressesprecher einbestellen. Herr Bauckhage, nicht unsere Zahlen waren falsch, sondern Ihr Wirtschaftsplan, den Ihr Betriebsprüfer oder wer auch immer geschrieben hat.

Die Debatte ist peinlich in der Art und Weise, wie Sie erst indirekt Ihre Verwaltung der Ineffizienz beschuldigen und sich dann demonstrativ davor stellen. Meine Damen und Herren, nicht wir haben von systemimmanenten Produktionsreserven gesprochen. Das stand in Ihrem Gesetzentwurf.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Steht immer noch!)

– Es steht auch noch drin. Richtig, Frau Kollegin Thomas.

Peinlich ist auch das Hauruck-Verfahren, in dem Sie eine derart weitreichende Veränderung und die Verschiebung großer Investitionssummen vornehmen wollen. Herr Wirz hat schon darauf hingewiesen. Peinlich, und zwar oberpeinlich, war die Unfähigkeit des zuständigen Ministeriums, das Modell zur behaupteten Steigerung der Mobilität in Rheinland-Pfalz in den Fachausschüssen zu erklären. Alle Kolleginnen und Kollegen, die das Vergnügen hatten, dieser Vorstellung beizuwohnen, werden mir sicherlich beipflichten.

Der Finanzminister, der jetzt leider nicht anwesend ist, hat in seiner Rede zur Haushaltseinbringung noch eine Peinlichkeit draufgesetzt. Er hat uns erklärt, dass die Kameralistik daran schuld ist, was Herr Mertes heute noch einmal bestätigt hat, dass die Straßen in dem Zustand sind, in dem sie sich jetzt befinden. Mithilfe der kaufmännischen Buchführung wäre das alles besser geregelt, wird uns gesagt. Meine Damen und Herren, machen Sie sich doch nicht lächerlich. Wir bezweifeln doch nicht, dass eine kaufmännische Buchführung ihre Vorteile hat, aber eine Kosten-Leistungs-Rechnung und auch eine kaufmännische Buchführung hätten Sie auch ohne einen Landesbetrieb einführen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Wirz, CDU)

Sie hätten auch ohne Landesbetrieb für größere Transparenz sorgen können. Um den Schwerpunkt auf die Erhaltung des bestehenden Straßennetzes zu legen, hätte es lediglich des politischen Willens und keines Landesbetriebs bedurft.

(Beifall des Abg. Wirz, CDU)

Es hätte auch einer Prioritätensetzung bedurft, die eben nicht Millionen von Landesgeldern zum Beispiel für die Mitfinanzierung von Bundesstraßen und riesigen Brücken, die vor Ort niemand möchte, einsetzt, sondern in die Erhaltung des Landesstraßennetzes.

Meine Damen und Herren, wer in der politischen Verantwortung hat Sie eigentlich daran gehindert, die vielen Vorratsplanungen zu unterbinden, die entweder nie oder erst in 30 Jahren umgesetzt werden?

Der Verkehrsminister und sein Vorgänger müssen im Übrigen mehr über den Zustand des rheinland-pfälzischen Straßennetzes wissen, als Sie zu wissen vorgeben. Das muss man an dieser Stelle sagen. Auch ohne die Bewertung, die jetzt systematisch erfolgen soll, gegen die wir gar nichts haben und die wir für sinnvoll halten, was auch ohne Landesbetrieb sinnvoll gewesen wäre, müssen Sie doch beim ständigen Befahren dieses Straßennetzes einen Eindruck bekommen haben, der Ihnen hätte nahelegen müssen, der Straßenunterhaltung höchste Priorität einzuräumen. Herr Bauckhage, oder sind die Dienstwagen so gut gefedert, dass Sie das gar nicht mehr mitbekommen?

(Mertes, SPD: Ob Sie das jemals selbst feststellen können?)

– Das war eine Straße in einem relativ guten Zustand. Das war auch eine kurze Strecke, Herr Mertes.

(Creutzmann, FDP: Sie fahren doch immer nur Bahn, Frau Kiltz! Wie haben Sie das festgestellt?)

Aber ich werde gern einmal mitfahren, wenn das zum Nachdruck meiner Forderung dienlich ist.

Meine Damen und Herren, Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie das Versagen der politischen Führung und die falsche Weichenstellung auf die Verwaltung und die Kameralistik abschieben. So einfach kann man es sich nicht machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schwarz, SPD: Das hat doch kein Mensch gemacht!)

Ich komme zum Thema „Eigenständigkeit“. So, wie Sie den neuen Landesbetrieb mit dem alten Staatssekretär des zuständigen Ministeriums an der Spitze an das Gängelband des Ministeriums legen, so wird Eigenständigkeit für lange Zeit ein Fremdwort in diesem Landesbetrieb bleiben. Die Liste der Tatbestände, die der Landesbetrieb nur auf Weisung oder in Absprache mit dem Verkehrsministerium umsetzen kann, ist lang und enthält neben Wirtschaftsplänen, Satzung, Investitionspro-

grammen und die Vergabe von Bauleistungen ziemlich alles, was in diesem Landesbetrieb zu tun sein wird.

Besonders interessant ist der Punkt 13 in dieser Liste. Herr Creutzmann, wenn Sie mit Ihrer Debatte mit Herrn Kuhn fertig sind, können Sie sich vielleicht noch einmal der Debatte hier zuwenden. Dieser Punkt 13 in der Liste beinhaltet Vorhaben, für die sich die Aufsichtsbehörde allgemein oder im Einzelfall ausdrücklich die vorherige Zustimmung vorbehalten hat. Meine Damen und Herren, das ist ein weites Tor für politische Einflussnahme. Meinen Sie nicht auch, die Liste wäre kürzer geworden, wenn Sie das ausgeführt hätten, was der LSV selbst tun darf, ohne das Ministerium zu fragen? Wie soll denn eine Wirtschaftlichkeit in einem solchen Landesbetrieb erreicht werden, wenn sich doch wieder die Lobby für die teuersten Straßenprojekte durchsetzen kann?

Unsere Zweifel an der Eigenständigkeit dieser Sturzgeburt LSV – anders kann man es nicht nennen – haben etliche Experten in der Anhörung bestätigt und Zielvereinbarungen eingefordert, die zwischen Ministerium und LSV getroffen werden müssten. Meine Damen und Herren, Sie haben offenbar nicht den Schimmer einer Ahnung, wie so etwas aussehen könnte.

(Creutzmann, FDP: Sie haben es nicht!)

– Herr Creutzmann, zumindest blieben unsere Anfragen danach unbeantwortet. Sie können das nachher alles ganz umständlich darlegen.

Meine Damen und Herren, es stellt sich doch die Frage, wer diesen Prozess steuert, von dem die KPMG gesagt hat, es werde sich alles prozesshaft entwickeln, die Kommunikation zwischen Ministerium und LSV, die Zielvereinbarung, die Kommunikation zwischen Landtag, zwischen Parlament und LSV. Es werde sich alles prozesshaft entwickeln. Meine Damen und Herren, wer steuert denn diesen Prozess? Das zuständige Ministerium ist dazu nicht in der Lage, das haben wir in den Ausschussberatungen gemerkt.

Vielleicht ist es das Finanzministerium. Wenn das so ist, dann sollte doch bitte der Finanzminister oder noch besser der Staatssekretär hier einmal vortragen, wie denn solche Zielvereinbarungen erarbeitet werden sollen und in welche Richtung sie gehen.

Ich habe es schon gesagt, dasselbe gilt für den Prozess zwischen Parlament und LSV, also Einflussnahme und Kontrolle des LSV, was sich ebenfalls prozesshaft entwickeln soll. Meine Damen und Herren, mir ist das als Parlamentarierin zu wenig. Ich vermute, dass selbst in Reihen der Regierungsfractionen Unzufriedenheit über diesen Zustand herrscht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage, Herr Dr. Deubel und Herr Mittler, meine Damen und Herren der Landesregierung, ringen Sie sich doch zu einem Verwaltungsrat durch, in dem auch die Fraktionen vertreten sind. Ich kann Ihnen jetzt schon versprechen, andernfalls wird die Beschäftigung mit dem LSV über Jahre jede Sitzung des Ausschusses für Wirt-

schaft und Verkehr und des Haushalts- und Finanzausschusses dominieren. Das wird sicher hochinteressant und spannend.

(Pörksen, SPD: Höchstens noch vier Jahre! Dann seid Ihr nicht mehr dabei!)

Ich komme nun zum Thema der verkehrspolitischen Ziele. Meine Damen und Herren, die FDP hat bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum behauptet, wir hätten das Modell „Keine Mobilität“. Herr Creutzmann hat bei der zweiten Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr Ähnliches verlautbart. Gestern war diese ausgeleierte Platte wieder zu hören. Ich habe nun schon über mehrere Jahre das Vergnügen, mit Ihnen, mit der ach so mobilen FDP, verkehrspolitische Debatten zu führen. Mir ist aufgefallen, dass Sie immer dann zu solchen Totschlagargumenten und Parolen aus der Mottenkiste der gelben Ideologie greifen, wenn Ihnen absolut nichts mehr einfällt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist immer so, wenn Sie mit dem Rücken an der Wand stehen und nicht mehr weiter wissen. Sie von der Fraktion der Gelben haben einen sehr eindimensionalen Begriff von Mobilität. Ihre Mobilitätsmilliarde ist eine reine Straßenbaumilliarde.

Herr Creutzmann, wenn Sie gestern von ÖPNV gesprochen haben, dann war das reine Dekoration. Das Geld vom Land aus dem Verkehrsbereich ergießt sich in schwarzer flüssiger Masse vorzugsweise über das Land.

(Kuhn, FDP: Aber kein Teer, der ist schon lange verboten!)

Den Rest kann man mit der Lupe suchen. Das wird aus der Portokasse finanziert. Das ist die Realität in Rheinland-Pfalz. Diese hat seit Jahren die FDP zu verantworten.

Herr Kollege Schwarz von der SPD ist schon glücklich, wenn er einen Zuschuss für eine Lokomotive aus diesem Ministerium loseisen kann.

(Schwarz, SPD: Eine Lokomotive? Drei Lokomotiven!)

– Zwei Franz, drei schon inzwischen? Herzlichen Glückwunsch. Vielleicht sollten Sie noch eine für die Westpfalz anschaffen.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich finde es richtig, wenn es hier laut wird, weil das ein Streit ist, der mich langsam ziemlich nervt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich glaube, Herr Ramsauer hat es vorhin gesagt. Wenn man etwas oft wiederholt, wird es auch nicht wahrer. Für Ihre Argumentation kann man das wirklich doppelt und dreifach unterstreichen und fünf Ausrufezeichen dahinter setzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werte Damen und Herren der CDU, wir sind uns in vielen Fragen bezüglich der Kritik am Vorhaben und Vorgehen der Landesregierung einig. Wir unterscheiden uns in einem Punkt. Wir würden gern im Haushalt des Straßenbaus umschichten.

(Creutzmann, FDP: Abschaffen!)

– Halten Sie den Mund mit solch einem Quatsch.

(Jullien, CDU: Jetzt reicht es aber!)

– Wenn das nicht angemessen war, es tut mir Leid. Die Emotionen sind mit mir etwas durchgegangen.

Wir wollen auch Straßenunterhaltung. Da sind wir uns einig. Wir wollen das Geld aus den bestehenden Mitteln nehmen. Sie wollen immer nur draufsatteln. Herr Bracht, Ihren Goldesel aus dem Hunsrück – ich habe ihn schon öfter bemüht – müssten Sie einmal hierher mitbringen.

(Pörksen, SPD: Das Gold können Sie weglassen!)

– Herr Pörksen.

Beim Thema „Landesbetrieb“ haben jetzt Sie die Variante gewählt, die dem NRW-Modell nahe kommt. Ich muss gestehen, das ist uns nicht sehr unsympatisch, wenn man über einen Weg diskutiert, wie wir dahin kommen, eine vernünftige Verkehrsgestaltung in Rheinland-Pfalz vorzunehmen. Wir können dem im Moment aber nicht folgen, weil uns alles viel zu unklar ist, was die Verantwortlichen wollen. Von einer Kollegin wurde schon gesagt: Denn sie wissen nicht, was sie tun. Ist das, was wabert, das Leitmotiv der letzten Wochen in der Debatte? – Deswegen können wir Ihrem Antrag auch nicht folgen.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung und den Regierungsfractionen, wollen Sie eigentlich alles beim Alten lassen und nur das Etikett „Privatisierung“ auf das Landesamt kleben, damit die FDP nicht ihr Gesicht verliert,

(Kuhn, FDP: Das ist aber primitiv!)

oder wollen Sie nur die Möglichkeit zu mehr Kreditaufnahmen, um noch schneller den schwarzen Teer fließen zu lassen?

(Kuhn, FDP: Teer ist verboten, Asphalt!)

– Herr Kuhn, das ist ein symbolisches Bild, nehmen Sie es einmal so. Für beides ist unsere Zustimmung nicht zu haben. Wenn Sie aber vorhätten, schrittweise mehr Effektivität, mehr Transparenz, mehr Wirtschaftlichkeit, mehr Kreativität in die Verkehrsgestaltung im Land zu bringen, wenn Sie wirklich die Erhaltung des vorhandenen Straßennetzes zum Schwerpunkt Ihrer Straßenbaupolitik machen würden und wenn Sie endlich die unterschiedlichen Verkehrsträger und Verkehrsmittel gleichberechtigt und miteinander verknüpft behandeln würden, dann hätten Sie uns an Ihrer Seite als engagierte, kriti-

sche und konstruktive Gesprächspartner. Bei dem, was Sie jetzt vorhaben, sehen wir keinen Ansatzpunkt.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zunächst begrüßen wir weitere Gäste im Landtag, und zwar zunächst unseren früheren Landtagskollegen und früheren Vizepräsidenten Detlef Bojak. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Außerdem begrüße ich Mitglieder der Jugendfeuerwehr Pirmasens und Wahlhelfer aus dem Raum Pirmasens. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Rheinland-Pfalz setzt mit dem Landesgesetz zur Neuorganisation der Straßen- und Verkehrsverwaltung Rheinland-Pfalz die Verwaltungsmodernisierung unseres Landes zügig fort und betritt wiederum Neuland. Dies zeigt, dass das Land Rheinland-Pfalz, diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen gewillt sind, das Land Rheinland-Pfalz fit für die Zukunft zu machen.

Verwaltungsmodernisierungen sind kein Selbstzweck. Sie dienen dazu, mehr Effizienz in Verwaltungsstrukturen zu bringen. Ich betone: Dort, wo schon Effizienz besteht, soll noch mehr Effizienz geschaffen werden. Damit sollen die Menschen die ihnen gestellten Aufgaben noch besser und damit effizienter lösen können. Neue Strukturen einer Verwaltung bedeuten jedoch auch, dass die Menschen in diesen Verwaltungen von den neuen Strukturen überzeugt werden müssen und sie in einem Change-Management auf diese neuen Aufgaben vorbereitet werden müssen.

Wenn die Opposition beklagt, dass der neue Landesbetrieb zu schnell errichtet worden ist und die Parlamentarier kaum Zeit hatten, sich inhaltlich mit diesem neuen Landesbetrieb auseinander zu setzen, so ist dies nachvollziehbar und auch verständlich. Wenn man der Landesregierung vielleicht einen kleinen Vorwurf machen kann, dann ist es der, dass sie versäumt hat, neben der Information der Beschäftigten auch ein Change-Management für die Parlamentarier herbeizuführen. In der Anhörung wurde positiv gewürdigt, dass die Beschäftigten entsprechend informiert worden sind. Mehr Information hätte zu mehr Transparenz geführt. Dadurch hätten wir uns manche Fragen erspart, die von den

Kollegen im Parlament oder vom Präsidenten des Rechnungshofs gestellt worden sind.

(Zuruf des Abg. Altherr, CDU)

Deshalb bittet die FDP-Fraktion die Landesregierung, auch nach Verabschiedung dieses Landesgesetzes die Abgeordneten dieses Parlaments in ihre Überlegungen einzubeziehen und sie genauso wie die Mitarbeiter über den Fortgang des Landesbetriebs stetig zu informieren.

Frau Kollegin Kiltz, all das, was Sie vorgetragen haben, zeigt, dass immer noch Informationsbedarf besteht.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin Kiltz, ich bin allerdings überzeugt, wir hätten Ihnen so viel Information geben können, wie wir wollten, Ihre am Schluss gemachte Drohung, Sie hätten dem Landesbetrieb dann eventuell zugestimmt, ist dadurch nicht glaubwürdiger geworden.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich nicht gesagt,
hören Sie doch zu!)

Meine Damen und Herren, die Kritik der Opposition ist völlig überzogen. Wenn Sie fragen, wer den Prozess steuert, dann sehe ich, um es salopp zu sagen, dass Sie es immer noch nicht gerafft haben.

Frau Kollegin Thomas kommt dann noch mit Ihren Straßenbewertungen. Das werde ich nachher noch abhandeln.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich erkläre es Ihnen doch, hören Sie zu. Vielleicht lernen Sie noch etwas.

(Jullien, CDU: Machen Sie es doch
schriftlich, Herr Creutzmann!)

Hören Sie einmal zu. Nein, das müssen Sie hier im Parlament ertragen.

(Zuruf von der CDU)

– Nein, nicht schriftlich, das sage ich Ihnen.

In Zukunft steuert die Pacht die Investitionen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Je weniger Pacht das Land in den LSV gibt, desto geringer werden die Investition ausfallen und umgekehrt.

Die sehr oft gestellte Frage nach einer Kosten-Nutzen-Analyse zeigt, dass viele die Aufgaben des neuen Landesbetriebs nicht verstanden haben. Dies möchte ich betonen. Herr Kollege Wirz hat das Gleiche wiederholt.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Die erste Aufgabe dieses Landesbetriebs wird es sein, die Kosten für die verschiedenen Dienstleistungen – – –

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wenn man es nicht richtig erklären
kann, hat man es selbst
nicht verstanden!)

– Frau Kollegin Kiltz, wenn Sie zuhören, bin ich überzeugt, dann verstehen Sie es. Aber Sie können es auch nachlesen. Im Protokoll wird es festgehalten. Dann werden Sie vielleicht manche Ihrer Fragen erklärt bekommen.

(Dr. Weiland, CDU: Wir lesen Ihre Rede
immer wieder mit Gewinn!)

Die erste Aufgabe dieses Landesbetriebs wird es sein, die Kosten für die verschiedenen Dienstleistungen, die die Verwaltung bisher erbracht hat, zu ermitteln, um entsprechende Erträge, nämlich Nutzen, zu erzielen, die entweder vom Land oder von Dritten zu erbringen sind.

Die Frage, die Herr Kollege Bracht im Wirtschaftsausschuss und Herr Kollege Wirz heute hier wieder nach dem volkswirtschaftlichen Nutzen des Landesbetriebs gestellt haben, ist ganz einfach zu beantworten. Die Effizienzsteigerung, die der Landesbetrieb in den nächsten Jahren zweifelsohne erbringen wird, sind nicht nur betriebswirtschaftliche Nutzenoptimierungen, sondern auch volkswirtschaftliche; denn jeder betriebswirtschaftlichen Effizienzsteigerung ist ceteris paribus, also immer unter gleichen Bedingungen, auch eine volkswirtschaftliche, da nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Produkte und Dienstleistungen, die ein Land erbringt, das Bruttosozialprodukt ergeben. Je wirtschaftlicher ein Unternehmen arbeitet, desto größer ist der volkswirtschaftliche Nutzen.

(Zuruf des Abg. Altherr, CDU)

– Herr Kollege Altherr, das muss ich leider sagen, weil viele Ihrer Kollegen Fragen stellen, die sie – ich will das gar nicht kritisieren – nicht mehr stellen würden, wenn sie diese Voraussetzungen hätten. Wo anders als im Ausschuss, als im Parlament, kann man diese Fragen stellen. Da oben sitzt die Öffentlichkeit. Diese fragt sich, wenn Parlamentarier hier Fragen stellen und diese nicht beantwortet werden, wie denn dieses Parlament arbeitet.

(Altherr, CDU: Am liebsten wäre es
Ihnen, wenn überhaupt keine
Fragen gestellt würden!)

In meinem Beitrag unternehme ich den Versuch, Ihre Fragen zu beantworten.

Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits den Beweis für eine Effizienzsteigerung eines Landesbetriebs vorbildlich erbracht. Zum wiederholten Mal: Hatte der LBB in der Vergangenheit Kosten von 200 % HOAI verursacht, so sind es jetzt nur noch 100 %. Bereits heute profitiert der Bund davon, dass das Land seine Bauleistungen wirtschaftlicher erbringt, was Beweis genug ist, dass betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerungen auch zu einem volkswirtschaftlichen Mehrwert führen. Dass diese

Effizienzsteigerungen in bestehenden Verwaltungsstrukturen nicht erbracht werden können, hat die Anhörung des Landtags eindeutig erbracht.

Herr Klage, Leiter des Landesbetriebs Straßenbau Nordrhein-Westfalen, der mit einem Landesbetrieb Erfahrungen hat, hat bei der Anhörung Folgendes ausgeführt – ich zitiere wörtlich –: „Im Übrigen verändert kaufmännisches Rechnungswesen die Arbeitsabläufe. Keine Verwaltung ändert SAP. SAP verändert die Verwaltung.“ – Er führte weiter aus – ich zitiere –: „Ich kann aber auch nach den Erfahrungen der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen ganz allgemein sagen, eine am wirtschaftlichen Ergebnis orientierte Führung setzt Produktivitätsreserven frei. Innerhalb eines Landesbetriebs als eigenständige Organisationseinheit mit eigenständigem Rechnungswesen gibt es gute Voraussetzungen, ergebnisorientierte Führungsphilosophien und auch ein entsprechendes Selbstverständnis innerhalb der Mannschaft zu entwickeln.“

Das sind Ausführungen eines Mannes, der eine Verwaltungsreform durchgeführt hat und einen Straßenbetrieb in Nordrhein-Westfalen kennt.

(Dr. Weiland, CDU: Einen ganz
anderen!)

Die beiden Oppositionsfractionen im rheinland-pfälzischen Landtag stellen erneut unter Beweis, dass sie zur Verwaltungsmodernisierung weder fähig noch in der Lage sind.

(Pörksen, SPD: So ist das!)

Sie können unser Land nicht fit für die Zukunft machen.

(Zurufe von der CDU)

Die CDU will eine Verwaltungsmodernisierung im Schneckentempo.

(Jullien, CDU: Geben Sie den
Rest zu Protokoll!)

– Herr Kollege Jullien, nein. Das müssen Sie ertragen. Wissen Sie, die Mär zu verbreiten, wir sind für den LSV, aber dann für einen kastrierten Landesbetrieb einzutreten, kann so nicht gehen, ohne dass man Ihnen widerspricht.

(Jullien, CDU: Was ist das denn, ein
kastrierter Landesbetrieb?)

Darüber hinaus sind die Forderungen der CDU in sich widersprüchlich und inkonsequent.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Einerseits will man einen kastrierten Landesbetrieb, der lediglich für die Planungen und den Bau der Straßen zuständig ist. Auf der anderen Seite will die CDU die Rückübertragung der Landesimmobilien von dem LBB in einen Landesbetrieb à la CDU.

Diese Forderung zeigt, dass die CDU bestehende Organisationseinheiten nur abkupfern kann, ohne eigenständig und selbstständig zu denken. Es macht nach unserer Auffassung wenig Sinn, Immobilienvermögen von dem LBB auf den LSV zu übertragen, wenn das Facility-Management beim LBB effizient und für alle von großem Nutzen durchgeführt wird.

(Zurufe von der CDU)

Lediglich in den Fällen, in denen noch mehr Effizienz – dies muss aber nachgewiesen werden – durch eine Übertragung erreicht werden könnte, würde sich für die FDP-Fraktion die Sinnhaftigkeit einer Übertragung stellen. Per se dies zu fordern, zeigt, wie wenig betriebswirtschaftliche Sachkompetenz in die Überlegungen der CDU-Fraktion eingeflossen ist.

Der weitere Vorwurf, der LSV diene dazu, Kosten und Ausgaben des Straßenbaus und der Straßenverwaltung zu verschleiern, ist völlig verfehlt. Im Gegenteil. Die Transparenz der Finanzstruktur wird durch den neuen Landesbetrieb sowohl im Haushalt als auch in der im Jahr 2002 zu erstellenden Bilanz des LSV sichtbar, sodass die Vorwürfe der CDU und auch der GRÜNEN sich als reine Polemik darstellen, die über die mangelnde Konzeptionslosigkeit beider Fraktionen hinwegtäuschen soll.

(Beifall der FDP und der SPD –
Jullien, CDU: Kommen Sie zum Ende!)

– Meine Damen und Herren, das müssen Sie ertragen. Beide Fraktionen haben nämlich „herumpolemisiert“. Deswegen müssen Sie auch einmal ein hartes Wort ertragen.

(Pröksen, SPD: Sehr wahr! –
Zurufe aus dem Hause)

– Herr Wirz, jetzt kommt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich könnte noch ein bisschen mehr sagen, aber ich lasse es einmal.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreibt beim LSV wieder das gleiche Spiel, das sie immer in diesem Parlament betreibt. Sie stellt einfach Behauptungen auf, die überhaupt jeden Wahrheitsgehalt entbehren, um diese dann anschließend polemisch zu bekämpfen.

(Widerspruch von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie werden es gleich hören.

Es gab bei der Anhörung zum LSV – wie Sie dies in Ihrer Presseerklärung formuliert haben – überhaupt keine massive Kritik an dem Vorgehen der Landesregierung.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lediglich der Präsident des Rechnungshofs stellte ein paar kritische Fragen, – –

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ein paar kritische Fragen waren das?)

– Nur der Präsident. Sogar Ihr Herr Blümel von Speyer – – –

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Ein paar kritische Fragen. Ist das falsch, Frau Thomas? Also war es richtig.

– – die aufgrund mangelnder Information sicher berechtigt waren, die jedoch in der anschließenden Diskussion des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr weitgehend geklärt wurden; denn diese wurden dort auch wieder gestellt.

Wer in einer Pressekonferenz geklärt haben will, ob die neuen Landesstraßen nach einem Ertragswertverfahren geschätzt werden, zeigt seine Inkompetenz in betriebswirtschaftlichen Fragen. Das haben nämlich die GRÜNEN in ihrer Pressekonferenz gefordert. Dies ist nachzulesen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben wir gar nicht gefordert!)

– Natürlich. Soll ich es Ihnen noch herholen, und soll ich es Ihnen noch vorlesen. Ich lese es Ihnen vor.

(Unruhe im Hause)

Frau Thomas, die bestehenden Straßen können allenfalls nach ihren Anschaffungskosten abzüglich der Abschreibungen, also dem Werteverzehr, oder nach dem Wiederbeschaffungswert bilanziert werden. Bei der Angelegenheit – dies haben Sie gestern auch wieder behauptet –: die Zahlen. Ich will kein volkswirtschaftliches und betriebswirtschaftliches Kolloquium halten.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Je höher Sie mit den Bilanzwerten in den LSV hineingehen – – –

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Es gibt doch, das wissen Sie auch – – –

(Pörksen, SPD: Das weiß sie nicht!)

– Ich habe aber bei der ersten Lesung vorgetragen, dass es ein Pavement-Management-System gibt, das den Wert ermitteln wird. Je höher ich hineingehe – das hat mit dem Pavement-Management nichts zu tun – an Buchwerten, desto höher ist der anschließende Werteverzehr. Aber das sind reine Buchwerte.

Meine Damen und Herren, das führt weder zu Ausgaben noch zu Einnahmen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ändert die Bilanz!)

Deswegen sind die Buchwerte für die Straßen völlig unerheblich.

Das Einertragswertverfahren – ich will dies noch abhandeln – könnte allenfalls dann in Betracht kommen, wenn es sich um ein Wirtschaftsgut handeln würde, das Erträge erzielt. Wir wissen aber, dass das hier nicht der Fall ist.

Frau Kollegin Kiltz, deswegen – das will ich noch abschließend sagen – macht es wenig Sinn, über einen Straßenbetrieb, der ein Fortschritt sein wird – das hat die Anhörung eindeutig erbracht –, zu polemisieren.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Öffentlichkeit will ich noch einmal festhalten: Dieser Landesbetrieb Straßen und Verkehr wird in Zukunft nicht nur Verkehre und Straßenbau wirtschaftlich zu betreiben haben, er ist auch für den öffentlichen Personennahverkehr und den Flugplatz Hahn zuständig.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin Kiltz, ich will es Ihnen sagen, dass Sie es merken, weil Sie nur über den Straßenbau „herum-polemisiert“ haben: Sie werfen der FDP-Fraktion dies immer vor, als wären wir die Betonköpfe der Nation.

Meine Damen und Herren, wir sind schon weit sensibler, als die GRÜNEN jemals werden.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Wir haben jetzt die Meldungen zu zwei Kurzinterventionen.

Zu einer Kurzintervention erteile ich zunächst der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Creutzmann, Sie sollten frühzeitig wissen, dass ich auf Sie noch einmal eine Entgegnung mache.

Ich stelle als Erstes fest, es gab eine verhaltene Kritik des Abgeordneten Herrn Creutzmann an der Landesregierung. Ich glaube, das muss man einmal feststellen, weil er sonst nur hier vorn steht und den Weihrauchkessel über die Landesregierung schwenkt, vor allen Dingen, wenn es um die FDP geführten Ressorts geht.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Dr. Weiland, CDU: Weihrauchfass!)

Herr Creutzmann, ich hätte mir an der einen oder anderen Stelle gewünscht, dass Sie vielleicht ähnlich vorsichtig, zurückhaltend, ja tastend, wie der Fraktionsvorsitzende der SPD, argumentiert hätten. Er sucht sicher noch den Weg, der durch den Nebel führt, der um den LSV nach wie vor besteht, aber nicht von dem Weih-

rauch verursacht, den Sie ausgeschüttet haben, sondern von der Unsicherheit und der Unklarheit, in der die Landesregierung uns in manchen Dingen immer noch zurücklässt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Weiland, CDU: Er stochert im Nebel!)

Ich mache mir einen Spaß daraus und beobachte Staatssekretär Dr. Deubel bei dieser Debatte. Herr Creutzmann, ich war mir nicht ganz sicher, ich glaube, er hat am meisten bei Ihrem Beitrag gelitten.

(Beifall und Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Jedenfalls konnte man das seiner Mimik entnehmen.

(Jullien, CDU: Wir haben über zwei
verschiedene Landesbetriebe
gesprochen!)

Ich will noch etwas zu den betriebswirtschaftlichen Kriterien, zu der Eigenverantwortlichkeit und zum Verwaltungsrat sagen. Das sind Dinge, die für mich in enger Verbindung miteinander stehen.

Meines Erachtens benötigen wir diesen Verwaltungsrat, um eine Instanz zwischen dem Ministerium und dem Landesbetrieb herzustellen, eine Instanz, die den Landesbetrieb unter betriebswirtschaftlichen Kriterien bewertet und kontrolliert – das ist die Aufgabe des Verwaltungsrats – und damit verhindert, dass das Wirtschaftsministerium permanent in die Straßenbauplanung und in die Entscheidungen über den Straßenbau eingreift. Ich bin der Auffassung, dass das Wirtschaftsministerium immer noch nicht verstanden hat, dass es Auftraggeber ist und diejenige Instanz ist, die die Pacht zahlt und nicht die Instanz, die jede einzelne Maßnahme plant. Die Unterhaltungsmaßnahmen sind innerhalb des Landesbetriebs zu erbringen.

Herr Creutzmann, Sie wissen aus dem Verwaltungsrat der LBB, dass es Interventionen des Verwaltungsrats bedarf, um einen solchen Landesbetrieb zur Unterhaltung anzuhalten und darauf zu drängen, dass mehr Unterhaltung betrieben wird.

Wir benötigen ein vernünftiges Bauprogramm, dass dem Parlament gegenüber transparent ist, dass bei Umbau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen Transparenz herstellt und diese steuert. Dazwischen ist das Ministerium als Fach- und Dienstaufsichtsbehörde. Sehr viel mehr hat er, wenn es einen Betrieb gibt, der so arbeiten soll, wie sie vorgeben, nicht zu bewerkstelligen.

(Glocke der Präsidentin)

Deswegen benötigen wir einen solchen Verwaltungsrat.

Ich möchte gern noch etwas zum Wirtschaftsplan sagen. Sie haben auch nicht die Zahlen erklärt, die uns die Landesregierung mit dieser dürftigen Vorlage nicht erklärt hat, die wir bekommen haben. Herr Mertes hat Sie uns übrigens auch nicht erklärt.

In der Presseerklärung des Wirtschaftsministeriums steht, dass der LSV 40 Millionen mehr investieren würde. Das hätten wir nicht berücksichtigt. In der Vorlage, die wir jetzt bekommen haben, ist von 50 Millionen die Rede. Ich weiß nicht, wann uns 30 Millionen oder 60 Millionen geboten werden.

Unter solchen Voraussetzungen können Sie von uns nicht erwarten, dass wir Ihrem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Creutzmann, ich weiß nicht, weshalb Sie das nicht merken: LBB und LSV sind zwei völlig unterschiedliche Dinge. Für Straßen gibt es keinen Markt.

(Mertes, SPD: Wir schaffen einen!)

Deshalb gibt es die großen Schwierigkeiten bei der Bewertung der Straßen. Deshalb gibt es große Schwierigkeiten, in diesem Zusammenhang eine Pacht festzusetzen.

Was ist denn, wenn der Landesgesetzgeber im Haushalt etwas völlig anderes einsetzt als Ausgabe für die Pacht als das, was vorher ermittelt wurde? Dann haben Sie ein Problem. Das passt nicht zusammen.

(Dr. Weiland, CDU: Er ist das Problem!)

Wenn so etwas nicht funktionieren kann, dürfen Sie den Leuten doch nicht vorgaukeln, dass Sie das dennoch könnten. Deshalb halte ich es für falsch, wie Sie es tun, eine Pacht zum Dreh- und Angelpunkt eines neuen Konzepts zu machen. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

Wegen dieser Probleme, wegen der vielen offenen Fragen bei der Vermögensübertragung, bei der Bewertung und bei der Kreditfähigkeit sagen wir Ihnen: Lassen Sie die drei Dinge sein.

(Beifall bei der CDU)

Machen Sie den Landesbetrieb, aber ohne diese drei Dinge. Dann können wir den einen Tag noch auf den 30. Juni vorziehen, Herr Mertes. Dann schaffen wir das mit dem Landesbetrieb auch ohne das.

(Jullien, CDU: Es war noch ein Tag Bedenkzeit für die SPD!)

Es ist ein starkes Stück, dass Sie keine Erläuterungen zum Wirtschaftsplan gegeben haben, Herr Minister. Es

war ein starkes Stück, dass Sie uns eine so magere Vorlage haben hinlegen lassen, aus der fast nichts hervorgeht, außer einem Begriff, der mir aufgefallen ist.

Sie reden von Bruttoinvestitionen. Im Haushalts- und Finanzausschuss ist bei dieser Frage klipp und klar festgestellt worden, dass die eigenfinanzierten Investitionen anscheinend die Nettoinvestitionen sind. Sie sind niedriger als die Kreditermächtigung, die vorgesehen ist. Daher hat der Rechnungshofspräsident absolut Recht mit seiner Feststellung, dass die Verfassungsmäßigkeit dieses Einzelhaushalts nicht gegeben ist.

Was ist aber mit den Aufwendungen für den SPNV und den ÖPNV in diesem Wirtschaftsplan? Die Frage konnte uns bisher nicht beantwortet werden. Es sind immerhin 15 Millionen Euro im ersten Jahr und 21 Millionen Euro im zweiten Jahr. Woher kommt denn das Geld? Das ist nicht erkennbar. Sind das Regionalisierungsmittel, die eingesetzt werden?

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das dürfte nicht sein!)

Ist das möglicherweise Geld, dass der Landebetrieb über die Pacht für Straßen vom Land hereinholen muss? Das heißt dann, dass über die Pacht für Straßen der SPNV finanziert werden muss. So verstehe ich das im Moment. Das konnten Sie bisher nicht klären. Ich würde es für eine ziemlich schlimme Sache halten, wenn das so gemeint ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zur Erwidierung erteile ich Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

(Jullien, CDU: Nach Blau kommt Rot!)

Abg. Creutzmann, FDP:

Für alle: Ich bin nicht die Landesregierung und habe auch nicht die Absicht, in diese einzutreten. Wenn Sie Fragen an die Landesregierung stellen, soll diese sie beantworten.

(Unruhe im Hause)

Herr Kollege Bracht hat die Frage nach der Pacht gestellt. Natürlich gibt es keinen Verkehrswert der Straßen, aber es gibt einen Anschaffungswert. Nach den Anschaffungskosten bemisst sich die künftige Pacht bei neuen Straßen oder bei Umbau- oder Erhaltungsmaßnahmen.

(Jullien, CDU: Wie sieht das bei alten Straßen aus?)

– Bei alten Straßen muss die Pacht künftig den Werteverzehr mit beinhalten.

Herr Kollege Bracht, natürlich können Sie nicht mehr Straßen bauen, als es der Gesetzgeber im Haushalt ermöglicht und als das Ministerium an Pacht bezahlen kann. Insofern ist der LSV mit dem LBB völlig vergleichbar.

Wenn Herr Kollege Mertin durch den LBB ein Gefängnis bauen lässt, dann stellt der Herr Kollege Dr. Deubel die Mittel im Haushalt ein, damit in Zukunft die Pacht für die Folgeinvestitionen bezahlt werden kann.

Genau das Gleiche gilt in diesem Fall beim LSV. Insofern ist das nur dahin gehend nicht vergleichbar, als dass es keinen Marktwert für Straßen gibt. Das ist richtig, aber das System funktioniert.

Frau Kollegin Thomas, hören Sie doch auf mit der Polemik. Ich weiß doch, dass Sie mich nicht mögen.

(Unruhe im Hause –
Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Weiland, CDU: Was wollen Sie
denn jetzt hören? –
Jullien, CDU: Sie kokettieren jetzt! –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

– Herr Kollege Wirz, das erschüttert mich allerdings nicht.

(Vizepräsidentin Frau Grützmaker
übernimmt den Vorsitz)

Nur zu Ihrer Information: In den Koalitionsverhandlungen haben wir das Thema „LSV“ erläutert. Es gibt sogar Fünfjahresplanungen dazu. Es gibt alles. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass Herr Staatssekretär Dr. Deubel nicht die Stirn gerunzelt hat bei meinem Vortrag. Er hätte sie allenfalls bei Ihrem Beitrag runzeln können.

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Kuhn, FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Herr Minister Bauckhage, Sie haben das Wort.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal den Ausschüssen und dem Parlament dafür danken, dass in besonderen Sitzungen die gesamte Problematik abgehandelt wurde und wir heute die Sache beraten können.

Herr Kollege Dr. Gölter, ich versichere Ihnen, falls jetzt noch etwas fehlt – ich kann es aus dem Protokoll jetzt nicht ersehen, es sei denn, es ist die Kreditaufnahme, die im Einzelplan 08 noch enthalten ist –, das werden Sie ohne Frage nachgeliefert bekommen.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute nicht in die Lage versetzt würden, den Landesbetrieb in den Stand zu setzen, wären wir ein Stück unflexibler und könnten eigentlich das, was wir damit wollen – das räume ich uneingeschränkt ein –, nämlich die Mobilität in Rheinland-Pfalz zu verbessern und zu sichern, nicht in Angriff nehmen.

Ich möchte deshalb einige Worte zu der Problematik im Straßenbau sagen, weil dieses Thema heute Morgen schon einmal eine Rolle spielte. Es ging darum, wie hoch das Investitionsvolumen dieser Landesregierung seit 1991 war. Ich kann Ihnen gern noch einmal das Schaubild zur Verfügung stellen, damit Sie sehen können, dass die Landesregierung über den langen Zeitraum hinweg durch den Landesbetrieb Investitionen auf hohem Niveau gehabt hat.

Gleichwohl muss man einräumen, dass es – das kann man sehr deutlich erkennen – enormen Handlungsbedarf im Sanierungsbereich gibt. Am ehesten sind die Produktivitätsreserven, die in solchen Betrieben liegen, offenzulegen und zu nutzen, wenn man andere Verwaltungseinheiten, das heißt eine andere Form des Betriebs, auf den Weg bringt.

Herr Kollege Wirz, hier ist Ihr Antrag sehr dünn; denn aus diesem geht lediglich hervor: Wir lassen alles einmal so, wie es ist.

(Schwarz, SPD: So ist es,
ganz genau! –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

– Ich kann Ihnen das alles vorlesen. Wir haben Erfahrungen mit der LBB. Die Erfahrungen sind positiv. Um keine Legenden aufkommen zu lassen: Ich habe mit dem Kollegen Mertes, der Kollegin Thomas und dem Kollegen Böhr am Schloss gestanden, als protestiert wurde. Ich habe die Töne sehr wohl noch im Ohr, und zwar nicht von denjenigen, die zu den Betroffenen sprachen.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Die Landesregierung geht mit dieser Gründung des Betriebs einen Schritt in die richtige Richtung. Im Hinblick auf die Modernisierung der Verwaltung ist dies ein wichtiger Schritt. Er ist sehr transparent, weil alles im Investitions- und Wirtschaftsplan enthalten und im Haushaltsplan nachlesbar ist. Ich lege großen Wert auf eine breite Transparenz.

Herr Bracht, nun ein Wort zu Ihrer Intervention. Es ist schwierig, wenn man spekuliert und Geheimniskrämerei betreibt, wie Sie es getan haben. Ich gehe jedoch bei Ihnen davon aus, dass Sie in der Lage sind, dies alles zu interpretieren, was dort geschrieben steht. Dann wissen Sie, dass es sich um aus dem Wirtschaftsplan überführte Investitionen in den Investitionsplan für den ÖPNV handelt.

(Bracht, CDU: Wo kommen
die denn her?)

– Das sind die Mittel, die uns der Bund zur Verfügung stellt. Das sind Regionalisierungsmittel, die für investive Teile des ÖPNV und des SPNV eingesetzt werden.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Das ist doch das Problem. Wir haben nichts mit der Kameralistik, sondern mit der kaufmännischen Buchhaltung etwas zu tun. Deshalb ist das so.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Genau das wollten wir doch. Wir wollten aus dieser Kameralistik heraus. Ich habe es im Ausschuss noch ganz anders genannt. Wir wollen in ein flexibles und modernes Buchführungssystem hinein, um die Jährlichkeiten zu verändern.

Wir standen immer vor der Frage, dass am Jahresabschluss entsprechend Schluss sein musste. Wir müssen dieses Stück Flexibilität haben, um Straßen zu bauen. Deshalb braucht man einen solchen Betrieb. Das muss doch einmal verstanden werden. Das bekommen Sie in der normalen Kameralistik nicht hin.

(Beifall bei FDP und SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

– Herr Dr. Altherr, dass Sie das nicht verstehen, kann ich gut verstehen. Es ist so im Leben. Jeder hat andere Herkunft und etwas anders im Leben gemacht. Aktiva und Passiva heißt nicht Arzt im Praktikum. Das weiß jeder. Das wissen auch Sie. Damit muss man umgehen können.

Ich komme zu dem zweiten Problem. Wie können wir die Produktivitätsreserven sofort nutzen? Wir haben das Problem, dass dieser Wirtschafts- und Investitionsplan nicht von uns bestimmt werden kann, weil unsere Leute das nicht können. Aus diesem Grund stellt ein Wirtschaftsprüfer diesen Plan auf. Von daher kann man auch die Erträge noch nicht bewerten. Es ist nun einmal so. Wir müssen zunächst einmal, wenn man so will, eine Eröffnungsbilanz erstellen. Dies tut der Wirtschaftsprüfer. Ich gehe davon aus, dass er diese anständig und sauber erstellt.

Jetzt kommt ein zweites Problem, das man bei dem Landesbetrieb insgesamt sehen muss. Wenn man diese Produktivitätsreserven, die dort liegen, nutzen will, muss man auch in dieser flexiblen Form die ganze Angelegenheit handhaben. Deshalb ist es wichtig, dass wir diesen Schritt bei voller Transparenz tun. Es war übrigens immer so, auch bei den Straßenprogrammen, die jetzt im Haushalt aufgeführt sind. Wir sind quasi Verkehrsbesteller. Der Landesbetrieb liefert uns die Verkehrsleistungen. Das ist der Charme an dieser Sache.

Herr Staatssekretär Dr. Deubel, deshalb bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar – ich sage das ganz offen –, dass man durch diese Mietsysteme wirtschaftliche Anreize schafft. Dazu muss man erfolgs- und zielorientiert vorgehen. Das ist die Philosophie dieses Betriebs. Wir können lange darüber streiten, wie man insgesamt damit umgeht.

Dann haben wir ein Problem. Ich habe das gestern schon einmal gesagt. Von Buch nach Kümbdchen können Sie keine Eisenbahn fahren lassen.

(Mertes, SPD: Das geht! In Bell ist unser Bahnhof!)

Von Buch nach Kümbdchen?

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Ich kann noch andere Beispiele nennen. Herr Mertes, es war mir immer klar, dass Sie verkehrsmäßig gut angebunden sind. Das ist nicht die Frage. Meine Damen und Herren, ich will damit sagen, dass wir noch Straßen brauchen.

Herr Bracht, hier liegen wir nicht weit auseinander. Wir sind uns in einem Punkt nicht einig. Sie nennen ständig Zahlen, die nicht stimmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich habe Herrn Creutzmann einmal gezeigt, wie das Schaubild von dem Straßenbau aussieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst einmal bin ich sehr dankbar, dass wir heute den Betrieb in den Stand setzen können.

(Zuruf des Abg. Ernst, CDU)

– Herr Kollege Ernst, ich könnte auch etwas zu Herrn Wirz sagen. Das tue ich nicht. Es gibt irgendwo mitteleuropäische Umgangsformen, die ich wahren will.

Sie unterstellen, man hätte als Geschäftsführung Versorgungsprobleme zu lösen. Regeln Sie das bitte einmal mit Ihrem Freund Ernst Eggers. Ich sage das, damit wir wissen, worüber wir reden. Darüber reden Sie im Ergebnis. Das hat mit dem Betrieb und mit drei oder vier gar nichts zu tun, weil es derzeit dort einen Präsidenten gibt. Dieser braucht auch keine Versorgung. Nein, wir müssen schnellstens einen Betrieb auf den Weg bringen, der funktionsfähig ist. Dabei müssen wir die über 4.000 Menschen mitnehmen.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Herr Billen, ich kann dazu lange etwas sagen. Es ist müßig, sich darüber zu unterhalten, ob drei oder vier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht müßig, darüber zu reden, wie man einen Betrieb schnell funktionsfähig machen kann. Das tun wir vor dem Hintergrund, weil wir der Überzeugung sind, wir können damit flexibler und schneller mehr Verkehre bestellen, das heißt, mehr Straßenbau und eine bessere Organisation des ÖPNV.

Vor dem Hintergrund, dass die Philosophie dieses Betriebs richtig ist, sind wir in der Lage, 300 Maßnahmen im Land anzustoßen. Das ist bisher noch nicht der Fall gewesen. Wir befinden uns in diesem Jahr richtiger-

weise in einem Investitionshoch für den Straßenbau. Es macht wenig Sinn, bestimmte Dinge zu beklagen, aber gleichzeitig keine Wege für eine Lösung aufzuzeigen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Herr Dr. Gölter, ich bin dankbar dafür, dass wir heute eine Geschäftsgrundlage haben. Ich bin auch dankbar für die Beratungen im Finanzausschuss und im Wirtschaftsausschuss, dass wir diesen Betrieb nach einer Anhörung auf den Weg bringen konnten. Wenn man das Protokoll der Anhörung intensiv liest, wird deutlich, dass alle inklusive der Arbeitnehmerseite die Gründung des Betriebs begrüßen. Sie wissen, dass man damit flexibler und wirtschaftlicher handeln kann als in dieser kameralistischen Buchhaltungsform.

Meine Damen und Herren, deshalb ist dieser Betrieb ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir können erst 2004 mit einer exakten anderen Buchhaltungsform beginnen. Es ist nicht so leicht, einen solchen Betrieb auf den Weg zu bringen. Wenn man den ersten Schritt nicht tut, kommt man nicht an das Ziel. Wir wollen an das Ziel kommen. Das Ziel heißt bei uns mehr Mobilität für mehr Bürger, eine bessere Erschließung des ländlichen Raums, ein besserer ÖPNV und ein noch besserer SPNV. Das heißt für uns, mehr Straßen und die Sicherheit und die Substanz im Straßenbau zu erhalten. Das ist auch ein wichtiger Faktor. Das ist die Philosophie des Betriebs. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Wirz das Wort.

Abg. Wirz, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich habe Verständnis dafür, dass Sie sich aufregen. Der Grund dafür, dass hier im Parlament Ihr Gesetzentwurf sehr kritisch behandelt wird, liegt doch nicht am Parlament. Der liegt doch an Ihnen. Wenn Sie rechtzeitig für ausreichende Information gesorgt hätten, wäre viele Eindrücke erst gar nicht entstanden. Aber das ist doch überhaupt nicht der Fall.

Noch etwas. Ich habe keinen Namen genannt – Sie aber. Sie haben Namen genannt. Dann muss ich doch einmal fragen, wenn wir bei einem Landesbetrieb schon zwei Geschäftsführer bekommen sollen: Wofür brauchen wir dann einen dritten? Welche Funktion hat der dritte? Wir haben zwei politische, wozu brauchen wir dann noch einen dritten?

(Zurufe von der CDU)

Das wird man doch wohl einmal fragen dürfen. Bisher ist das nirgendwo geklärt worden.

Ich bin dem Kollegen Mertes sehr dankbar; denn er hat mit seinen Worten gesagt, dass die Kritik, – es war mei-

ne gewesen oder die meiner Fraktion – noch erträglich gewesen wäre. Den Eindruck hatte ich bei Ihnen nicht. Ich verstehe das aber aus der persönlichen Betroffenheit heraus. Herr Bauckhage, ich weise ganz entschieden zurück, dass ich hier in irgendeiner Weise persönlich etwas gegen irgendeinen vorgesehenen Vertreter des Landesbetriebs hätte. Ich stelle noch einmal fest: Ich habe keinen Namen genannt, Sie aber.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Ihnen stehen noch zwei Minuten zur Verfügung.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es in Stichworten.

1. Der erste Satz des Gesetzentwurfs ist eine schallende Ohrfeige für Ihren Vorgänger, Herrn Minister Brüderle.

2. Wir haben kein Organisationsproblem in der Landesstraßenbauverwaltung, sondern wir haben ein Finanzproblem. Der Hauptzweck, den Sie verfolgen, ist, ein bisschen versteckt zusätzliche Kredite aufnehmen zu können. Das sind immerhin in den ersten zwei Jahren 720 Millionen DM. Das muss man sich einmal vorstellen.

3. Sie haben uns ein völlig unausgeglichenes Konzept vorgelegt. Das haben die Debatte hier und die Ausschussberatung gezeigt. Es gab offensichtlich keinen Willen, uns den Wirtschaftsplan näher zu erläutern.

Herr Creutzmann, der Leiter des Landesbetriebs in Nordrhein-Westfalen hat sich bei seiner positiven Bewertung auf seinen Betrieb bezogen. Genau das wollen wir, Sie aber nicht. Genau das, was er dort gelobt hat, das wollen wir: Die wirtschaftliche Verselbstständigung über einen Landesbetrieb, aber ohne Kreditermächtigung, ohne Übertragung von Vermögen, ohne die Probleme, die damit verbunden sind. Gehen Sie diesen Weg mit uns, dann sind Sie auf dem richtigen Weg, auf dem Erfolgsweg.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kollege Mertes, Sie haben das Thema „Michelbach“ angesprochen. Ich finde das prima. Das ist nämlich genau das richtige Stichwort für unsere Debatte. Wenn wir eine Bewertung einführen, wie es vorgesehen ist, und sich diese Bewertung einerseits nach den Baukosten einer Straße und andererseits nach der Notwendigkeit der Straße, also wie viel Verkehr darüber geht, richtet, dann wird das im Ergebnis dazu führen, dass eine Straße wie in Michelbach nicht mehr gebaut wird. Das ist die Konsequenz. Wenn Sie das nach wirtschaftli-

chen Gesichtspunkten machen, dann können Sie diese Straße nicht mehr bauen.

(Mertes, SPD: Dann sollen sie sie selbst bauen! Wir haben sie auch selbst gebaut! – Glocke der Präsidentin)

Das kann doch nicht wahr sein. Dann wird die Politik ihrer Verantwortung nicht gerecht. Ich sage Ihnen, wenn dieser Gesetzentwurf, wie Sie ihn wollen, beschlossen wird, dann ist der ländliche Raum der große Verlierer dieser ganzen Geschichte.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Ihnen steht noch eine Redezeit von einer Minute zur Verfügung.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Creutzmann, zunächst eine ganz herzliche Bitte: Grüßen Sie doch Ihren Parteikollegen Heinz, wenn Sie ihn sehen, und sagen ihm, ich würde ihn vermissen.

(Heiterkeit im Hause)

Noch eine Anmerkung: Gestern sprachen Sie vom besonderen Charme Ihres Parteikollegen Brüderle. Sie haben ihn hier nicht erleben dürfen. Ich versichere Ihnen, im Vergleich zu Ihnen war der Minister Brüderle geradezu ein Ausbund an Charme.

Ich muss Ihnen noch etwas sagen: Ihre Sprache, und was Ihr Auftreten hier angeht – nur das kann ich beurteilen – ist sehr verräterisch. Sie sprachen vom Straßenbetrieb als dem Landesbetrieb. Ich will Ihnen hier keinen Vortrag halten über den Zusammenhang von Sprache und Bewusstsein, das müssen Sie schon selbst zusammenfummeln.

Herr Bauckhage, Sie legen Wert auf eine breite Transparenz. Können wir damit rechnen, dass wir bis zum Jahresende einen Wirtschaftsplan haben, der offen legt, wie das mit den Investitionen aussieht und woher das Geld dafür kommt? Ich will Ihnen auch noch einen Tipp geben: Schauen Sie einmal in Ihre eigenen Broschüren. Dort steht einiges über den Erhaltungsaufwand, den Anlagewert usw. Auch das können Sie verwenden.

(Glocke der Präsidentin)

Herr Mertes, noch ein Letztes. Learning by doing, das habe ich das letzte Mal gemacht, als ich mir den Computer angeeignet habe. Ich glaube, diese Methode ist

nicht geeignet, um so einen Landesbetrieb zu installieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Minister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bracht, mir kommt es noch einmal darauf an, eines nicht stehen lassen zu können: Wir gehen jetzt in eine Investitionsgrößenordnung hinein, wie sie schon viele Jahre nicht mehr war. Wir gehen in die Investitionsgrößenordnung mit der entsprechenden im Plan veranschlagten Kreditaufnahme. Dann zu sagen, jetzt vernachlässigen Sie den ländlichen Raum, meine Damen und Herren, das ist ein starkes Stück. Das glauben Sie doch selbst nicht.

Übrigens bleibt es dabei, Parlament und Landesregierung sind Besteller und können auch bestellen, nicht so wirtschaftliche Straßen zu bauen. Sie haben das Beispiel Michelbach genannt. Darüber können wir lange diskutieren. Ich kann Ihnen auch die Frequenz der Straße nennen. Ich kann Ihnen alles sagen, aber das tue ich jetzt nicht. Auch Michelbach soll und muss vernünftig verkehrsmäßig erschlossen werden. Das kann man nur machen, wenn man auch die entsprechenden Instrumente dazu hat. Es gibt neben der notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfung auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das ist doch in Ordnung. Dann kann auch immer politisch entschieden werden A oder B.

Frau Kiltz, Ihre Frage beantwortet sich von selbst, wenn Sie fragen: Können Sie uns bis zum Jahresende zusagen? Meine Damen und Herren, übernächste Woche ist Jahresende. Wie soll das denn gehen? Wir stehen jetzt kurz vor Weihnachten. Ich dachte eigentlich, wir wären jetzt in der Lage, zu sagen: Ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr. Das wünsche ich Ihnen trotzdem von dieser Stelle aus gern. Aber eine solche Frage beantwortet sich von selbst.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU – Drucksache 14/541 – ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass der Antrag mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt ist.

Wir kommen jetzt unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/357 –, Landesgesetz zur Neuorganisation der Straßen- und Verkehrsverwaltung betreffend. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen ist.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Landesgesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Gegenstimmen? – Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Nummer 2 der Beschlussempfehlung, den Berichtsauftrag an die Landesregierung gemäß § 76 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags betreffend. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen jetzt zu unserem letzten Tagesordnungspunkt. Die **Punkte 12 bis 17** der Tagesordnung werden

nicht mehr aufgerufen, sondern in der nächsten Plenarsitzung behandelt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag aller vier Fraktionen:

Schienengüterverkehr in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/520 –

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, damit ist die Plenarsitzung für heute beendet.

Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am 23. Januar 2002 ein.

Ich wünsche allen Anwesenden einen besinnlichen Advent und ein frohes Weihnachtsfest.

Ende der Sitzung: 14:32 Uhr.